

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Poststimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg: Geschäftsstelle: Sackstraße 49, Fernsprecher 1667. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 3. Fernsprecher 961.

Prämien- und zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Beleglohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 cpl. Beleglohn. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: die sechsgepatente Beleglohn 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restanteile Seite 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 993

Nr. 11.

Magdeburg, Sonntag den 14. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 16 Seiten

Preussische Arbeit.

II. (Schluß.)

gl. Der Ueberblick, den wir in unserm ersten Artikel über die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen des Allgemeinen Vergesetzes gaben, zeigte, daß durch den Entwurf in der Tat eine ganze Reihe schwerer Mängel der bestehenden Knappschaftskassen beseitigt oder wenigstens gemildert werden sollen. Dies ist unter den gegebenen Umständen nicht zu vermeiden gewesen. Denn jene Mängel stehen mit den Bedürfnissen und Anschauungen unserer Zeit in einem solchen Widerspruch, daß sie gar nicht mehr aufrechterhalten werden können. Es fragt sich daher nur noch, ob die vorgeschlagenen Verbesserungen weit genug gehen. Dies ist leider nicht der Fall. Die preussische Regierung hat wieder einmal halbe Arbeit gemacht.

In dieser Beziehung sind u. a. die Vorschläge zur Beseitigung einer ungewöhnlichen Zerplitterung der Kassen bezeichnend. Hier wäre das Ruamuegende die Verschmelzung aller Kassen zu einer einzigen unter Beibehaltung lokaler Verwaltungsstellen. Die preussische Regierung begnügt sich aber damit, die Kassen unter die Vorstandschaft der Aufsichtsbehörden zu stellen. Die Beamten sollen in ihrer Allwissenheit entscheiden, welche von den bestehenden Kassen ihre Selbstständigkeit behalten und welche sich mit anderen vereinigen sollen.

Entscheidend für die Beurteilung des Regierungsentwurfs sind die Bestimmungen für die Verwaltung der Kassen. Hier erfolgt die Verwaltung eines jeden Knappschaftsvereins unter Beteiligung von Knappschaftsältesten durch den Knappschaftsvorstand und die Generalversammlung. Die Knappschaftsältesten werden von den beitragszahlenden, männlichen, volljährigen Vereinsmitgliedern auf Grund geheimer und unmittelbarer Abstimmung aus ihrer Mitte gewählt. Die Mitglieder des Knappschaftsvorstandes werden zur Hälfte aus den Werkbesitzern oder aus deren Vertretern, zur andern Hälfte aus den Knappschaftsältesten gewählt. Die Wahl des Vorstandes erfolgt durch die Generalversammlung. Letztere besteht aus den Werkbesitzern oder ihren Vertretern und aus den Knappschaftsältesten. Die Beschlüsse und die Wahlen erfolgen für jede der beiden Gruppen gesondert. Anträge, welchen nicht von beiden Teilen zugestimmt wird, gelten als abgelehnt.

Hiernach stehen sich in der Massenverwaltung die Vertreter der Arbeiter und die der Arbeitgeber mit der gleichen Machtbefugnis gegenüber. Die preussischen Geheimräte sehen es offenbar selbstverständlich an, daß die Arbeiter von den ihnen durch das Gesetz zugewandenen Rechten nur nach dem Willen der Arbeitgeber Gebrauch machen werden. Denn davon, daß sich die Arbeitgeber dem Willen der Arbeiter zu fügen haben, kann doch bei der preussischen Regierung ganz und gar nicht die Rede sein. Wie aber, wenn es die Arbeiter mit ihren Rechten ernst nehmen, wenn sie solche Knappschaftsälteste wählen, welche ohne Rücksicht auf die Wünsche der Arbeitgeber die Interessen der Arbeiterschaft vertreten? Dann stehen im Vorstand und in der Generalversammlung die Ansichten der Arbeiter und die der Arbeitgeber einander unvereinbar gegenüber. Dann kann weder der Vorstand noch die Generalversammlung zu einem Beschlusse gelangen.

Für diesen Fall ist in dem Entwurf nach preussischer Methode gesorgt. Solange, heißt es in dem Entwurf, die Wahl des Vorstandes und der Ausschüsse oder die Generalversammlung nicht zustande kommt, oder die Organe des Vereins gesetzliche oder satzungsgemäße Obliegenheiten nicht erfüllen, kann das Oberbergamt die Befugnisse und Obliegenheiten dieser Organe selbst oder durch Beauftragte auf Kosten des Vereins wahrnehmen. Damit haben wir die preussische Beamtenwirtschaft in der schönsten Form. Solange die Arbeiter willfährige Werkzeuge der Arbeitgeber sind, bleibt die „Selbstverwaltung“ der Kassen gewahrt. Von dem Augenblicke an aber, da die Arbeiter das Selbstverwaltungsrecht für sich beanspruchen, ist es mit der Selbstverwaltung vorbei, die Verwaltung geht auf die Beamten über.

Auf diese Weise werden Konflikte zwischen der Massenverwaltung und den Mitgliedern herbeigeführt, welche eine leistungsfähige Wirksamkeit der Kasse geradezu unmöglich machen. Als Beispiel sei auf die Praxis hingewiesen, die sich aus der Frage, ob Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Leistungen der Kasse ergeben wird. Die Höhe der

Beiträge zur Pensionskasse, so verfügt der Entwurf, ist derart zu bemessen, daß sie die dauernde Erfüllung der Pensionskassenleistungen ermöglicht. Zeigt sich, daß die Beiträge zu niedrig sind, so ist eine entsprechende Erhöhung der Beiträge oder eine entsprechende Minderung der Kassenleistungen herbeizuführen. Wir nehmen nun an, daß in einer überlasteten Kasse die Arbeitgeber von einer Erhöhung der Beiträge, zu der sie ja die Hälfte beisteuern müssen, nichts wissen wollen. Dann bliebe nur noch die Minderung der Kassenleistung übrig. Diese Maßnahme würde aber für die Arbeiter eine schwere Schädigung sein. Deshalb können dazu die Knappschaftsältesten, wenn sie ihren Pflichten gegenüber der Arbeiterschaft gerecht werden wollen, sich nie und nimmer verstehen. Demnach ist der Konflikt unvermeidlich. Die Arbeitgeber sind gegen die Beitragserhöhung, die Knappschaftsältesten sind gegen die Minderung der Kassenleistungen. Infolgedessen greift das Oberbergamt ein. Es „ordnet“ die Beschlüsse „an“, und da weder die Arbeitgeber noch die Arbeiter von ihrem Interessenstandpunkt weichen, mithin kein gemeinsamer Beschluß möglich ist, so setzt die Behörde nach ihrem Ermessen entweder die Beiträge hinauf oder die Leistungen der Kassen herunter.

Die preussischen Behörden nun stehen durchweg auf dem Standpunkte der Arbeitgeber. So werden auch diese Konflikte im Interesse der Arbeitgeber durchgeführt werden. Den Arbeitern werden die Unterstützungen, auf die sie schon durch ihre Arbeit ein gutes Anrecht haben, für die sie überdies viele Jahre ihre Beiträge bezahlen mußten, gekürzt werden. Man kann sich denken, wie viel Erbitterung durch diese „sozialer Kürzungen“ herbeigerufen wird.

Der Entwurf wird in den nächsten Wochen von dem preussischen Dreiklassenhaus und dem Herrenhaus beraten werden. Dadurch wird er aber sicher keine Verbesserung, sondern nur noch weitere Verschlechterungen erfahren. Die Bergarbeiter werden demnach wieder einmal Gelegenheit haben, die bürgerliche Arbeiterfreundlichkeit in ihrem wahren Werte zu erkennen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 13. Januar 1906.

Der Berliner Schlachtplan.

Vor wenigen Tagen gab eine polizeioffizielle Korrespondenz in pathetischem Tone die ganz überflüssige Versicherung, die Mehrheit des deutschen Volkes wünsche vor russischen Zuständen bewahrt zu werden. Kein Mensch zweifelt daran; und was die Sozialdemokratie tun kann, um Deutschland vor russischen Zuständen zu bewahren, hat sie seit vierzig Jahren redlich getan. Am 11. Januar aber wußte die „Tägliche Rundschau“ zu berichten, daß die preussische Regierung auf das falsche Gerücht hin, die Sozialdemokratie habe beschlossen, am 21. Januar in Berlin vor das Schloß zu ziehen, Maßnahmen getroffen habe, die zum letzten Ende darauf hinauslaufen, den Petersburger 22. Januar in Berlin zu wiederholen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat die falsche Nachricht sofort berichtigt. Könnte man von einem „Ver schulden“ reden, wenn der Parteivorstand wirklich geplant hätte, was in allen zivilisierten Ländern mit der größten Ruhe und Ordnung beschlossen und durchgeführt wird, so wäre dieses Ver schulden nicht vorhanden. Denn der sozialdemokratische Parteivorstand weiß, daß friedliche Straßendemonstrationen zwar kein verabscheuungswürdiges Verbrechen sind, daß sie aber leicht von anderen Leuten dazu benutzt werden können, abscheuliche Verbrechen zu begehen.

Die preussische Regierung aber, die durch die Veröffentlichungen der „Täglichen Rundschau“ ungleich schwerer getroffen wird, — schweigt. Deßhalb lautet ist dafür die „Tägliche Rundschau“, die sich zwar insoweit berichtigt, als sie diesmal Willo aus dem Spiel läßt, im übrigen sich aber wieder auf ihre unanfechtbare Quelle und zum Ueberflusse noch auf die erwähnte polizeioffizielle Korrespondenz beruft, um ihre Angaben zu bekräftigen.

Nach dieser Korrespondenz wird das gesamte Militär von Berlin, Schöneberg, Charlottenburg von Sonntagabend 9 Uhr abends in den Kasernen konsigniert sein und Sonntag von 5 Uhr morgens in Marmbereitschaft stehen. Um 10 Uhr vormittags werden dann die Soldaten in den Kasernenhöfen feierlich mit scharfen Patronen ausgerüstet zum Ausmarsch bereit stehen. Die Wache des königlichen Schlosses wird schon Samstagabend

auf 1 1/2 Kompanien verstärkt; für den Notfall haben sich die Alexandriner und das 2. Garde-Regiment bereit zu halten. Schließlich heißt es wörtlich:

Die Polizei hat dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlungslokale sich ohne Störung entleeren und daß sich keine Gruppen auf der Straße bilden können. Wird bei Schluß der Versammlungen die Absicht klar, daß Demonstrationen veranstaltet werden sollen, so hat die Polizei dafür Sorge zu tragen, daß die Demonstranten sofort, wenn nicht anders möglich, durch Gewalt zu zerstreuen sind und die Gegend um das Schloß nicht erreichen. Reichen die Kräfte der Polizei vor den 80 Versammlungslokalen nicht aus, so ist auch hier schon Militär zu requirieren.

Die „Tägliche Rundschau“ und die polizeioffizielle Korrespondenz Woth mögen ja auf ihre geheimen Wissenschaften sehr stolz sein. Sie haben auch andre Begriffe von Ehre und Vaterland als wir, und sie werden darum nicht begreifen, daß uns ihre Enthüllung eine Vaterlandslosigkeit sondergleichen dünkt. Was soll denn das Ausland über solche Geschichten denken. Es muß entweder die Vorkehrungen der preussischen Regierung für richtig halten und dann muß es annehmen, daß die größte Partei Deutschlands, die Partei, die insbesondere Berlin mit erdrückender Mehrheit beherrscht, keinen andern Wunsch habe als den, das königliche Schloß zu stürmen. Oder aber es muß wissen, daß die Sozialdemokratie eine Partei der gewaltlosen Propaganda ist, und dann wird sein Urteil über die deutschen Zustände noch viel schlimmer ausfallen: denn daß man einer friedlichen mehrfachen Volksmasse gegenüber zu solchen Vorkehrungen greift, wird nirgends in der zivilisierten Welt verstanden werden.

Uns „Unstützern“ freilich kann eine solche Bloßstellung des herrschenden Systems nur willkommen sein, und sie kann nur vermehrt werden, wenn die Berliner am 21. Januar zeigen werden, wie sie selbst Ordnung zu halten verstehen. Was heute noch eine juristische Gefahr ist, wird durch die Besonnenheit der Berliner Arbeiter in eine abgrundtiefe Lächerlichkeit verwandelt werden. Dabei rechnen wir freilich immer noch auf einen gewissen Grad der Einsicht auf der andern Seite: denn wenn die Orders der polizeioffiziösen Korrespondenz genau ausgeführt werden, dann ist gar nicht abzusehen, wie selbst die äußerste Geduld und die größte Friedfertigkeit bedenkliche Zwischenfälle vermeiden können. Wie wäre es möglich, daß sich keine „Gruppen“ bilden, wenn Tausende von Menschen gleichzeitig ein Versammlungslokal verlassen, und wohin soll es führen, wenn gegen solche friedliche Gruppen sofort mit bewaffneter Gewalt eingeschritten wird? Hat doch selbst die „Tägliche Rundschau“ gestern noch erklärt, friedlich einherziehende Gruppen sollten „genau nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht beehelligt werden“! Gelten heute diese gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr?

Trotz alledem halten wir an der Ueberzeugung fest, daß trotz des wüsten Treibens der journalistischen Lockpistzelbande die eiserne Selbstdisziplin der Berliner Arbeiter dafür sorgen wird, daß am 21. Januar keine Verwendung sein wird für die scharfen Patronen, die die preussische Regierung für das preussische Volk bereit hält. —

Kameruner Justiz.

Die von uns schon kommentierte Nachricht des „Samburger Fremdenblatt“, daß die Kameruner Säpplinge, die es gewagt hatten, sich schriftlich über den Gouverneur Jesko v. Puttkamer zu beschweren, zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurden, klingt so ungeheuerlich, daß die „Nordd. Allgem. Zeit.“ jetzt genötigt sieht, sie durch eine Beschwichtigungsbotschaft zu beantworten. Dem Gouverneur, so wird mitgeteilt, ist aufgegeben worden, sich über die einzelnen Beschwerden zu äußern; und überdies sei das Urteil gegen die Säpplinge noch nicht bestätigt. Das Protokoll werde erst am 17. Januar in Deutschland eintreffen.

Die Beurteilung der Anwahauptlinge zu so harten Strafen, die sie nach allen vorliegenden Berichten nicht verdient haben, besteht seit dem 5. Dezember. Der Text des Urteils wird am 17. Januar in Berlin eintreffen und es werden vielleicht noch weitere Monate vergehen, bis sich herausstellt, ob das Urteil bestätigt wird oder nicht. Inzwischen wächst die Erregung unter den Eingeborenen und wird später vielleicht nicht mehr zu besänftigen sein, auch wenn das Urteil nicht bestätigt wird.

Dann aber wird es patriotische Pflicht sein, die armen Schwarzen tatzuschützen; man wird die sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich ihrer annehmen, herbeiführen und her-

höhnern. Man wird Menschenleben und Fieselnopfern opfern, um, wie es dann heißt, die „Ordnung“ in der Kolonie wiederherzustellen, und ein vaterlandsloser Geselle wird der sein, der davon etwas zu mäkeln findet.

Wäre es so, so wäre es nicht das erstmal! —

Liberaler Spögel.

Die lokale Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, daß die Geschichte vom geplanten Sturm auf das Berliner Schloss eine Spögelstunde sei, begleitet das Hauptorgan der liberalen Partei, die Berliner „National-Zeitung“, mit dieser Bemerkung:

Der Schreckenshieb hat völlig genügt, um die Führer der Berliner Sozialdemokratie zu einem kühnsten gloriosem Rückzug ins Maulsloch zu veranlassen.

Wenn die sozialdemokratische Partei einen gemeinen Schwindel als das bezeichnet, was er ist, so nennt das die „National-Zeitung“ einen „gloriosen Rückzug ins Maulsloch“. Es scheint demnach, daß die Liberalen Großbourgeoisie selbst einen Tufsteinsturm plant. Sonst könnte sie nicht so verächtlich über Leute reden, die wahrheitsgemäß in Worte stellen, daß sie einen Sturm auf's Schloss nicht planen. —

Strafendemonstrations-Prozesse.

Die Dresdner Justiz arbeitet schnell und gründlich. Fast kein Tag ohne einen Prozeß gegen Wahlrechtsdemonstranten oder solche, die es hätten werden können, und immer dieselbe scharfe Anwendung der vom Strafgesetzbuch zugelassenen Strafmittel. Der Schrecken regiert! Es wird sich bald zeigen, welche Wirkung die Urteile in den Massen auslösen.

Ueber die neusten Fälle, die zur Aburteilung gekommen sind, wird uns vom 12. d. M. aus Dresden geschrieben:

Die fünfte Strafkammer des Dresdner Landgerichts verhandelte gegen den 1871 zu Dresden-Striesen geborenen Handarbeiter Karl Heinrich Kriebad wegen Aufbaus, Widerstands, tätlichen Angriffs gegen die Beamten, Ruhestörung und großen Unfugs. Der Angeklagte wurde in der Nacht zum 17. Dezember auf dem Altmarkt unter der dort demonstrierenden Menge beobachtet, wie er gleich andern Personen, Hurra rief. Nach Aussage der Gendarmen Fiedler und Koch ist K. einer der schlimmsten Schreier gewesen, sein Verhalten habe den „Eindruck“ eines „Anführers“ gemacht. Obgleich die Menge bisher weiter nichts getan hatte als Hochrufe auf die Sozialdemokratie und das allgemeine, gleiche Wahlrecht auszubringen und Arbeiterlieder zu singen, hielten die beiden Schutleute die Situation für sehr gefährlich, so daß sie von der nahen Bezirkswache Verstärkung holten. Nun wurde mit vereinten Kräften gegen die Menge vorgegangen und diese zurückgedrängt. Unter den Zurückweichenden befand sich auch der Angeklagte, auf den die Polizei, wohl infolge seiner Körpergröße, schon lange aufmerksam geworden sein will. Kriebad bot jedoch keinen Anlaß zu seiner Festnahme, obgleich er sich in der vordersten Reihe befand. Die Verpöhlung der Massen nicht schnell genug erfolgte, ging die Polizei mit blauer Waffe vor. Zugehauen will sie jedoch nicht haben. Damit steht jedoch die Behauptung des Angeklagten in Widerspruch, der einen heftigen Schlag über den Rücken erhalten hat und infolgedessen hingestürzt ist. Nunmehr wurde K. festgenommen. Dadurch scheint dieser in große Erregung veretzt worden zu sein. Darauf ist jedenfalls sein Widerstand bei der Abführung zur Wache zurückzuführen, denn er soll sich eingeklemmt und außerdem während mit den Armen um sich geschlagen haben. Vier Gendarmen sind angeblich notwendig gewesen, um den Mann zu bewältigen. Der Gendarm Böhm erhielt vom Angeklagten (dieser bestreitet, daß dies absichtlich geschehen ist) einen Fußtritt gegen das Schienbein, weswegen er noch in ärztlicher Behandlung ist. Ferner soll der Arrestant, der sich in losen Kleidern befand, dem Gendarmen Schmidt einen Faustschlag ins Gesicht veretzt und einem dritten den Helm vom Kopf geschlagen haben. Auf Befragen durch den Gerichtsvorsteher, ob es sich bei dem Hinfallen des Angeklagten auf den Boden nicht etwa um einen Trick handle, der von derartigen Elementen angewendet werde, um dadurch andern Gelegenheit zu geben, auf die Gendarmen, die den Hingefallenen aufheben und festnehmen wollen, einzuschlagen, ohne Gefahr zu laufen erkannt zu werden, erklärten natürlich die Schutleute, sie seien dieser Ansicht, obwohl einer von ihnen, der Gendarm Koch, zugeben muß, daß der Angeklagte rücklings zu Boden gestürzt ist. Für den Staatsanwalt stand es fest, daß Kriebad als eine Art „Mädelsführer“ in Betracht kommt, der nur darauf gelauert habe, eine Aktion gegen die Gendarmen zu unternehmen. Eine exemplarische Strafe sei am Platze. Das Gericht war derselben Ansicht, denn es erkannte, obgleich es den Auflass für nicht erwiesen ansah, auf

1 Jahr 1 Monate Gefängnis

und drei Wochen Haft. Wegen der Höhe der Strafe wurde die sofortige Festnahme des Angeklagten verfügt.

Widerstand, Beamteneleidigung, Ruhestörung und großer Unfug sind die Delikte, deren sich der 1876 zu Niederpeterswitz geborne, bisher gänglich unbestrafte Metalldreher Max Friedrich Heise in der Nacht zum 17. Dezember schuldig gemacht haben soll. Der in Großburg wohnhafte Angeklagte war am Abend mit einem Kollegen in die Stadt gegangen, um Einkäufe zu besorgen. Dabei wurden auch im Laufe des Abends nicht weniger als vier Kneipen besucht. Zuletzt war H. in einem Lokal am Altmarkt. Als er dieses nach Mitternacht in fast angetrunkenem Zustand verließ, befanden sich große Menschenansammlungen auf dem Altmarkt. Das habe, so erzählt er, sein Interesse geweckt und er habe sich schließlich eine Weile angesehen. Er ist jedoch angeblich nicht unter die Menge gegangen, sondern nur dorthin herankam, um durch die Scheffelstraße den Heimweg anzutreten. Hier seien ihm zwei Gendarmen entgegengestritten, die ihn ohne den geringsten Anlaß arretiert hätten. Er könne sich die Sache nicht anders denken, als daß er einer Verwechslung zum Opfer gefallen sei. Des weiteren bestritt er, nach seiner Verhaftung Widerstand geleistet zu haben. Im Gegenteil, er habe einen Schlag über den Kopf erhalten, so daß er seinen Hut verlor. Da habe er sich gebückt, um diesen aufzuheben, sonst sei keines Wortes nichts passiert. Zeuge Privatier Heller war verscheinlich unter die Menge geraten und machte dabei längere Zeit die Beobachtung, daß H., den er mit größter Bestimmtheit wiedererkennt, einer der Hauptakteure war. „Blutschande, Kofaken, Straßentänzer!“ habe

2 Monate Gefängnis

und drei Wochen Haft. Zu den nächsten Tagen werden die übrigen Strafendemonstranten abgeurteilt werden, soll doch, nach einer Zeitung von oben, bis zum 21. Januar, dem man auch in Dresden offenbar mit großer Beforgnis entgegensteht, keiner Tisch gemacht werden. —

fortgesetzt gerufen. Der Schuttmann Ritjcher war dem Gendarmen-Kommando zugeteilt, das gegen 2 Uhr nachts Befehl erhielt, die Scheffelstraße zu säubern. Nach seiner Aussage wurden die anrückenden Schutleute seltens der Demonstranten mit Johlen und Schimpfwörtern begrüßt. Zeuge griff einen der Schreier heraus und stürzte ihn zur Polizeiwache. Die Menge wollte nachfolgen, wurde jedoch von den übrigen Schutleuten daran gehindert. Nur dem Angeklagten war es gelungen, durchzubrechen; er folgte dem Gendarmen und seinem Arrestanten und soll den Beamten beschimpft und belästigt haben. Als sich letzterer dies verbat, erwiderte H.: „Ja, ja, Du Bluthund, welcher kannst Du nichts!“ Der Schuttmann übergab seinen Arrestanten dem vor dem Polizeilokal postierten Kollegen und eilte dann mit einem andern Gendarmen auf die Straße zurück, wo sich der Angeklagte noch befand und sofort verhaftet wurde. Seitdem Transport zur Wache setzte der Mann heftigsten Widerstand entgegen, so daß im ganzen vier Schutleute eingreifen mußten. Zeuge erhielt einen Schlag ins Gesicht. Im Wachtlokal soll H. längere Zeit geschimpft und geklärt haben. „Jetzt bin ich unter Kofaken!“ soll er geklammert haben. Offenbar hat der Angeklagte in unzurechnungsfähigem Zustande gehandelt, denn sein Arbeitgeber schildert ihn als einen fleißigen, strebsamen und soliden Menschen, der sich auch sonst eines guten Lemmundes erfreue, er werde nur leicht angetrunken und gerate dann in die Woge. Von Seiten der Verteidigung wurde großer Wert darauf gelegt, dem Gerichte zu beweisen, daß dem Angeklagten durchaus keine un- fröglische und revolutionäre Gesinnung innewohne, weshalb sie fünf Lemmundenzeugen stellten. Nach deren Aussagen hat H. sich wiederholt zu Arbeitsgenossen dahin geäußert, er mache derartige Umzüge nicht mit und teile die Ansicht der Sozialdemokraten nicht. Niemals hat er eine sozialdemokratische Versammlung besucht, dagegen war er ein eifriger Besucher der Versammlungen des Militärvereins, dem er als Mitglied angehörte. Er ist Reserve-Unteroffizier. Der Staatsanwalt plädierte für eine möglichst hohe Strafe, denn zugunsten des Angeklagten komme in Betracht, daß er, obgleich er einem Militärverein angehört, sich nicht scheue, in derartig ernsten Zeiten auf die Straße zu laufen und mit Rabau zu schlagen. Das Urteil lautete auf

8 Monate Gefängnis

und 3 Wochen Haft. Der 1874 in Neuhadt (Ober-Schlesien) geborne, unbestrafte Bohrer Albert Eckert hatte am Abend des 17. Dezember viele Stunden lang bei Gasmeyer auf der Schlossstraße gezecht und begab sich gegen 1/1 Uhr nachts durch die Kleine Bräutigasse in der Richtung nach der Sophienkirche. Schon von weitem hörte er Schreien und Johlen vom Postplatz her. Kurz vor der Kirche sah er mehrere hundert Leute, auf welche Gendarmen mit der blauen Waffe einschlugen. Um allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, kehrte er um, um durch die Quergasse nach der Wildstrufferstraße zu kommen. Auf der Großen Bräutigasse sei plötzlich ein Gendarm (in Zivil) vor ihm aufgetaucht, der ihn mit den Worten: „Kommen Sie mal mit!“ arretiert habe. Er habe absolut nichts gemacht. Kriminalgendarm Wiegand als Zeuge erklärt, daß er sich in der Nähe der Sophienkirche aufgehalten habe. Polizeileutnant Mathes hatte dem Angeklagten einen Arrestanten zugeordnet, worauf ein Lauff der Demonstranten folgen wollte. Der Polizeileutnant drohte jedoch jedem, der nicht zurückbleibe, Verhaftung an. Darauf habe der Angeklagte, in dessen unmittelbarer Nähe der Zeuge stand, die Hand erhoben und gerufen: „Kommt, kommt, den Hund hauen wir nieder, unsern Arbeitsbruder reißen wir los!“ Gleich nach diesen Worten schritt Zeuge zu der Verhaftung des Angeklagten. Dieser ging dann ein Stück ruhig mit, dann wollte er aber nicht mehr. Ein zweiter Schuttmann kam hinzu, der E. ohne weitere Schwierigkeiten nach der Wache brachte. Erfolgreich war der Widerstand also auf keinen Fall. Das Gericht — 3. Strafkammer — verurteilte E. wegen öffentlicher Aufforderung zur Begehung von Gewalttätigkeiten, Beamteneleidigung, Widerstand und Ruhestörung zu

7 Monaten Gefängnis.

Strafmildernd will das Gericht berücksichtigen haben, daß der Angeklagte sehr erregt und angetrunken war.

Wegen Aufbaus und Ruhestörung mußte der 1877 in Reichenbach i. B. geborne, in Sporhitz wohnhafte Schriftsetzer Paul Alfred Hartenstein auf der Anklagebank Platz nehmen. Der Angeklagte, der noch unbestraft ist, hatte am 16. Dezember die Trianon-Versammlung besucht, nach deren Schluß er ein Glas Bier trinken ging. Nach Mitternacht führte ihn sein Weg über den Altmarkt, wo er unter die Menschenmenge geriet. Nach der Anklage soll H. mit in die Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht und die Sozialdemokratie eingestimmt haben, doch vermochte dies der Polizeiwachmeister Wänzel, der einzige Zeuge, nicht zu bestätigen. Das Ganze, was dieser Zeuge gegen den Angeklagten vorzubringen vermag, besteht darin, daß letzterer auf die mehrfache Aufforderung zum Weitergehen bemerkt hat: „Ich kann stehen bleiben, wann und wo ich will!“ Die sofortige Verhaftung war die Folge. H. widersetzte heute sein früheres Geständnis, das er nur deshalb abgelegt hat, damit man ihn aus der Haft entlasse. Das Gericht hielt ihn aber in vollem Umfang für überführt und erkannte auf

2 Monate Gefängnis

und 3 Wochen Haft. Zu den nächsten Tagen werden die übrigen Strafendemonstranten abgeurteilt werden, soll doch, nach einer Zeitung von oben, bis zum 21. Januar, dem man auch in Dresden offenbar mit großer Beforgnis entgegensteht, keiner Tisch gemacht werden. —

Aus der Parteibewegung.

Polizeiausgebot gegen Flugblätter. In Görlitz hat die Polizei in ihrer Weise in die Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht eingegriffen. Sie beschlagnahmte 25 000 Flugblätter, die sich gegen den Fortbestand des Dreiklassenwahlrechts richteten. —

Reaktionäres und Ruffrats Wirkungsgebiet. Die Amtshauptmannschaft Bielefeld in Oldenburg verbot einen Vortrag des Gewerkschafts-Bundes über „Die russische Revolution und die politische Lage in Deutschland“. Wir sind überzeugt, daß Herr Ruffrat dieses Verbot billigt. —

Gewerkschaftsstartell Magdeburg.

Sitzung am 11. Januar 1906.

Zu Eingang der Sitzung begrüßt der Vorsitzende die neu-gewählten Delegierten; er stellt hierbei fest, daß eine ganze Reihe von Gewerkschaften noch keine Delegierten für das neue Jahr

gewählt haben. Er ersucht darum, daß dies bald geschehen möchte. Bei Feststellung der Präsenz fehlen die Vertreter der Dachbeder, Masarbeiter, Handschuhmacher, Gutmacher, Müchler, Lagerhalter, Mühlenarbeiter, Stuktureure und Bergolder.

Mitteilungen der Sekretäre.

Beims weist zunächst darauf hin, daß jetzt die statistischen Fragebogen zum Jahresbericht an die Gewerkschaftsvorstände versandt seien und bittet um recht pünktliche Zurückgabe. Weiter bemerkt er, daß die dem Parteivorstand überwiesene Angelegenheit betr. Brauereiarbeiter kontra Transportarbeiter in einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände zur beiderseitigen Zufriedenheit erledigt sei. — Der

Rassenbericht

pro 4. Quartal 1905 und für das Geschäftsjahr 1905 liegt den Delegierten gedruckt vor. Königstedt gibt kurz einige Erläuterungen dazu. Er betont u. a., daß die größeren Umschaffungen für das Sekretariat jetzt erledigt seien; er drückt seine Freude darüber aus, daß die Magdeburger Gewerkschaften sich ein so musterhaft eingerichtetes Institut geschaffen haben, daß es jedem andern an die Seite gestellt werden könne. Weiter bemängelt H., daß noch einzelne Gewerkschaften mit ihrer Abrechnung vom „Simplicissimus“-Abend (20. November) im Rückstande seien. Eine beratige Bummelerei erschwere die Rassenführung ungemein. Die Bilanz pro 1905 verzeichne eine Einnahme von 12 498,14 M., eine Ausgabe von 9109,56 M., so daß am Schluß des Jahres ein Bestand von 3588,58 M. vorhanden ist. Es sei dies gegen das Vorjahr ein schöner Fortschritt; wir müssen aber bestrebt sein, einen Fonds zu schaffen, damit wir gegebenenfalls die Gewerkschaften bei ihren Kämpfen unterstützen können. — Zu der Diskussion sprechen verschiedene Delegierte ihre Mißbilligung über die vom Kassierer erwähnte Bummelerei einzelner Gewerkschaften aus. Namens der Revisoren konstatiert Feising den Mängelfund des Rassenabchlusses, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wird. — Im Anschluß hieran gibt der Vorsitzende Großkopf einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. — Der nächste Punkt betrifft

Neuwahl des Vorstandes.

Der Vorstand besteht aus sieben Personen. Zum ersten Vorsitzenden wird Großkopf, zum zweiten Vorsitzenden Vender und zum Kassierer Königstedt wiedergewählt. In Stelle der beiden Schriftführer Geld und Winter, die eine Wiederwahl ablehnen, wird als erster Schriftführer Frahnert und als zweiter Schriftführer Knoblauch neugewählt. Zu Revisoren werden Senft, Kleine und Häußler gewählt. — Im Anschluß hieran wird die Remuneration des Vorstandes nach einem Antrag Savinsky wie folgt geregelt: Der erste Vorsitzende und der erste Schriftführer erhalten je 30 M., der Kassierer 100 M. Jede Vorstandssitzung im Sekretariat wird mit 50 Pf. pro Person entschädigt; dauert eine Sitzung länger als halb 12 Uhr oder findet sie außerhalb des Bureaus statt, so wird 1 M. dafür entschädigt. Diese Entschädigung der Sitzungen bezieht sich auch auf die beiden Sekretäre. — Den

Bericht über die Ausübung der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt

erstattet das Ausschussmitglied Vender. Auf den Bericht hier einzugehen erübrigt sich, da in Nr. 297 vom 20. Dezember 1905 hierüber ausführlich berichtet wurde. Im Anschluß an seinen Bericht ersucht Vender die Delegierten, alle bekannt werdenden Fälle, wo die Versicherungsanstalt beantragte Verfahren ablehne, ihm mitzuteilen, damit er gegebenenfalls mit Material aufwarten könne. H. kritisiert dann noch das eigenartige Verhalten des Ausschussmitgliedes Schaper aus Gr.-Osterleben, der Mitglied des Galanarbeiterverbandes ist. S. seine unangenehme Ansichten über die Pflichten eines Ausschussmitgliedes und über die Ausübung seines Mandats zu haben, indem er versucht, gelegentlich der Sitzung in Parteiverhandlungen zu machen. Ob sich dies mit den Interessen seiner Mandatgeber vereinbaren, glaube er, Vender, bezweifeln zu müssen. Es wäre am Platze, wenn man S. einmal an geeigneter Stelle seine eigenartige Auffassung würde. H. e spricht sodann noch den Wunsch aus, daß man für das nächste Mal einen solchen Bericht früher geben möchte, damit sich eine ausgedehnte Diskussion anschließen könne. — Unter

Verständenes

ersucht Großkopf die Delegierten, ihre Vorstände darauf aufmerksam zu machen, daß die neu gedruckte Geschäftsordnung für das Arbeitersekretariat abzuholen sei. Kleine fragt an, ob der Verband der Gastwirte dem Kartell angeschlossen sei. Beims verneint dies. Königstedt bemerkt, daß diese prozentual ihrer Mitgliederzahl Beiträge an die Kartellkasse abliefern. Hierauf Schluß der Sitzung um halb 12 Uhr. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 13. Januar 1906.

Das endgültige Resultat der Volkszählung.

Nach einer Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg ergab die auf Grund der Nachprüfung der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 aufgestellte Ortsliste folgende Ziffern: 6828 bewohnte Wohnhäuser, 22 unbewohnte Wohnhäuser, 226 andre bewohnte Gebäude, Stütten, Wagen, Schiffe usw., 54 257 gewöhnliche Haushaltungen von 2 und mehr Personen, 4311 eingetragene Personen mit eigener Haushaltung, 51 Gasthäuser, Serbergen usw. mit eingetragenen Gästen, 107 andre Anstalten. 118 239 männliche, 122 422 weibliche, zusammen 240 661 Personen, darunter 7332 reichsangehörige aktive Militärpersonen. Gegen die erste Zusammenstellung aus den Mitteilungen der Zähler ergibt sich also eine um 48 Personen geringere Bevölkerungsziffer. Diese Differenz findet ihre Erklärung in den ausgeschiedenen Doppelzählungen und Zählungen abwesender Personen, denen andererseits allerdings auch Auslassungen und Uebergehungen gegenüberstanden. —

— Das Kanalbetriebsamt weist in einer Bekanntmachung in bürgerlichen Blättern darauf hin, daß es ungehörig ist, beim Reinigen der Straßen den Kehr- und die Schlämmen in die Kanalschächte zu legen. Dadurch werden Kanalverstopfungen hervorgerufen, die Rückstauungen in den Hausleitungen zur Folge haben können. Gegen dieses Verhalten der Hausbesitzer oder deren Beauftragten, das nur auf Bequemlichkeit zurückzuführen ist, wird nach § 126 der Straßenpolizei-Verordnung mit polizeilichen Strafen vorgegangen werden. —

— Der Streik der Packraumarbeiter bei Mundlos u. Co. dauert ununterbrochen fort. Wenn derselbe größere Dimensionen bis jetzt noch nicht angenommen hat, so liegt das nur an den Streikenden. Die Arbeiterhaji in allen Betrieben der Mundloschen Fabrik ist über das an den Packraumarbeitern begangene Unrecht auf das höchste empört. Sie würde dies in Arbeitsniederlegung ausdrücken, wenn die Streikenden das wünschten. Die angedrohte Ausperrung ist nicht perfekt geworden. Die Firma gibt bekannt, daß Störungen im Betriebe weiter nicht zu verzeichnen sind, da sich eine genügende Zahl Ersatzkräfte gefunden habe. In welcher Weise der Ertrag arbeitet, erfährt man an der Auslieferung der Maschinen. Während früher 130 bis 200 Maschinen täglich ausgeführt wurden, beträgt die Zahl jetzt allerhöchstens 30 bis

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 11.

Magdeburg, Sonntag den 14. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Die fiskalischen Salzbergwerke und ihre Arbeiterverhältnisse.

Unser montanindustrieller Mitarbeiter schreibt uns: Wie wir den soeben dem Landtag zugegangenen „Nachrichten“ über die fiskalischen Bergwerke usw. im Staatsjahr 1904 entnehmen, kann Vater Staat auf dieses Jahr mit großer Befriedigung zurückblicken. Hat doch die Förderung an Stein- und Kalisalz mit 448 918 Tonnen das Ergebnis des Vorjahres um 5181 = 1,17 Prozent überbieten, der Förderwert betrug 5 592 422 Mark, war 267 818 Mark oder 5,03 Prozent höher wie 1903, obgleich die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 1801 auf 1752 zurückging. Durchschnittlich lieferte demnach ein fiskalisches Salzbergwerksarbeiter dem Vater Staat für 3190 Mark Produkte! Der Salzbergwerksarbeiter ist also sehr fleißig gewesen für den Staatsfiskus.

Als „Wert“ wird angegeben für eine Tonne Steinsalz 1,16 Mark (11 Pf. weniger wie 1903), für Kalisalz 14,38 Mark, 40 Pf. mehr wie 1903.

Das Finanzergebnis war ein recht günstiges. Der Absatz an Salzen, Kalisalzen und Kaliprodukten nahm erheblich zu; nachdem sich das Kalisyndikat — in dem der preussische Fiskus die erste Geige spielt — neu organisiert, ging es mit Wollbambus in die Profitmacherei hinein. Die Einnahmen der Salzwerke betragen 11 360 903 Mark, die Ausgaben inkl. Abschreibungen usw. 9 145 044 Mark, der Uberschuß 2 215 859 Mark oder 685 299 Mark mehr wie der Voranschlag vorausah! Eine „Statifizierung“, die um mehr als 25 Prozent hinter dem tatsächlichen Ergebnis zurückbleibt, kann man „sehr vorsichtig“ nennen. Aber leider dienen solche enormen Unterschätzungen auch dazu, eventuelle Lohnforderungen der Arbeiter von vornherein unter Hinweis auf das „voraussichtliche ungünstige Geschäftsergebnis“ abzuweisen! Diese Erfahrung haben die Arbeiter nur zu oft machen müssen.

Ganz außerordentlich ist die Uberschußsteigerung bei dem Staßfurter Werk, welches überhaupt als eine fiskalische Goldgrube bezeichnet werden darf. Bei einem Produktionswert von 3 960 636 Mark wurde ein Uberschuß von 1 990 979 Mark erzielt, also fast 50 Prozent des Produktionswertes konnten als Uberschuß eingestrichen werden! Der Uberschuß stieg gegen das Vorjahr um nicht weniger als 906 556 Mark, dabei ging die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 1 228 zurück. Im Jahre 1903 entfiel auf jeden Arbeiter des Staßfurter Werkes ein Betriebsüberschuß von rund 800 Mark. Gewiß schon ein stattliches Ergebnis. Aber 1904 brachte jeder Arbeiter einen Uberschuß von 1 580 Mark!!! Das sind großartige Geschäftsergebnisse.

Leider wird in den „Nachrichten“ nicht angegeben, wie die Entlohnung der so fleißigen Arbeiter sich entwickelte. Dadurch ist uns eine spezielle Gegenüberstellung von Arbeiterleistung und Arbeiterlohn unmöglich gemacht. Aber da zwischen den fiskalischen und privaten Bergarbeiterlöhnen kein wesentlicher Unterschied ist, können uns die bergbehördlichen Lohnstabellen hier aus helfen. Danach betrug im Oberbergamtsbezirk Halle der durchschnittlich: Schichtlohn der Salzbergwerksleute:

1901: 3,81 Mark	1903: 3,59 Mark
1902: 3,58 „	1904: 3,59 „

Also ist der Lohn bedeutend gekürzt und in dem für die Werksbesitzer so fetten Jahr 1904 auch nicht gestiegen! Der pro Arbeiter erzielte Uberschuß auf dem fiskalischen Hauptwerk Staßfurt nimmt zu von 800 auf 1580 Mark, der Lohn aber bleibt stabil. Wenn das kein „Wohlwollen für die Arbeiter“ beweist, dann können wir uns nicht mehr ans in dieser „göttlichen Bestordnung“.

Wie den Lesern der Magdeburger „Volksst.“ aus einer hier veröffentlichten Notiz bekannt ist, hat sich im Laufe des Jahres 1905 der Uberschuß der Kalisyndikatswerke wieder außerordentlich vermehrt. Die fiskalischen Werke nehmen daran entsprechend ihrer hohen Syndikatsbeteiligungsanteile im höchsten Maße teil. Der Etat pro 1905 veranschlagte für die Salzwerke 2 078 000 Mark Uberschuß; indessen ergab schon das abgeschlossene Betriebsjahr 1904 einen Uberschuß von 2 215 859 Mk., wie schon erwähnt, 25 Proz. mehr als veranschlagt. Das Jahr 1905 ist aber für die Kaliindustrie bedeutend besser gewesen wie 1904, folglich darf man ruhig auf 2 1/2 Millionen Mark Uberschuß pro 1905 rechnen. Gab doch die Syndikatsverwaltung selbst ihren Mehrumsatz auf vielleicht 10 Millionen Mark an. Von einer Lohnzulage für die Arbeiter haben wir aber nichts vernommen. Im Gegenteil, der Durchschnittslohn stand im 2. Quartal 1905 noch 3 Pf. niedriger wie im 1. Quartal 1905 und nur 6 Pf. höher wie im Mittel 1904. Auch hierbei hat man es nicht mit einer Lohnzulage zu tun, sondern es handelt sich um nicht einmal voll vergütete Mehrleistungen. Wie soll man eine solche Ignorierung der Arbeiterbedürfnisse rechtmäßig nennen?

Das vorhin Gesagte trifft in der Hauptsache auf das Staßfurter Werk zu. Für Staatsrechnung wurden an Salzwerken noch betrieben die Saline „Sohsenfalg“ (früher Znojowitz) mit 164 Arbeitern, Salzwerke Erfurt mit 58 Arbeitern, Kalisalzwerk Weißenfels mit 434 Arbeitern (wird ein zweites Staßfurt), Saline Dürrenberg mit

182 Arbeitern, Saline Schönebeck mit 361 Arbeitern, Molkechacht bei Schönebeck mit 65 Arbeitern, Saline Wittenberg mit 56 Arbeitern, am Kalisalzwerk Wittenberg ist der preussische Fiskus beteiligt, außerdem betreibt er noch einige Salzsalinen in Westdeutschland. Auf sämtlichen Salzbergwerken und Salinen waren 2565 Arbeiter beschäftigt, vornehmlich durch deren Tätigkeit konnte der fiskalische Säckel 2 300 667 Mark Betriebsüberschuß einheimen.

Uebersicht standen 1904 in Betrieb 64 preussisch-fiskalische Kohlen-, Erz- und Salzbergwerke, Hütten, Salinen usw. mit zusammen 82 548 Arbeitern. Der Gesamtüberschuß des fiskalischen Bergwerks- und Hüttenbetriebs belief sich auf 27,6 Millionen Mark, 3,4 Millionen Mark mehr wie 1903. Durchschnittlich lieferte jeder Arbeiter rund 370 Mark Uberschuß. Die Arbeiter in den Salzbergwerken (Salze aller Art, auch Kalisalze), zugehörigen Fabriken und Salinen brachten aber 1904 pro Kopf dem Fiskus 900 Mark Uberschuß ein!

Diese Tatsachen sollten sich die Arbeiter fest ins Gedächtnis einprägen und sich ernstlich überlegen, ob es denn nötig ist, bei derart riesigen Profiten solche kläglichen Löhne zu zahlen, wie sie immer noch in der Kalisalzindustrie üblich sind. Der Arbeiterfamilie mangelt es am Notwendigsten, die Uberschußschwellen zu reichster Fülle an. Wie lange noch wollen die Arbeiter einen solchen Zustand schweigend dulden?

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 13. Januar 1906.

Präsident Doumer?

Aus Paris wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Seit Herr Paul Doumer im vorigen Jahr bei der Wahl zum Kammerpräsidenten den Kandidaten des „Blod“ Brisson besiegte, war die eventuelle Wiederwahl Doumers der Gegenstand lebhafter Kontroversen. Schlimm genug, daß die französische Deputiertenkammer ein Jahr lang einen Mann zum Präsidenten haben mußte, der eigentlich weder eine Partei hinter sich hat, noch sonst irgendwelcher Sympathien erfreut. Kein Blatt und kein Politiker wird sich finden, der der Persönlichkeit des nunmehr sogar wiedergewählten Kammerpräsidenten ein Loblied singen würde. Er verfügt wohl über einige Fähigkeiten, ragt jedoch über das Mittelmaß eines Parlamentariers nicht hinaus. Im Grunde ist er auf der rechten Seite, die ihn auf den Scheitelpunkt hat, ebenso sehr verachtet, wie auf der Linken, der er entkommt.

Und trotzdem ist er zweimal zum Kammerpräsidenten gewählt worden, trotzdem besitzt er sogar eine gewisse Anwartschaft auf den Präsidentenstuhl der französischen Republik. Um sich diese widersprüchliche Erscheinung zu erklären, muß man den französischen Parlamentarismus schon etwas genauer kennen. Das Mandat eines Abgeordneten ist ein vielbegehrtes Objekt. So ein „deputé“ ist nicht nur eine sehr angesehene und einflußreiche Persönlichkeit, mit dem den bescheidenen deutschen M. d. R. gar keinen Vergleich aushalten; es ist auch recht einträglich, Deputierter zu sein. Abgesehen von den an sich ganz respektablem Diäten — jeder Deputierter bezieht ein Gehalt von 7200 Mark — zieht man auch sonst noch Nutzen aus der Stellung eines Volksvertreters, wenn man das nötige weite Gewissen hat. Und daran fehlt es unsern biedereren Bourgeois nicht. So kommt es, daß der weitans größte Teil der Deputierten sich aus betriebsamen Advokaten, Vorkämpfern und bürgerlichen Journalisten zusammensetzt.

Da nun die Konkurrenz eine sehr große ist, kostet es ein schönes Stück Geld, Deputierter zu werden. Ein Abgeordneter der Rechten, der von ihr abgefallen ist, hat kürzlich in einer Wählerversammlung mit der harmlosesten Miene von der Welt erzählt, daß ihn seine errie Wahl 60 000 Frank, seine Wiederwahl 40 000 Frank gekostet hat. Wer nicht selbst ein vermögender Mann ist, der muß sehen, wie er durch Versprechungen von „Gesälligkeiten“ ein kapitalträchtiges „Wahlkomitee“ zusammenbringen kann. Das ist der Sumpfboden, auf dem der Panama-Skandal gediehen ist.

Als Herr Paul Doumer, nachdem er zuvor Kabinettschef des radikalen Kammerpräsidenten Floquet und dann radikaler Abgeordneter gewesen, von dem reaktionären Ministerium Melme als Gouverneur von Indochina mit einem Jahresgehalt von 100 000 Frank ernannt wurde, war er ein armer Mann, der mit seinen Schulden zu kämpfen hatte. Jetzt gibt er das Geld mit vollen Händen aus. Daß er mit Bestechung arbeitet, ist wiederholt öffentlich behauptet worden. Darin liegt das Geheimnis seines Erfolgs, wenn es auch noch nicht alles erklärt. Die Rechte wußte, daß sie die frühere Mehrheit, den „Blod“, nur sprengen könne, wenn sie sich der Renegaten, der Abtrünnigen und Unentschiedenen, bediente. Dazu war Doumer der richtige Mann.

So sieht er jetzt auf dem Präsidentenstuhl der Kammer und soll am 16. zum Nachfolger Loubeys gewählt werden. Dazu scheint es aber nun doch nicht zu langen. Im vorigen Jahr erhielt Doumer 265 Stimmen, gegen 240, die auf Brisson entfielen. Die Wahlbeteiligung war in diesem Jahr eine weit stärkere. Die „Doumerianer“ rechneten auf 310 Stimmen, die notwendig wären, wenn Herr Doumer bei der Wahl in Versailles siegen soll. Er erhielt jedoch nur 287 Stimmen gegen 269, die auf den gemeinsamen Kandidaten der Linken, Carrien, entfielen.

Damit dürfte die Wahl Doumers zum Präsidenten der Republik gesichert sein, denn im Senat verfügt die Linke über eine sichere Mehrheit von 80—100 Stimmen. Es ist aber immerhin für die bürgerliche Republik befremdend genug, daß ein notorischer

Renegat und skrupelloser Streber Präsident der gesetzgebenden Kammer ist und obendrein noch ernsthafter Kandidat für den Präsidentenstuhl der Republik werden kann. —

Provinz und Ungegend.

Kirchliche Statistik.

Die Kirchengemeinden veröffentlichten zurzeit ihre Berichte für das Jahr 1905. Die Zahlen über die Taufen, Trauungen und sonstigen kirchlichen Handlungen haben für uns insofern ein Interesse, als sie Schlüsse auf die Intensität des kirchlichen Lebens in den Gemeinden zulassen. Zwar sind diese Schlüsse ja immerhin noch recht trügerischer Natur, denn viele Leute, die sich in der Kirche halten, altnäherlich verringert. Ein recht deutliches Bild von dem Interesse am kirchlichen Leben würde man erhalten, wenn man die Zahl der Kirchenbesucher erfahren würde. Aber bis auf wenige schweigen sich die Berichte darüber aus, offenbar, weil das Ergebnis nicht allzu rühmendwert aussieht. Für Betrachtungen volkswirtschaftlicher Natur sind die kirchlichen Berichte im allgemeinen ungenügend und ohne Wert. In Orten mit konfessionell fast gemischter Bevölkerung lassen sie am wenigsten ein genaues Bild zu. Besonders Interesse erwecken die Berichte aus Staßfurt, weil dort bekanntlich die Zahl der Bevölkerung im Niedergang begriffen ist. Nach den Bekanntmachungen der beiden evangelischen Gemeinden sind dort geboren in der Petriergemeinde 348 Kinder (51 weniger als im Vorjahre), in der Johanessebene 178 Kinder, zusammen 526. Gestorben sind in der Petriergemeinde 225 Personen (14 mehr als im Vorjahre), in der Johanessebene 91, zusammen 316 Personen. Standesamtliche Eheschließungen haben stattgefunden in der Petriergemeinde 110 (27 mehr als im Vorjahre), von denen 85 kirchlich eingetraget sind. Von der Johanessebene ist nur die Zahl der kirchlichen Trauungen bekannt gegeben, sie beträgt 46. Auffällig ist die Zunahme der Eheschließungen in der Petriergemeinde. Der Geburtenüberschuß ist reichlich, er beträgt 210, bei einer Bevölkerung von 18 308 also reichlich 1 1/4 Proz. Die Sterblichkeitsziffer ist gering. Sie würde nach den obigen Zahlen 1 1/4 pro Tausend betragen. Allerdings würden noch die Sterbefälle der katholischen und israelitischen Gemeinde hinzukommen, aber 20 pro Tausend würde trotzdem wohl nicht erreicht werden. Das ist auffallend bei der mörderischen Industrie und der als schlecht verschrienen Staßfurter Luft. Diese muß also wohl nicht ganz so schlecht sein. Das ergibt sich auch daraus, daß von den 91 Gestorbenen der Johanessebene fünf über 80 Jahre alt waren und daß in der Petriergemeinde die älteste der verstorbenen Personen das Alter von 88 Jahren erreicht hat. —

Halberstadt, 12. Januar. (Die letzte Wahlversammlung.) welche sich in der Hauptstadt mit dem Dreiklassenparlament befaßt, war gut besucht. Der Vortrag des Genossen Dr. Crohn fand allgemeinen Beifall. Der Statutenentwurf für den Wahlverein ist nochmals kurz behandelt worden. Einspruch wurde dagegen nicht erhoben. Zu dem am 28. Januar in Wernigerode stattfindenden Generalversammlung wurden als Delegierte gewählt die Genossen Müller, Heller, Hansmann, Schönfeld, Hoffmann und Albert. Genosse Hoffmann berichtet über die Gründung des Bezirksverbandes und hebt besonders hervor, daß die Gründung des Bezirksverbandes eine zwingende Notwendigkeit sei. Die zu leistenden Beiträge würden auf andre Weise den Wahlkreisen wieder zugute kommen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, überläßt jedoch die Beschlüßfassung der Generalversammlung. Die Angelegenheit betreffs des hier erscheinenden „Unzeiger“ soll in der nächsten Versammlung verhandelt werden, weil die zuständigen Zustellen dazu erst Stellung nehmen müssen. Nachdem der Versammlung noch einige interne Angelegenheiten zur Kenntnis gebracht worden waren, trat der Schluß ein. —

Halberstadt, 12. Januar. (Die Abschiedsfeier) für den von hier scheidenden Bürgermeister Schüller war zahlreich besucht. Es wurden Reden über Reden gehalten, die alle in ein Loblied auf den Bürgermeister ob seiner Verdienste ausklangen. Zwischen durch wurde auch ein Prolog vorgetragen. Rediger Horn brachte in humoristischer Weise seine Ausführungen vor, die natürlich aus solchen Wunden ganz besondere Erheiterung hervorgerufen mußten. Man hat sich wenigstens nicht gelangweilt. Bei einem Bierabend kann unser Bürger gut diskutieren. Bürgermeister Schüller hat sehr wohl gewußt, daß sich zum Bierabend seine Getreuen alle einfänden würden, während bei der Abschiedsfeier, welche von dem Magistrat und den Stadtverordneten arrangiert werden sollte, wenige davon vertreten gewesen wären. Deshalb hat er auch dem Bierabend den Vorzug gegeben. Nun ist die Feierlichkeit vorbei und Bürgermeister Schüller wird bald vermissen sein. —

Halberstadt, 13. Januar. (Ein Ausschung) ist in den Wochen in der deutschen Federhandschuhfabrikation eingetreten. Besonders sind die hiesigen Handschuhfabrikanten mit Aufträgen bedrängt worden. In allen Fabriken werden jetzt meist lange Damenhandschuhe gefertigt, die sonst nur in einigen Fabriken in kleinen Partien hergestellt wurden. Die Ursache des guten Geschäftsganges und die Nachfrage nach den langen Handschuhen soll darin zu suchen sein. Daß die Seiden- und Zwirnhandschuh mehr und mehr aus der Mode kommen, dafür der Federhandschuh von der feinen Damenwelt den Vorzug erhält. Der Seidenhandschuh, welcher in den feinsten Farben und Mustern hergestellt wurde, hat jahrelang der Mode standgehalten und der Handschuh eine arge Konkurrenz geboten. Die Federhandschuhfabrikation lag nicht nur allein in der schönen Ausstattung, sondern war auch billiger. Die Seiden- und Zwirnhandschuhe wurden in den großen Webereien mit gut maschineller Einrichtung und mit billigen weiblichen Arbeitskräften hergestellt. Dagegen stellte sich die Herstellung des Federhandschuhs schon durch das Material, welches er enthält, im Jahre um Preise enorm gestiegen ist, bedeutend teurer er konnte infolgedessen den Preisen der Seiden- und Zwirnhandschuhe nicht mithalten. Die Umwandlung der Mode wird in der Federhandschuhfabrikation mit Freuden begrüßt, hatte man doch jahrelang mit bedrückenden Preisen zu kämpfen. Die Handschuhfabrikanten halten jetzt reiche Ernte und bringen ihren Weizen ins Trockne. Es haben auch die beschäftigten Arbeiter eine kleine Lohnaufbesserung erhalten werden, ist sehr fraglich. Nach all den bisherigen Erfahrungen, welche die Handschuhmacher mit ihren Arbeitgebern gemacht haben, wird eine freiwillige Zulage kaum zu erwarten sein. Die Arbeiter müssen immer schwerer für Verbesserungen ihrer Lage kämpfen. —

Quedlinburg, 13. Januar. (Flughattverbreitung) Die Parteigenossen werden ersucht, Sonntag früh 10 1/2 Uhr zur Flughatt-Verbreitung im Restaurant „Vorwärts“ zu erscheinen. —

Schönebeck, 12. Januar. (Partei- und Volksvereinsversammlung.) Am Donnerstag tagte im „Bürgerhaus“ die allmonatliche Versammlung. Genosse Dr. August Müller hielt seinen

ersten Vortrag, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Der frühere Vertrauensmann Genosse E. Schmidt erstattete die Parteirechnung, welche geprüft und für richtig befunden wurde, worauf die Versammlung dem Genossen Schmidt Becharge erteilte. Dann fand die Übergabe des Partei-Inventars an den Volksverein statt. Die Versammlungen des Volksvereins wurden für das ganze Jahr festgelegt, und zwar sollen sie jeden ersten Donnerstag im Monat liegen. Der Kassierer erstattete die Abrechnung von 1905. Der Vorsitzende teilte mit, daß Schönebeck dem neuen Statut gemäß in Bezirke eingeteilt ist, und der Vorstand sich die größte Mühe geben wird, tüchtige Gruppenführer herauszufinden. Ueber die Gründung einer Volksvereins-Filiale in Frohse entstand eine lebhafte Debatte. Die Genossen von Frohse waren der Meinung, wenn sie selbstständig sind, könnten sie intensiver arbeiten, und könnten Stellung zu den Gemeinderatswahlen nehmen. Ein Genosse von Frohse erklärte, man hätte in Frohse seit zwei Jahren geschlafen, aber jetzt wolle man sich auf eigne Füße stellen, dann aber auch Arbeit haben. Die Schönebecker Genossen wandten sich gegen die Gründung einer Filiale. Jedoch könnten sie nach dem neuen Statut nichts dagegen ausrichten, aber man solle doch so viel wie möglich zentralisieren. Auch wurde es dem Frohser Genossen vor Augen geführt, daß nach dem neuen Statut jede Filiale in Bezirke eingeteilt wird, sie also auch ihre Bezirksführer bekommen, die doch fast dieselben Rechte hätten, als ein Filialvorstand. Auch geheöre zu intensiver Arbeit Geld; mit 60-70 Mitgliedern könne man nichts leisten oder man müsse gleich von Anfang an einen Ertragsbeitrag erheben. Genosse Krause-Frohse erklärte, daß man dort erst eine Kommission zur Vorarbeit gewählt hätte; er werde aber die Ausführungen der Schönebecker vortragen, dann würde man wohl Vorstand von einer Filiale nehmen. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß am Sonntag den 14. Januar eine Flugblattverbreitung stattfindet und es Pflicht eines jeden Genossen ist, morgens 7 Uhr im „Bürgerhaus“ (Saack) sich einzufinden, um an der Verbreitung teilzunehmen. Keiner darf fehlen. —

An die Parteigenossen des Regierungsbezirks Magdeburg.

Nach dem auf dem Jener Parteitag beschlossenen Organisationsstatut haben die Parteigenossen die Pflicht, da, wo die Möglichkeit vorhanden, eine Bezirksorganisation zu gründen.

Die Genossen einer Anzahl Orte haben auch den Wunsch geäußert, im Interesse der Entwicklung und Festigung der Partei eine solche Organisation zu gründen. Wir folgen also nicht nur dem Parteitagbeschlusse, sondern auch den Wünschen der Genossen im Regierungsbezirk Magdeburg, wenn wir die einleitenden Schritte zur Gründung einer Bezirksorganisation tun und untenstehendes Statut zur Diskussion unterbreiten.

Konferenz der Parteigenossen des Regierungsbezirks Magdeburg

ein, die am Sonntag den 17. Februar, vorm. 11 Uhr, in Magdeburg im Restaurant zur Bürgerhalle, Knochenhauerufer 27-28, stattfindet.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Gründung einer Bezirksorganisation und Beratung des Statuts.
2. Wahl des Bezirksvorstandes.
3. Anträge.
4. Verschiedenes.

Die Genossen mögen überall zu der Konferenz Stellung nehmen und ihre Delegierten wählen. Auf je 200 Vereinsmitglieder kann ein Delegierter gewählt werden.

Alle Anfragen und die Konferenz betreffende Zuschriften wolle man an das Magdeburger Parteisekretariat, Knochenhauerufer 27-28, richten.

Genossen, auf ans Werk!
S. M.: Fr. Holzapfel.

Verband der sozialdemokratischen Vereine für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die sozialdemokratischen Kreisvereine der acht Reichstagswahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg bilden eine Bezirksorganisation mit dem Sitz in Magdeburg. Alle sozialdemokratischen Vereine des Regierungsbezirks Magdeburg müssen der Bezirksorganisation angehören.

In jedem Wahlkreis darf nur ein sozialdemokratischer Kreisverein bestehen.

Die Leitung der Bezirksorganisation obliegt einem aus drei Personen bestehenden Vorstand, der auf der Bezirkskonferenz gewählt wird. Gleichzeitig sind Erfahrmänner zu wählen. In geeigneten Fällen, mindestens aber in jedem Halbjahr, hat der Vorstand sämtliche Vorsitzende der einzelnen Kreisorganisationen zu einer Sitzung einzuladen, in der der Vorstand Bericht erstattet und Direktiven für weitere Schritte empfängt. Die Kosten dieser Sitzungen trägt die Bezirkskasse. Die laufenden Geschäfte sind von einem beauftragten Sekretär zu erledigen.

Der Vorstand hat die Aufgabe, den Ausbau der Organisation zu fördern, für Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen zu sorgen und zu dem Zwecke geeignete und umfassende Agitation zu treiben.

Jede Kreisorganisation hat vor dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei eine Generalversammlung abzuhalten, auf der Bericht zu erstatten ist über die Tätigkeit der Organisationsleitung, Einnahme und Ausgabe der Organisationskasse und den Stand der Parteibewegung im Kreise. Der Bezirksvorstand hat für seine Vertretung auf den Generalversammlungen der Kreisorganisationen zu sorgen.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaten erfolgt durch die Generalversammlung des Kreisvereins im Einvernehmen mit der Bezirksleitung. Ueber etwaige Differenzen entscheidet der Parteivorstand.

Jeder Kreis hat seine Ausgaben aus eignen Einnahmen zu bestreiten. Zurückgebliebene Wahlkreise hat der Bezirksverbandsvorstand nach Magdeburg der vorhandenen Mittel zu unterstützen. Anträge der Kreisvereine an den Parteivorstand um finanzielle Zuschüsse sind nur durch Vermittlung des Bezirksvorstandes zulässig.

An die Bezirkskasse sind von den Kreisvereinen pro Mitglied und Quartal 10 Pfennig zu entrichten.

Im Anschluß an den Parteitag der sozialdemokratischen Partei hat der Bezirksvorstand einen Bezirkstag einzuberufen, zu dem jeder Kreisverein nach der Zahl der für das letzte Quartal entrichteten Beiträge Delegierte entsenden kann. Auf je volle 200 Mitglieder kann ein Delegierter entsandt werden, jedoch können Vereine unter 200 Mitgliedern mindestens zwei Delegierte entsenden.

Kreisvereine, die mit den fälligen Quartalsbeiträgen länger als 3 Monate restieren, haben nur dann Anspruch auf Vertretung auf dem Bezirkstag, wenn ihnen die Beiträge rechtzeitig von dem Bezirksvorstand gestundet sind.

Die Delegationskosten haben die Kreisvereine selbst zu tragen. Außer den Delegierten sind die Reichstagsabgeordneten und Kandidaten der

einzelnen Kreise stimmberechtigt. Je ein Vertreter der Redaktion und Geschäftsleitung der „Volksstimme“ haben beratende Stimme.

Parteiorgan für den Regierungsbezirk Magdeburg ist die „Volksstimme“, in der alle Befanntmachungen erfolgen müssen.

Änderungen dieser Bestimmungen können von jedem Bezirkstage durch Mehrheitsbeschluß vorgenommen werden. —

Kleine Chronik.

Das Hochwasser im Rheingebiet.
Ueber das Hochwasser des Rheins wird aus Köln gemeldet, daß dort der Pegel Freitag vormittag einen Wasserstand von 5,60 Meter Höhe zeigte. Das Wetter ist regnerisch. Ein weiteres Steigen des Mittelrheines steht zu erwarten. Die Ruhr und die Lippe steigen weiter; letztere richtet große Verheerungen an. In den Niederungen flüchten zahlreiche Familien. Das Hochwasser hat weite niedererheinische Strecken überschwemmt. In den Ruhrschiffen stehen die Gleise unter Wasser, mehrere Schiffe sind gesperret und viele Magazine vom Bahnbetrieb abgeschnitten; in den niedrigergelegenen Ortschaften beginnt das Wasser in die Häuser zu dringen. —

Ein Oberleutnant ermordet.
Seit Oktober wurde der in München-Gradbach wohnende Oberleutnant a. D. Roos vermißt. Am Freitag fand man seine Leiche mit abgetrenntem Kopf an der Weidener Landstraße vergraben. Als des Mordes verdächtig wurden der Aufwärter Adolf Blümers, seine Frau und sein Bruder, die im Hause des Ermordeten wohnten, festgenommen. Sie gestanden, daß die beiden Männer Roos im Keller betäubt und ihm den Kopf abgehakt haben. —

Eine Bluttat.
Freitag abend gegen 1/6 Uhr schoß der Kaufmann und Mehlreisende Richard Röber in Berlin mit einem Revolver auf seine Nichte, die Buchhalterin Elisabeth Wulcy, und traf sie in den Hals. Dann richtete er den Revolver gegen sich und verwundete sich schwer. Röber wurde nach der Charité, Fräulein Wulcy nach dem Nothabtheilungsbureau gebracht, wo sie nach wenigen Stunden starb. —

Der Kopf abgerissen.
In der Heimkehrgrube bei Gleiwitz wurde dem Häuer Mosch von der Förderkette der Kopf abgerissen. —

Ein Großfürst, der die Revolution unterstüzt.

Ein amüsanter Vorfall in Nizza wird von einem Augenzeugen wie folgt geschildert: Junge, sehr hübsche Französin Roulette spielend. Großfürst Nicolai, mit bloßem Lächeln um sie herumschwärmelnd, vergeblich bemüht, ihre Aufmerksamkeit zu erregen. Ein Klüßchen mit dem Croupier, ein Satz von zwei Goldstücken auf die 13; der Großfürst verschwindet. Die 13 kommt heraus und der Croupier schiebt Madame den Gewinn, 1400 Frank, zu. Madame protestiert, der Croupier wird dringlicher; wie immer, sofort eine Menschenansammlung, Spielinspektoren usw. Man sucht die Dame zu beschwichtigen. — „Aber Madame, der Großfürst...“ In diesem Augenblick erscheint dieser, sich die Hände reibend, eines sicheren Sieges gewiß. Madame, zu einem neben ihr sitzenden Herrn: „Würden Sie mir einen Gefallen erweisen?“ — „Selbstverständlich!“ — Madame (sehr laut und sehr langsam): „Hier sind 1400 Frank, diese Summe wollen Sie, bitte, auf Veranlassung des Großfürsten Nicolai dem Zentralkomitee für die Revolution in Rußland überweisen.“ Und ohne den Großfürst auch nur eines Blickes zu würdigen, verläßt die Dame den Spieltisch. —

Briefkasten.

Halberstadt. Zur Weihnachtsbeherung für die Kinder der ausgeherrten Bauarbeiter gingen ferner ein: Fabrik- und Handarbeiter 3,60 M., von H. Bollman 3,00 M. In der ersten Dichtung muß es bei den Fabrik- und Handarbeitern statt 3.—, 3,10 heißen. Fr. Rofe.

Konsum-Verein Neustadt

Feinste Molkereibutter

von heute herabgesetzt
auf 130 Pfg. für 1/2 Kilo.

Der Vorstand.

Ein Posten etwas unsauber gewordene Wäsche

bestehend aus: 2340

weißen Damenhemden, Kinderhemden, Nachtjacken, Barchent-Damen- und Herrenhemden, Barch.-Kinderhemden, Kindertrikots, Damenhosen etc. etc.

werden bis zu zirka der Hälfte der sonstigen Preise verkauft.

Große Posten Reste
Blusenstoffe, Hemdenbarchent, Schürzenstoffe, Hemdenzinnen, Gardinen, Hochvelour, Kleidervelour usw. usw.
zu außergewöhnlich billigen Preisen.

D. Lichtenstein

Jakobstrasse 34, Ecke Blauwellstrasse.

! 4 billige Schuh-Tage !

Sonnabend — Sonntag — Montag — Dienstag

Herren-Zugstiefel harter Arbeitsstiefel	3.95	Damen-Lack-Spangenschuhe alles Leder	4.65
Herren-Schnür- u. Schnallenstiefel Bogleder	6.45	Damen-weiße Spangenschuhe	2.45
Herren-Zug- u. Schnürstiefel Bogkalf	5.95	Damen-Schnürstiefel	3.95
Herren-Schnürstiefel prima Bogkalf, elegante Façon	7.95	Damen-Boxlederstiefel	5.35
		Damen-Boxkalfstiefel	6.75

Ballschuhe in grosser Auswahl.

Ein grosser Posten zurückgesetzter **Pantoffel** zu jedem annehmbaren Preis.

Alle angeführten Artikel sind in unsern Auslagen nicht ausgestellt, aber doch reichlich am Lager.

Schuhwarenhaus Gebr. Schachmann

Breiteweg 69-70, gegenüber Dreieckstrasse.

Empfehle meine saubere

Theater- und Masken-Garderobe

bei billiger Preisstellung zu fleißiger Benutzung. Aufträge nach anserhalb werden prompt angeführt. Herren- und Damen-Kostüme von 1 Mark an.

Die Garderobe befindet sich nur

Kurfürstenstrasse 34.

Sprechstunden

H. Franke.

Schularartikel empfiehlt die Buchhandlg. Volksstimme

Därme

Leber und Gewürze

Mockrauer & Simons

Magdeburg, Kronprinzenstr. 8.

Kopfläuse Stahlfedern empf. die Buchhdlg. Volksstimme.

jed. Ungez. vert. Thelin, Pl. 50 Pf. Gr. Beckbauer billig zu ver. Dep. Löwen-Apoth., Altmarkt 22. Kaufm. S. Dresch, Moldenstr. 7.

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 11.

Magdeburg, Sonntag den 14. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Das Recht auf die Straße.

(Eine Wahlrechts-Demonstration in Helsingfors.)

I.

Umführend bildeten den ersten Teil des Zuges. Voran ging ihr Anführer, ein Mann nicht über 40 Jahre, mit rasiertem Bart und rotem, langen Schnurrbart. Er war gekleidet wie ein gewöhnlicher Arbeiter, nur auf seiner runden Pelzmütze blühte ein Stern aus Metall und über der Schulter hatte er eine rote Schärpe. Diese zwei Sachen, der glänzende Stern und die Schärpe, verliehen seinem kindlichen, naiven Gesicht etwas Kriegerisches und rechtfertigten einigermaßen seinen Platz als Anführer eines Heeres unter der roten Fahne.

Hinter ihm gingen seine Krieger. Sie marschieren schlecht und führen ihre Aufstellung nicht regelrecht durch, aber jeder einzelne ist sich bewußt, wofür er eventuell stirbt und wohin er geht.

Diese Armee wird hier in Helsingfors „Die rote Garde“ genannt, und ihre Zahl bezieht sich in ganz Finnland auf 10 000 Mann. Bis zum heutigen Tage — 17. (30.) Dezember 1905 — hat diese Garde täglich im Stadtpark manövriert, indem sie erst das Alleeaufmarschieren, Stehen, das Aufstellen in zweifachen Reihen unter dem scharfen Kommando ehemaliger Offiziere und Unteroffiziere einübte.

Der heutige Tag war zur allgemeinen finnlandischen Arbeiterdemonstration bestimmt und bezweckte, den sich versammelnden gesetzgebenden Landtag zu überzeugen, daß das allgemeine Wahlrecht in Finnland eine große Anzahl Anhänger habe.

Ich weiß nicht, wie es in andern Städten Finnlands zugeht, aber in Helsingfors wurden gegen 2 Uhr sämtliche Branntweinläden geschlossen, und Punkt 2 Uhr schritten vom Bahnhofspalast die ersten hundert Arbeiter mit ihrem Anführer und der roten Fahne an der Spitze durch die Hauptstraßen der Stadt.

II.

Die ersten 800 waren, wie ich schon oben bemerkte, nur Männer. Es waren alles ernste, feierliche, oft recht düstere Gesichter, ungefähr wie bei Soldaten während der Parade, bloß mehr intellektuellere. Alle trugen sie ihre gewöhnliche Arbeiterkleidung. Auf den Mützen hatte jeder den Stern. Die Anführer unterschieden sich von den Gemeinen durch die rote Schärpe über der Schulter.

Die ersten Hunderte bestanden aus den zwei Regimentern der „roten Garde“, ihnen folgten Abteilungen von Arbeitern, die keinen Stern an der Mütze hatten, wohl aber rote Fahnen mit Aufschriften trugen.

Schon in der ersten Abteilung der Arbeiter bemerkte ich fünf bis sechs Frauen, die mit ihren Kameraden im Schritt marschierten. In den folgenden Abteilungen wurde deren Zahl immer größer und größer, endlich kam sogar eine Abteilung, die nur aus Arbeiterinnen bestand; die Fahne trug eine ältere, kräftige Frau mit ernsten Zügen. Die Fahne war groß, die Stange dick und der Frau war es allein Ansehen nach schwer, mit ihrer Last fertig zu werden; sie stolperte vor meinen Augen mehrmals, fiel fast hin. Doch das störte sie weiter nicht. Mich interessierten die letzten Abteilungen ganz besonders: zum erstenmal sah ich Frauen in dieser Rolle.

Aufmerksam beobachtete ich die Gesichter und bemerkte, daß

beim Beginn des Umzugs die Frauen verlegen schienen, sie gingen mit gesenktem Blick, lächelten nervös und bemühten sich, nicht in die Zuschauermenge zu schauen. Dieser war der Anblick augenscheinlich auch sehr ungewohnt, denn viele lächelten und riefen sich Bemerkungen zu; aber dem Ton nach zu urteilen, enthielten diese Bemerkungen nichts Kränkendes, eher schien es ein freundliches, wenn auch etwas ungläubiges Aufmuntern zu sein, ungefähr wie wenn wir unerwartete Handlungen und Schritte der Jugend begrüßen.

Die Frauen waren fast alle jung, einfach gekleidet, ungefähr wie bei uns in Rußland Frauen und Töchter kleiner Beamter. Zwischen ihnen gingen ihre „Führerinnen“, die zum Unterschied die rote Fahne über der Schulter trugen. Ich zählte drei solcher Abteilungen mit zirka 120 Frauen in jeder.

Die Frauen zogen heute mit den Männern aus, um Menschenrechte zu fordern.

III.

„Ein schöner Anblick!“ ... Mit diesen Worten begrüßte ich meine Bekannten, die der ungewohnte Anblick dieser Demonstration auch auf die Straße gelockt hatte. Einer von ihnen, der erst kürzlich in Helsingfors angekommen war, sagte mir offen, daß, als er die ersten Abteilungen mit ihren roten Fahnen erblickt habe, er unwillkürlich rasch in einer Seitengasse einbiegen wollte. Er dachte, es müßten gleich aus dem Hinterhalt die Kosaken erscheinen und jeden schlagen, der ihnen in den Weg käme, wie in Rußland.

Mir erging es ebenso; hatte ich nicht des öfteren schon in Petersburg mit ansehen müssen, daß ruhig und in der gleichen Ordnung sich vollziehende Volksmärsche ohne irgend einen triftigen Grund von Kosaken beschossen und geschlagen wurden? Diese Arbeiter, die ehrlich, einfach und würdevoll ihre Ueberzeugung vertraten, forderten mehr zur Achtung heraus als unsere Regierung. Bei einem Vergleich zwischen diesen in strenger Ordnung vorüberziehenden Arbeitern und dem Empfang, den in einer russischen Stadt die Kosaken solchen Arbeitermärschen bereitet hätten, lag entschieden die Achtung und Sympathie bei diesen Leuten.

Hier hinderte sie niemand, mit Fahnen durch die Stadt zu ziehen. Was entstand denn Schlimmes dadurch? Entschieden gar nichts! Es entstand kein Geschrei, kein Lärm, nicht einmal ein Unglücksfall. Nur in den Straßen, durch die der Zug kam, stockte auf kurze Zeit der Straßenbahnverkehr, aber auch daraus entstand nichts Schlimmes: im Gegenteil, die Passagiere und die elektrischen Bahnen sahen mit Vergnügen diesem Umzuge zu, und ich bin überzeugt, keiner bedauerte die paar Minuten Aufenthalt, die dadurch entstanden.

Wir versuchten, annähernd die Zahl der Teilnehmer abzuschätzen und wählten dafür den allereinfachsten Weg: die Arbeiter gingen in Reihen von je vier Mann; in der Minute kamen zirka 15 Reihen an uns vorüber; im ganzen dauerte der Umzug 45 Minuten, folglich kann man sagen, daß es zirka 6000 Mann waren. Die zwei Regimenter der „roten Garde“, die voranzogen, bestanden aus zirka 1200 Mann; auch die andern waren alle organisierte Arbeiter. Zu dem gleichen Resultat führte uns eine zweite Abschätzung, als alle Arbeiter auf den freien Platz herausstraten und sich vor dem Denkmal Alexanders 2. aufstellten.

Nur 6000! Das beträgt weniger als den 80. Teil der Arbeiterzahl Petersburgs. Und doch, wech gewaltiger Eindruck der verhältnismäßig kleinen Anzahl Menschen!

IV.

Der Umzug, der um 2 Uhr nachmittags vom Bahnhof ausgegangen war, konzentrierte sich gegen 3/4 Uhr auf dem Platz vor dem Dom.

Wir standen auf der hohen Freitreppe des Senats, wo seinerzeit Bobrikow ermordet worden war, und sahen zu, wie in ununterbrochener Reihe sich die Arbeitermassen fortbewegten. Sie marschierten bis zum Denkmal und stellten sich auf ein Kommando der Anführer in ziemlich Ordnung davor auf.

Ein schöner Anblick! ... Es war ein sehr kalter Tag (17 Gr. Celsius), der Himmel bedeckte sich gegen Abend mit glühendroten Streifen, die mit den über den Köpfen der Menge webenden roten Fahnen seltsam harmonierten. Aus den Schornsteinen der umgebenden Häuser zog grauer, leichter Rauch, der Himmel und Erde zu vereinen schien. Der ganze Platz war von Rauchern umgeben, viele hatten sich auf der endlosen Treppe, die zum Dom hinaufführt, aufgestellt. Diese Treppe war vor kurzem der Schauplatz einer Kosakenattacke. Vielleicht haben dieselben Menschen, die jetzt friedlich der Demonstration zusahen, damals die Kosaken mit Steinen beworfen.

Plötzlich ertönte aus der Straße, durch die die Arbeiter herangezogen kamen, Gesang. Anfangs zaghaft und leise, dann immer kräftiger werdend. Wir gingen hin. Es waren die Frauen, die sangen. Jetzt, nachdem sie durch die ganze Stadt gezogen waren, sich ganz in ihre Situation hineingefunden hatten, fühlten sie sich froh und frei und stimmten sogar ein Lied an.

Bald schlossen sich die Männerstimmen ihnen an und es erklang ihr Lied, wehmütig und doch kräftig gesungen wie von einer einzigen mächtigen Stimme. Zu meinem großen Leidwesen verstand ich die Worte des Liedes nicht und neben mir war niemand, der es mir hätte übersetzen können. Der Gesang dauerte so lange, bis alle versammelt waren und sich aufgestellt hatten.

Da erscholl das Kommando, alles wurde still, um dann gemeinsam daselbe Lied noch einmal anzustimmen. Es war ein gewaltiger Eindruck.

Darauf wurden an den vier Ecken vier Tische aufgestellt, es erschienen vier Redner, und in deren Reihen fühlte ich daselbe, was ich in dem andächtigen Schweigen der Menge sah. Ich fühlte leidenschaftliche, wahrhaftige und unbezwingbare Kraft.

Nach Beendigung der Reden weinten viele Frauen.

Der preussische Kosaken-Liberalismus.

Dies der Bericht des russischen Liberalen in der Petersburger „Molva“.

Einfach und schmucklos sind die Worte; ohne jedes pathetische Band fügen sie die Sätze aneinander und doch wird jeder Leser tief ergriffen von der höchsten Darstellung. Sie wird in ihrer Leidenschaftlichkeit so leidenschaftlich, wahrhaftig und unbezwingbar, wie die Kraft, die sich in den sechsstündigen demonstrierenden Helsingfors'ern Arbeitern verkörperte.

Wohlgemerkt, es ist ein Liberaler, der sich in Finnlands Hauptstadt den Umzug der das allgemeine freie Wahlrecht fordernden Arbeiter und Arbeiterinnen angesehen hat. Der russische

Feuilleton.

Abdruck verboten

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Maria Müller-Fahne.

(28. Fortsetzung.)

Mit der einen Hand griff ich nach der Klinke der Haustür, während ich die andre auf die Brust preßte. Ein tiefgewurzelter in mir wollte ins Wanken geraten.

„Ich hab' man bloß gespielt mit ihr“, sagte der Junge zur Entschuldigung, „und sie tut mir weh!“

Da ich noch nicht fähig war, diese Anschauung mit einem aufklärenden Worte zu widerlegen, so beugte ich mich stumm zu dem beiden Gottesgeschöpfen hinunter, löste das Holz von dem Schweife des Tierchens, das froh davon sprang, und strich dem Kinde langsam über das dunkle Haar.

Und wieder blickte der Knabe verwundert fragend und doch zutraulich zu mir empor. Daraufhin fragte ich — leise und stöndend:

„Wie heißt Du?“

„Gans Krüger.“

„Und wer sind Deine Eltern?“

„Mama ist Schuster hier unten in'n Keller. Mutta geht nicht zuhause. Und jut sind se alle beide zu mir, alle beide!“

Diese Versicherung wurde so eifrig und aus ehrlicher Ueberzeugung heraus gegeben, daß ich über das Los des Kindes beruhigt sein konnte. Doch eine Frage drängte sich mir noch auf die Lippen:

„Hast Du noch Geschwister oder andre Verwandte, Gans?“

„Ne, Freilein. Bloß noch 'ne Tante! 'ne feine, scheene Frau, die kommt alle Jahre 'n paar mal und bringt mir Spielzeug und Bücher mit. Doch Bücher, Freilein, mit den allerjüngsten Geschichten drin! Von den verwunschenen Prinzen und den Schächerjungen im verzauberten Berg. Ja hab' je alle gelesen! Meinen juten Anzug hat je mir ooch geschenkt, is' der'n aber man des Sonntags dragen! Als

Se vorhin so freundlich zu mir reden daten, dacht ich schon, meene Tante wär!“ —

„So, Gans — und der Rabe frist Du nicht wieder weh?“

„Ne, Freileinchen, weh dun wollt' id' ihr man jar nich. Ja hab' ja jar nich jewußt.“

Einen Gruß noch, einen herzhaften Händedruck — und ich ging schweigend auf die Straße hinaus.

Als ich in das Pensionat zurückgekehrt war, wagte ich es kaum, den andern Mädchen ins Gesicht zu blicken: wie eigne Sünde lag es schwer auf meiner kämpfenden Seele. Und plötzlich empfand ich Schmerz und Scham darüber, daß ich am Vormittag an dem heimgekehrten Mann mit einem widerwilligen Gruß vorübergegangen war.

Hier ließ mich ein wenig ruhen, mein Geliebter. Heute weiß ich, daß ich eine Heimat habe; damals war ich heimatlos. ...

Und es hat vieler, vieler harter Jahre und bitterer Kämpfe bedurft, ehe mein erschüttertes Herz den rechten Halt gefunden, ehe aus dem wohlherzogenen jungen Mädchen das Weib, aus dem irrenden Weibe der Mensch erwachsen war.

*

In den nächsten acht Tagen fühlte ich mich körperlich schwer leidend und mußte all' meine Kraft aufbieten, um den übernommenen Pflichten gerecht zu werden. Herrig sah mich oft, wenn ich so müde und zusammengeknickt an meinem Pulke saß, mit offener Mißbilligung an. Julius schien wieder mal in schwerer Bedrängnis zu sein und hatte infolgedessen mit sich allein zu tun, — und Franz Leonhard drängte sich mit seinem überlegenen Lächeln, das deutlich ein Einverständnis mit mir markieren sollte, an meine Seite, so daß es nur meinem bewußten Ausweichen gelang, das Alleinsein mit ihm zu vermeiden. Eine grenzenlose Empörung nahm Besitz von meiner Seele, und Lottens blaßes Bild begleitete mich wie ein getreuer Gärt auf Schritt und Tritt.

Inzwischen brütete der volle, heiße, dunstige Sommer in den Straßen Berlins, und selbst die Abende wollten keine Abkühlung bringen.

So kam wieder einmal der Sonntag heran, vor dem ich

diesmal, wohl infolge meiner körperlichen Abzahnung, eine heiße Angst hatte. Trotz dreier Schwäche ging die Auszahlung gut vorüber; ich atmete auf und wollte den Rest des Abends zu einer kleinen Vorarbeit benutzen, um den Sonntag völlig frei zu haben und mich einmal von allen Strapazen gründlich ausruhen zu können. Ein Tag Verrücktheit war eine Notwendigkeit für mich, wenn ich nicht zusammenbrechen sollte.

Aber kaum hatte ich einige Zahlenkolonnen addiert, als Julius Leonhard mit seiner unbekanntem Bitte und seinem sonnigen Lächeln, das in solchen Fällen einen Anhauch von Verlegenheit hatte, der es unwillkürlich machte, an meine Pult stand. Ihm heute geben zu müssen, war mir ein unerträglich harter Gedanke, und ich versuchte daher, sein Aufstehen nachweg abzuschlagen, ein Versuch, der an seiner Knabenhaftigkeit Liebenswürdigkeit diesmal genau so jämmerlich scheiterte wie das erstemal. Während ich noch mit dem leichtblütigen Maler, der mich diesmal mit einem in Aussicht genommenen „kolossalen künstlerischen Erfolge“ verdrödete, unterhielt, glaubte ich ein Geräusch an der Korridortür zu vernehmen, das sich deutlich wiederholte, als Julius' Schritte an der Haustür verklungen waren. Und wieder lauschte ich nach draußen eine Hand auf die Klinke der verbotenen Tür, die sich unter dem leichten Druck geräuschlos bewegte.

Ich hatte zuerst keine Lust, mich zu malen; schließlich aber kam mir die Vermutung, mein junger Freund sei aus irgend einem Grunde zurückgekehrt, und so klopfte ich dem mit unterdrückter Stimme:

„Sind Sie da, Herr Leonhard?“

„Ja“, erwiderte eine tiefe Mannesstimme, die ich mir zu gut kannte, „und ich bitte Sie: öffnen Sie mir. Ich habe im Kontor zu tun.“

Das war Befehl! Er war der Chef und ich die Untergebene. Aber auf ein Monatsgehalt hätte ich in diesem Augenblick verzichtet, wenn ich nur heute abend keine Ueberstunde eingerichtet gehabt, sondern ruhig und sicher in meinem Manufakturkammerchen geessen hätte.

(Fortsetzung folgt.)

liberale Begreift die Massen, die ihr Bürgerrecht fordern; er beschließt und billigt, daß niemand die Demonstrationen behindert hat, mit Fesseln durch die Straßen der Stadt zu ziehen; er denkt wohlwollig-gerechtmässig an die Rechtlosigkeit des Volkes im eigentlichen Auslande, wo Volksmassungen ohne irgend einen triftigen Grund von Russen beschossen und geschlagen wurden. Seine Sehnsucht schreit nach gleichem Recht, nach gleicher Freiheit in Russlands Städten.

So denkt und empfindet ein russischer Liberaler, weil er liberal ist. Der deutsche Liberaler hält es umgekehrt mit den dreinschlagenden und dreinfeuernden Russen; er verurteilt grundsätzlich jede Strafenkündigung und möge sie noch so friedlich und ruhig verlaufen, weil er längst auch den unscheinbarsten Rest von Liberalismus abgestreift hat.

Die Beweise dafür sind in diesen Tagen der Diskussion über die preussische Wahlrechtsbewegung zu Hunderten aus den sogenannten liberalen Blättern zu schöpfen. Wir wollen nur einen von allen anführen, weil sie sich sämtlich gleichen wie ein Ammergenzied dem andern. Es ist die Berliner „Vossische Zeitung“ — sie rechnet sich mit Fug und Recht zur freisinnigen Volkspartei —, die mit folgenden Sätzen die Schölsche gibt:

Man kann die Leute nur bedauern, die sich eintreten, der Kampf ums Wahlrecht müsse auf die Straße verlegt werden, oder sich zur Teilnahme an solchen Veranstaltungen verpflichten lassen. Sind die Teilnehmer der Strafenkündigung der Meinung, es werde und solle dabei alles friedlich abgehen, so sind sie nur kurzzeitig; haben sie es auf die Herbeiführung von Ruhestörungen abgesehen, so sind sie ruchlos. In jedem Falle muß diese Taktik die Voraussetzung einer Wahlrechtsreform in deutschen Staaten und zumal in Preußen nicht verbessern, sondern verschlechtern.

Die Verbesserung des Wahlrechts wird nicht durch das Proletariat, sondern nur durch das Bürgertum bewirkt werden. ... Während die Strafenkündigungen sind nur den Gegnern jeder Reform und den ausgerechneten Scharfmachern willkommen. Die Waffe ist gefährlich und zweischneidig. ... Bei dem geringsten Zwischenfall kann sich der Massen eine verhängnisvolle Aufregung bemächtigen; unfehlige „Mißverständnisse“ können nur zu leicht eintreten, die Erfahrung lehrt es. Und dann? Die Führer mögen nicht glauben, daß sie dann die Menge in der Hand haben und zu zügeln vermögen. Hinter den organisierten „Genossen“, die vielleicht Disziplin beweisen, steht noch eine zweite Schicht, die auch über die Herren Webel und Singer zur Tagesordnung übergeht.

Die ganzen Massenkündigungen, die jetzt bevorstehen, sei es zugunsten der russischen Revolution, sei es zugunsten der Wahlrechtsreform, sind im besten Falle ein Schlag ins Wasser. ... Straßenkündigungen sind ein Spiel mit dem Feuer. Die im besten Sinne revolutionären Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage von Dresden und Jena sind wenigstens wesentlich Theorie; hier aber handelt es sich um die ernste Praxis. Und da hätten die Leiter der „Dreimillionen-Partei“ alle Ursache, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein, nicht nur für die Uebel, die einige Personen treffen können, sondern auch für reaktionäre Maßregeln in Gesetzgebung und Verwaltung, an denen es schwerlich fehlen wird, wenn ihren Fürsprechern dazu ein einigermaßen glaubwürdiger Vorwand geboten wird.

Für den deutschen, nun gar für den preussischen Liberalen ist es schwer, die Bürgerrechte noch zu fordern. Es gibt nur eines: sich vor jeder Gewalt hüten und sich widerstandslos die elementarsten Rechte aus der Hand schlagen zu lassen, um das gleiche dann auch an andern zu vollziehen.

Länger als fünfzig Jahre laßt der Rechtsbruch des Dreimillionensystems auf dem preussischen Volke. Die Liberalen rufen: seid hübsch geduldig und wartet, dann wird es in fünfzig Jahren eben so sein. Vor allem weidet die Strafe. Sie ist von euch für euch zur Verurteilung nur geschaffen, wenn ihr Lasten tragt, aber nicht, wenn ihr euer Recht fordert. Seid ihr aber doch so dervagen, unsern Rat in den Wind zu schlagen, so werden wir dafür sorgen, daß mit euch zarisch-russisch gesprochen wird.

Und sie höhren und sie hehen, und sie führen und sie wühlen und begreifen gar nicht, oder wollen nicht begreifen, daß die preussische Sozialdemokratie nicht daran denkt, organisierte Straßendemonstrationen ins Werk zu setzen. Sie hehen und führen schon allein aus dem Grunde, weil die organisierte Arbeiterchaft die liberale Wahlrechtsfrage aufgeworfen hat und in ihren Versammlungen für das liberale Bürgerrecht Propaganda machen will. Der liberal denkt und liberal handeln will, wird von den deutschen Liberalen vor die Kanonen geschleppt und den Kleinkalibrigen zum Opfer gebracht, fernermaßen leider keine Russen vorhanden sind, die ohne irgend einen triftigen Grund aus ihren Kabinettüren dreinschießen und mit ihren Peitschen dreinschlagen können.

Was dem russischen Liberalen verabschiedungswürdige Barbarei, das ist dem preussisch-deutschen Liberalen das höchste liberale Auftragswort. So ist der preussisch-deutsche Liberalismus in seinem „Wendegang“ glücklich auf die — Russen gekommen. Wie lange noch und er preißt die Pascht-Bolsch als Retter des Vaterlandes an!

Aus der Parteibewegung.

Als Reichstagskandidat für Bielefeld-Wiedenbrück wurde der Genosse Seering, der bisher in Minden-Lübbecke kandidierte, angestellt. Seering ist Leiter der Bielefelder Metallarbeiterorganisation, die 6000 Mitglieder zählt.

Sozialdemokratische Arbeiter als Richter. In Mülhausen i. El. beschloß sich das merkwürdige Ereignis, daß ein sozialdemokratischer Arbeiter und Agitator zum Schöffen beim kaiserlichen Amtsgericht ernannt wurde. Genosse Joseph Hell, Hauptvorsitzender des Deutschen Zentralarbeiterverbandes und sozialdemokratisches Mitglied des Gemeinderates in Mülhausen, erhielt vor einigen Tagen diese Mitteilung von dem dortigen Amtsrichter. Genosse Joseph Hell ist, was die Franzosen einen militant und wir einen Agitator nennen, im vollsten Sinne des Wortes. Er war bis vor wenigen Monaten, seit über einem Jahrzehnt, in der Fabrik der Weltfirma Dörmann, Weg u. Cie. beschäftigt, wo man ihn wegen seiner öffentlichen Anteilnahme an der demokratischen Agitation und wegen Verurteilung von Fabrikarbeitsstunden schiefhalsig gemarginalisiert hat. Seitdem ist er Angehöriger des Deutschen Zentralarbeiterverbandes. Bei der Reichstagswahl von 1903 war er Kandidat unserer Partei in dem politisch noch sehr rückständigen Wahlkreise Lüdinghausen, den bis dahin der Landesausführungskommissar Herr Dr. Winter im Reichstage vertrat, und tag gegen dessen Nachfolger, den heutigen Reichstagsabgeordneten Dr. Winter, 460 Stimmen davon. Sollte die Behauptung, welche der an der Spitze des Ministeriums für Hoch- und Landesverwaltungsangelegenheiten Herr v. Köller seit den Tagen der letzten Umwälzung vorgetragen hat, durch diese Wahl der deutschen Arbeiterklasse bestätigt werden, so würde dies die Zahl der deutschen Arbeiterklasse bestätigen.

klarlich vor Augen geführt werden, damit die Sticheleien, die dem alten im Verkehr mit den Notabeln des reichsständischen Landesauschusses gemühtlich gewordenen Herrn in der sozialdemokratischen Presse aus aller Anhänglichkeit immer noch bisweilen zuteil werden, endlich einmal aufhören? Wer weiß? ... Im Musterparlament zu Straßburg hat sich Herr v. Köller neulich mit so auffälliger Rücksichtnahme und Anerkennung über die „siebente Großmacht“ geäußert und seine Empfindlichkeit gegenüber Angriffen der Arbeiterpresse ist so bekannt, daß diese Drohung manches für sich hat. Schließlich macht freilich auch eine Schwatze noch lange keinen Sommer! —

Ein Königlich bayrischer Sozialdemokrat. Vom Gesamtauschuß des Sozialdemokratischen Vereines München wurde der Vorsitzende der Freien Vereinigung der Schuhmachermeister Münchens, Johann Hierhager, im Hinblick auf § 2 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei und § 3 des Statuts des Sozialdemokratischen Vereines München ein für allemal aus der Partei ausgeschlossen. Hierhager hatte eine Reihe von Arbeitern der Münchner Zentral- und Betriebsvereine dem Verkehrsministerium denunziert, daß diese zu Hause für Ruchschaffungen arbeiten und dadurch den Schuhmachern Schaden machen. Unter den Denunzierten befand sich auch ein Arbeiter der Zentralwerkstätte, der schon seit 1900 keinerlei Pflichten mehr verrichtete und infolge dieser Denunziation Hierhager eine hochnotpeinliche Untersuchung über sich ergehen lassen mußte. Ein von der Partei eingesetztes Schiedsgericht stellte den Sachverhalt fest, eine Entscheidung konnte jedoch nicht gefällt werden, da der Vorsitzende des Schiedsgerichts durch das Verhalten des Hierhager sich veranlaßt sah, den Vorfall niederzulegen. Der Gesamtauschuß des Sozialdemokratischen Vereines hat unter dem 11. August auf Grund des über die Schiedsgerichtliche Verhandlung aufgenommenen Protokolls Hierhager einstimmig aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Der Beschluß wurde von einer Generalversammlung bestätigt. Wegen dieses Beschluß ließ nun Hierhager durch den jungliberalen Rechtsanwalt Dr. Fr. Goldschmidt 2 Klage beim Landgericht München I erheben mit dem Antrag: Das Landgericht wolle erkennen: Der Beschluß des Gesamtausschusses und der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines vom 11. bzw. 18. August auf Ausschließung des Klägers wird für rechtswidrig erklärt. Die Klage wird damit begründet, daß der Ausschluß Hierhagers aus der sozialdemokratischen Partei auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei erfolgt sei. Diese Behauptung stehe mit den Tatsachen in Widerspruch, denn nach den Satzungen entscheide aber den Ausschluß ein im Statut vorgesehene Schiedsgericht. Ein solches Schiedsgericht habe auch getagt, ohne jedoch zu einem Ausschlußbeschlusse gekommen zu sein. Für das Vergehen im Gesamtausschlusse und in der Generalversammlung fehle jede sachgemäße Grundlage. — Die Verhandlung wurde vertagt. — Herr Johann Hierhager hat außerdem gegen den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereines, Bundtagsabgeordneten Franz Schmitt, Klage wegen Beleidigung gestellt, weil dieser es unternommen hatte, den Ausschluß Hierhagers und die Begründung auftragsgemäß in der „Münchener Post“ zu veröffentlichen. Diese Klage kommt am 14. Februar vor dem Schöffengericht München zum Aufsatze.

Gelingt dem Kläger sein ursprüngliches Vorhaben, d. h. geben ihm die Gerichte recht, dann wird er „im Namen des Königs“ zum Sozialdemokraten erklärt. —

Gewerkschaftsbewegung.

Die zahlenmäßige Stärke der Unternehmerverbände wird von der „Sozialen Praxis“ zu berechnen versucht, wobei sie sich auf die Angaben der beteiligten Verbände stützt und für die Verbände, welche keine Angaben machen, Schätzungen vornimmt. Der eine der beteiligten Verbände, der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“, gibt seine Mitgliederzahlen nicht an. Die „Soziale Praxis“ berechnet nun, daß der Bund deutscher Metallindustrieller etwa 200 000 Arbeiter kontrolliere. In diesen Zahlen sind aber der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller und der Verband sächsischer Industrieller und der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona, die dem Verein nahe stehen, nicht einbegriffen, weil uns für sie spezifiziertere Arbeiterziffern zur Verfügung stehen, nämlich: Gesamtverband deutscher Metallindustrieller 320 000 Arbeiter mit rund 320 Millionen Mark Gesamtlöhnen, Verband sächsischer Industrieller: 2060 Betriebe mit etwa 250 000 Arbeitern, H.-B. Hamburg-Altona 6300 Arbeitgeber mit 100 000 Arbeitern. Rechnet man dazu die Organisation der 10 000 Baugewerbetreibenden mit etwa 200 000 Arbeitern und den bayrischen Industriellenverband, dessen 600 Mitglieder 100 000 Arbeiter beschäftigen, und endlich den Verband von Arbeitgebern im Kreise Solingen, der 5 korporative und über 200 Einzelmitglieder mit etwa 20 000 Arbeitern umfaßt, so werden etwa 1 1/4 Millionen Arbeiter von dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände und den zum Kleingewerbe und zur Fabrikationsindustrie gehörigen Vereinigungen kontrolliert. Weit über 700 000 Arbeiter aber unterziehen den in der Hauptrolle deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Arbeitgebern. Insgesamt dürften also, wenn man die vielfältigen Vereinsbildungen unter den Arbeitgebern, die noch nicht zentralistisch zusammengeschlossen sind, gar nicht einmal berücksichtigt, den organisierten Arbeitern Arbeitgeberkoalitionen, die weit über zwei Millionen Arbeiter beschäftigen und mit Aussperrung bedrohen können, gegenüberstehen. Da schließlich die Handwerksvereinigungen vielfach auch im Widerspruch mit dem Gesetz, das ihnen die Pflege eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen zur Pflicht macht, Kampforganisationen der Arbeitgeber darstellen, und in den bisher rein geschäftlich wirkenden industriellen Interessenvereinigungen der Unternehmer das sozialpolitische Moment allmählich überall hervortritt, so ist die organisatorische Gesamtposition der Arbeitgeber derjenigen der Arbeiterchaft, deren Gewerkschaften sich überdies untereinander jahrelang bekämpfen, weit überlegen.

So meint die „Soziale Praxis“. Sie übersieht, daß auch die Gewerkschaften nicht mehr sehr weit von 2 Millionen Mitgliedern entfernt sind. Außerdem sind sich auch die Unternehmer nicht vollkommen einig. Auch zwischen ihnen bestehen Interessengegenstände, die gemeinsame Aktionen erschweren. Immerhin bedeuten aber die Zahlen eine Mahnung an die Arbeiter, ihre Streitigkeiten untereinander zu vergessen und starke einheitliche Organisationen zu bilden, sonst werden in der Zeit die Arbeitgeberverbände recht bald ein bedeutendes Uebergewicht über die Arbeiterorganisationen haben. —

Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter. Aus Hirschheim berichtet die „Frankfurter Zeitung“: Seit der Neujahrswahl wird hier der Vorstand und Kassierer des Ortsvereins des deutschen Handwerkerbundes, Maurer Gd. Wilh. Aug. Reuter, vermisst. In seiner Kasse sollen über 1000 M.

fehlen; außerdem hat er die Einnahmen aus der Silvesterfeier der sozialdemokratischen Partei, die auf über 500 M. geschätzt sind, an sich genommen. Ueber seinen Verbleib fehlt jeder Anhalt. —

Soziales.

Gründungen von Aktiengesellschaften 1905. Die gesteigerte Unternehmungslust im vergangenen Jahre hat auch wieder in zahlreichen Neugründungen von Aktiengesellschaften ihren Ausdruck gefunden. Nach der Statistik der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ wurden im vergangenen Jahre 191 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 386 Millionen Mark gegründet gegen 104 mit 140,65 Millionen Mark im Jahre 1904. Nach Gewerbegruppen geordnet ergibt sich folgendes Bild der neugegründeten Aktiengesellschaften in den beiden letzten Jahren:

Gewerbegruppe	Zahl der Gesellschaften		Aktienkapital in Millionen Mark	
	1904	1905	1904	1905
Landwirtschaft, Viehzucht	4	1	3,60	2,00
Bergbau, Salinen, Salinen	2	8	3,04	63,22
Steine und Erden	15	17	15,72	20,78
Metalle und Maschinen	10	15	7,80	26,40
Chemische Industrie u. Textilgewerbe	13	24	43,91	29,92
Textilgewerbe	1	2	0,06	0,95
Papier, Leder, Holz u. Schnitzstoffe	3	11	7,05	15,77
Nahrungsmittel und Genussmittel	3	10	0,96	11,90
Baugewerbe	12	21	6,89	16,39
Graphische Gewerbe	11	20	16,57	49,13
Banken	3	1	0,83	1,00
Versicherungsgesellschaften	7	16	7,30	75,49
Eisenbahnen	2	3	2,25	12,00
Sonstige Transportanstalten	1	2	0,20	2,50
Beherbergung und Erziehung	6	18	10,00	23,56
Diverse	1	5	0,13	7,53
	10	18	14,44	20,06

Die Fleischnot im Lichte der Statistik. Im Dezember 1905 wurden auf dem Chemnitzer Schlachthof 1722 Schlachttiere weniger geschlachtet, als im gleichen Monat 1904. In dem Rückgang der Schlachtungen sind die Schweine mit 1219, Rinder mit 553 und Rinder mit 90 Stück beteiligt. Mehr geschlachtet wurden dagegen 78 Schafe, 80 Pferde und 35 Hunde; es wurden 105 Pferde und 113 Hunde geschlachtet. Im ganzen Jahre 1905 wurden auf dem Schlachthof geschlachtet 130 249 Tiere (2 721 Stück weniger als 1904). Und zwar: 15 098 Rinder, 31 049 Rinder, 20 535 Schafe, 194 Ziegen, 61 777 Schweine, 982 Pferde, 6 111 Hunde, 2 Esel und — 1 Bar. Weniger geschlachtet wurden 4628 Schweine, 528 Rinder, 15 Ziegen und 4 Esel, mehr geschlachtet wurden 682 Rinder, 1258 Schafe, 240 Pferde, 273 Hunde und 1 Bar. Es ist ein offenes Geheimnis, daß außer den im Schlachthof geschlachteten Tieren noch mancher Hund „um die Ecke“ gebracht wird, und die große Zahl Katzen, die „weggeputzt“ werden, erscheinen auch nicht in der Statistik. —

Gerichts-Beitrag.

Wie das Kapital für Gebung der Sittlichkeit sorgt. Die Märkische Volksstimme berichtet aus Senftenberg: Das Grubenkapital kennt nur ein Bestreben: aus den industriellen Unternehmungen recht große Profite herauszuschlagen. In welchen Wohnungen die Arbeitsbienen hausen, ist unerleut, wenn nur am Jahresabschluss die Dividende recht fett ausfällt. Unter wie traurigen Verhältnissen die Senftenberger Arbeiterchaft lebt, zeigt eine Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Kottbus. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gegen die beiden Arbeiter Gebrüder Jzidor und Franz Bindel aus Galtzien wegen mehrerer Sittlichkeitsverbrechen verhandelt. Die Angeklagten wohnen bei der Familie des Arbeiters Sanjala, früher in Jüttendorf, später in Senftenberg. In den Jahren 1904 und 1905 haben die beiden Unholde sich an den beiden Töchtern des Sanjala sowie an zwei anderen Mädchen unsittlich verhalten. Die vier Mädchen befinden sich jetzt im Alter von 10 bis 15 Jahren. Der erste Angeklagte, Jzidor Bindel, ist getraut; wegen der 15jährigen Marie Sanjala behauptet er, ihr Vater habe ihm geheiratet, mit ihr zu verkehren, er solle sie dann später heiraten. (1) Franz Bindel bestreitet alles. Der Staatsanwalt beantragt für Jzidor 2 1/2 Jahre und für Franz Bindel 1 1/2 Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof zieht als Präsumierendes die denkbar ungünstigsten Wohnungsverhältnisse sowie den Bildungsgrad der galizischen Arbeiter (die beiden Angeklagten haben gar keine Schule besucht) in Betracht und erkennt gegen Jzidor wegen drei Sittlichkeitsverbrechen und zwei Beleidigungen auf 2 Jahre und gegen Franz Bindel wegen sechs Sittlichkeitsverbrechen auf 1 1/2 Jahre Gefängnis. — Die Grubendirektoren, die sich so erfolgreich um die Verpflanzung galizischer Sitten nach Deutschland bemühen, sollten zu Ehrenmitgliedern der deutschen Sittlichkeitsvereine ernannt werden. —

Eine unangenehme Entdeckung, die ihm einen kleinen Schreck bereite, machte eines Tages ein Kaufmann aus Halle in seiner Hofentache. Er hatte zwei Streichhölzchen von der Firma Vulkan aus Wieda im Harz lose in die Tasche gesteckt, die sich von selbst entzündeten. In seiner Erregung darüber schrieb er dem Inhaber der Firma eine Karte, auf der er sein Erlebnis schilderte und dem Firmeninhaber mitteilte, daß er mit seinem Vulkan-Streichhölzchen seine Ehre einlegen könne. Der Fabrikant der Hölzchen antwortete in einem ironischen Schreiben, er freue sich, daß der Absender der Karte um eine Erfahrung reicher geworden sei, und noch mehr freue er sich, daß das nichts Böjeres passiert ist. Der Versuch lerne eben nicht aus. Ihre Hölzchen brauche sich die Firma nicht weiter prämiieren zu lassen, da diese reichend abgingen. Ueber dieses Schreiben ärgerte sich der Herr, in dessen Tasche sich die Hölzchen entzündet hatten, noch mehr, und er sandte dem Fabrikanten eine Karte, auf der er das Verhalten des letzteren als blödsinnig, dumm und pöbelhaft bezeichnete. Wegen der letzteren Mitteilung war nun der Verfasser vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung angeklagt. Er wurde zur Zahlung einer Geldstrafe von 10 Mark verurteilt. —

Ein unglücklicher Schuhmann. Eine kleine Schuhmanns-Versammlung trat dieser Tage in und vor dem Zimmer 55 des Kriminalgerichtsgebäudes in M o a b i t zusammen. Nicht weniger als 61 Schuhleute waren in einer Strafsache gegen den Schuhmann Schwiemann wegen Erregung öffentlichen Argernisses als Zeugen vor die Strafkammer geladen worden. Zwei junge Mädchen, die am 7. Januar v. J. abends durch die Bellevue-Allee gingen, wurden durch einen Schuhmann kurz hintereinander belästigt. Sie erhoben Beschwerde bei dem Reviervorstande und dieser hatte schon nach der von den Mädchen gegebenen Personalbeschreibung die Ueberzeugung, daß nur der Angeklagte der Frebler sein konnte. Bei der Gegenüberstellung erkannten ihn die Mädchen auch mit großer Bestimmtheit wieder. Der Angeklagte hat in den vorhergegangenen Verhandlungsterminen seine Täterschaft unter Hinweis auf die Ertragungen in seinem Postenbuch beharrlich bestritten und nachzuweisen versucht, daß er das Opfer einer Personenverwechslung geworden und es leicht möglich sei, daß ein Schuhmann aus einem der benachbarten Reviere in Frage komme. Auf Antrag des Rechtsanwalts Bahn wurden daher zum Termin 61 Schuhleute geladen und wurden den beiden Mädchen gegenübergestellt. Diese vermeinten bei

3. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 11.

Magdeburg, Sonntag den 14. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung.

Berlin, 12. Januar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Herr v. Stengel.
Das Strafverfahren gegen den Abg. v. Gerlach (Freis. Vg.) wegen Vergehens gegen das Urheberrecht wird ohne Beratung für die Dauer der Session einzustellen beschlossen.

Hierauf wird der Niederlassungsvertrag mit den Niederlanden in erster und zweiter Beratung ohne Debatte angenommen, ebenso der Vertrag mit der Schweiz über die Errichtung deutscher Zolllagerstätten auf den Bahnhöfen in Basel.

Nunmehr wird die Generaldebatte über die Reichsfinanzreform und die Steuererlasse fortgesetzt.

Abg. Werner (Antif.) empfiehlt eine Reichseinkommensteuer und wendet sich gegen die Verbrauchs- und Fahrkartensteuer. Raum eine Steuer aus der umfangreichen Vorlage ist annehmbar. Wir bekämpfen jede indirekte Steuer. (Beif. b. d. Antif.)

Abg. Oel (Ztr.): Eine Reichseinkommensteuer würde direkt der Reichsverschuldung zuwiderlaufen, die die Besteuerung des Weines ausdrücklich den weindauernden Einzelsteuern überläßt. Das Zentrum hat bisher nichts getan, was gegen den § 6 des Flottengesetzes verstoßt. Die Erbschaftsteuer muß erweitert und vielleicht die Schenkungssteuer erhöht werden. Die Zigarettensteuer ist in Wirklichkeit eine Papiersteuer, die der Steuerhinterziehung Tür und Tor öffnet. (Sehr wahr! i. Ztr.) Bei der Verbrauchssteuer bildet das Surrogatverbot und die Staffelung zweifellos eine Verbesserung, eine Verdopplung der bisherigen Steuer ist aber auf keinen Fall zu rechtfertigen und die Erhöhung der Verbrauchssteuer von 2 Mark seitens der norddeutschen Brauereigemeinschaft gegenüber Bayern ist direkt reichsverschuldungswidrig. Der allgemeinen Beurteilung der Verbrauchssteuern kann ich mich durchaus anschließen. (Beif. i. Ztr.)

Abg. Geyer (Soz.): Herr von Rheinbaben suchte zu beweisen, daß die Arbeiter noch immer zahlungsunfähig genug seien, um erhöhte Steuern zahlen zu können und wollte nebenbei der Sozialdemokratie ein ansüßliches. Er behauptete, ein Münchner Arbeiter habe nicht weniger als 86 Mark jährlich an die sozialdemokratische Parteikasse gezahlt. Gegenüber den illoyalen Verdrehungen des preussischen Finanzministers (sehr gut! b. d. Soz. — Witzspr. Graf Stolberg: Sie dürfen bei einem preussischen Minister nicht von illoyaler Verdrehung sprechen) muß ich auf dieses verwerfliche Budget noch einmal zurückkommen. Es ergibt sich, daß der betreffende Arbeiter jährlich gerade 6 Mark an die sozialdemokratische Parteikasse gezahlt hat. Die übrigen 80 Mark, die der Minister mit den 86 Mark zusammen geworfen hat, setzen sich zusammen aus Beiträgen für die Krankenversicherung, die Invalidenversicherung und die Gewerkschaft. Die Gewerkschaft gewährt ihren Mitgliedern Rechtsschutz, Krankenzuschuß, Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung, Umzugsgeelder und Unterstützungen bei Streiks und Auspöhrungen. Selbst der preussische Finanzminister sollte also wissen, daß diese Beiträge für die Gewerkschaft nicht für sozialdemokratische Zwecke gezahlt werden. (Lärm b. d. Soz.: Weis er auch!) Aber der Finanzminister ist ja an die Verbilligung von Staatslohn sehr gewöhnt, daß er sich nicht einmal in dem Etat eines einfachen Arbeiters zurechtfinden kann. Interessant wäre es auch, zu erfahren, ob der Minister auch die Beiträge für die von Reich wegen geschaffene Krankenversicherung als Beiträge zu sozialdemokratischen Organisationszwecken ansieht. (Sehr gut! u. Sehr gut! b. d. Soz.)

Ich wende mich nunmehr zu der vorgeschlagenen Tabaksteuer. Immer wieder haben im letzten Jahrzehnt die Schatzsekretäre durch ihre Steuerpläne die Tabakindustrie beunruhigt. Als Graf Pofadomsky Schatzsekretär war, vertrat er im Einklang mit Miquel auf das allerentschiedenste das Prinzip der Fabriksteuer und erklärte, daß nur die Wahl zwischen Monopol und Fabriksteuer bliebe. Damals war die Regierung der Ansicht, daß die Tabakindustrie durch die Fabriksteuer nicht so stark getroffen werden würde, wie durch die Gewerkssteuer, die jetzt von der Regierung vorgeschlagen wird. Vor 3 Jahren beim Zolltarif erklärte Graf Pofadomsky, daß man nicht an eine höhere Belastung des Tabaks denke, aber bald darauf sprach sich Schatzsekretär v. Thielmann für die stärkere Belastung des Tabaks und des Weines aus, wenn man nicht andere Deckungsmittel ausfindig mache. Unternehmer und Arbeiter der Tabakindustrie sind einig in der Beurteilung des rücksichtslosen und widerspruchsvollen Vorgehens der Regierung. Zum alten System der Gewerkssteuer wird jetzt der Einkommen hinzugefügt: die Zigaretten sollen nach der Zahl versteuert werden. In ihren Motiven konfessiert die Regierung den ja in der Tat bestehenden Aufschwung der Zigarettenindustrie und bezeichnet die letztere als eine Schädigung der Zigarettenindustrie und der Tabakbauern. Die Regierung will den Konflikt zwischen Zigaretten- und Zigarettenindustrie beseitigen, um beide Zweige zu belassen. Die Unternehmer haben aber diese Absicht durchschaut und bekämpfen jetzt in Gemeinschaft mit den Tabakbauern und den Rohstoffhändlern, die auch nicht mehr durch die schönen Redensarten der Regierung sich blenden lassen, einmütig und entschlossen die Vorlage. Die Regierung spricht sogar von hygienischen Bedenken gegen den Tabak. Da sollte sie doch beinahe lieber auf das Verbot des Tabakrauchens zurückgreifen, wie es früher bestand.

Die vorgeschlagenen Kontrollbestimmungen bedeuten eine Geschäftsjahresfrist für den Tabak. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gegen ein solches Gesetz muß sich natürlich die ganze Industrie erheben und hat es getan. Die 1 Pfennig-Zigarette würde durch die Vorlage überhaupt verschwinden. Dazu kommt, daß die Zigarettensteuer, wenn sie eingeführt wird, nur das Vorzeichen einer allgemeinen Einführung der Tabakfabriksteuer sein wird. Das gebe ich namentlich allen den Abgeordneten zu bedenken, die sich draußen im Lande gegen die Fabriksteuer erklären, hier aber der Regierung die Zigarettensteuer zu bewilligen geneigt sind. Die für die Zigaretten vorgeschlagene Kontrolle ist viel schlimmer und muß viel schlimmer sein als die Kontrolle in den Monopolländern.

Die Regierung spricht immer von sozialpolitischen Rücksichten. Gegenüber der Tabakindustrie hat sie diese Rücksicht wahrhaftig nicht bewiesen. Durch die beständigen Steuererhöhungen ist die Entwicklung der Tabakindustrie außerordentlich beeinträchtigt worden, und darunter haben namentlich die Tabakarbeiter zu leiden gehabt, deren Löhne nach amtlichen Feststellungen zu den niedrigsten gehören. Die Löhne sind nicht gestiegen, wie der Schatzsekretär behauptet, sondern gesunken.

Die Tabakindustrie hat sich alle Mühe gegeben, den Reichstag über die wirkliche Lage und die Gefahren dieser Steuer aufzuklären. Und die Regierung wird doch nicht behaupten wollen, daß die ganze Industrie regierungsfeindlich gesinnt sei. Die Verschlechterung der Existenzbedingungen der Tabakindustrie wird die Klust zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden immer weiter aufreißen. Der Klassenkampf, den Sie so sehr verabscheuen, muß durch solche Steuermassnahmen gefördert werden, denn die Unternehmer werden versuchen, den Schaden durch Herabsetzung der Löhne auf die Arbeiter abzuwälzen, und diese werden sich gegen die Lohnkürzungen zur Wehr setzen müssen. Die Regierung bestreitet auch die Verschlechterung der Produktion; aber es ist nicht zu bestreiten, daß die Belastung des Tabaks im Jahre 1879 die Tabakindustrie von Hamburg, Bremen und den großen Städten Sachsens in die Dörfer Westfalens, Badens und Württembergs verschickte. Die Heimindustrie und ihre Begleiter, die Hungerlöhne, herrschen in der Tabakindustrie. Viele Tabakarbeiter verdienen im Jahre nicht mehr

als 500 Mark. (Hört, hört! b. d. Soz.) Selbst ein so reaktionärer Mann, wie der konservative Abgeordnete Aldermann war der Meinung, daß sich bei einem Einkommen unter 900 Mark kein menschenwürdiges Dasein führen lasse.

Die Regierung fängt die Finanzreform am verkehrten Ende an. Sie kommt mit Abgaben, die die Industrie ruinieren und die ganze Volkswirtschaft zum Stagnieren bringen. Nicht eine Reformierung, sondern eine Deformierung des Steuerwesens bringt uns diese Vorlage. (Sehr gut! b. d. Soz.) 1894 wurden auch Mitglieder der Rechten durch ihre Wähler gezwungen, sich gegen die damals vorgeschlagene Fabriksteuer zu erklären. Lehnen Sie dies Gesetz ab, das der ganzen Volkswirtschaft die schwerste Wunde schlagen würde. (Beif. Beifall links.)

Abg. Lichtenberger (natl.) wendet sich gegen die Tabaksteuer. Warum soll gerade der Tabaksteuergeld, Herr von Stengel (große Heiterkeit) mit 400 Prozent seines Wertes besteuert werden? Ich habe auch die größten Bedenken gegen die Besteuerung des Zigarettenpapiers, namentlich mit Rücksicht auf die damit verbundene Kontrolle. Ich persönlich möchte den Wunsch nach einer Reichsvermögenssteuer aussprechen.

Abg. Riff (Freis. Vg.): Wir Elsaß-Lothringer sind ohne Unterschied der Parteistellung gegen eine Reichsvermögenssteuer. Geheimrat Halleys bittet im Interesse Elsaß-Lothringens die vorgeschlagenen Sätze der Verbrauchssteuer nicht herabzusetzen.

Abg. Held (natl.) ist im Gegensatz zu seinen Fraktionsgenossen gegen Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Descendenten. Höchstens bei hohen Vermögensfähigen ist eine solche Ausdehnung wohl angängig. Die Ablehnung der Tabaksteuer empfiehlt sich schon aus sozialen Gründen. Eine Wehrsteuer halte ich für sehr zweckmäßig. (Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung; Gesetzentwurf betr. die Erhöhung der Naturalverpflegungsgelder.) — Schluß 5 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Der Barrikadenkampf in Charkow.

An den gleichen Tagen und Nächten, in denen in Moskau Straßen der Kampf tobte, rangen auch die Revolutionäre Charkows, dieser nächst Odesa größten Umveritäts- und Handelsstadt des südwestlichen Rußlands, mit der zarischen Bureaucratie und Soldateska.

Ueber diese Kämpfe haben wir bisher nur in kurzen Telegrammen bürgerlicher Zeitungen oder gar des russischen Lügenbureaus, genannt Telegraphenagentur, berichten können. Nunmehr kommen auch über diese Schlachten briefliche Berichte nach Westeuropa. Die nachfolgenden Stellen sind einem Briefe entnommen, der der freimüthigen „Woj. Itg.“ zur Verfügung gestellt worden ist:

Wir durchleben jetzt einen großen historischen Moment der Geschichte unseres Landes: wir befinden uns im Zeichen des bewaffneten Aufstandes. Drei Tage (25., 26. und 27. Dezember) tobte bei uns das revolutionäre Gewitter, drei Tage hörten wir fast ununterbrochen Kanonendonner, es knatterten die Gewehre, Plinten und Maschinengewehre und der Würgengel schwebte über unserer Stadt. Auf den Straßen lagen in gefornen Blutlachen die Toten, und die Verwundeten erfüllten die Luft mit ihrem herzzerreißenden Stöhnen. 32 Opfer sind schon begraben, 117 Verwundete sind in den Krankenhäusern eingekleidet.

Schon seit einer Woche erwarteten wir den Ausbruch der blutigen Katastrophe und am 24. Dezember trübten wir schon schon, daß man am Vorabend eines Blutbades stehe. Das öffentliche, das Geschäftsleben war ins Stocken geraten; die Schaufenster der Läden wurden mit Brettern vernagelt.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember um 1 Uhr ertönte Alarm von den Fabrik-Dampfpfeifen. Die ganze Stadt widerhallte von diesen mächtigen Tönen. Die Einwohner sprangen aus den Betten. Es waren das die Signale, mit denen die Arbeiter verschiedener Fabriken ihren Genossen anzeigten, daß sie zum bevorstehenden Kampf bereit seien. Um 8 Uhr morgens wurde das Signal wiederholt. Die Spannung der Erkenntnis, daß jetzt die entscheidende Schlacht geschlagen werden wird, erfüllte die düstere Menge auf den Straßen. Ordnungszüge von Kosaken und Dragoner stürmten im Galopp in allen Richtungen durch die Straßen.

Es war 10 Uhr vormittags, als das Militär das Zentrum der Stadt besetzte, um die Vereinigung der Arbeiter der verschiedenen Fabriken zu verhindern. Vor der Moskauer Straße und auf dem Umveritätsbügel wurden Maschinengewehre aufgestellt.

Da ich sehen wollte, wie die Arbeiter sich verhielten, ging ich zur Sade-Fabrik auf den Pferdemarktplatz. Das eiserne Tor war geschlossen und verbarrikadiert, die Arbeiter besaßen sich im Fabrikgebäude. Neugieriges Publikum drängte sich auf den Platz. Hier standen an verschiedenen Stellen Infanterie, Dragoner und Kosaken, auch eine Maschinengewehr-Batterie war da. Die Fabrik war durch die Truppen ganz und gar abgesperrt. Da der Widerstand einer kleinen Fabrikarbeitergilde nutzlos gewesen wäre und Hilfe nicht kam, dachten die Arbeiter schon an die Uebergabe, als plötzlich von ferne wie tollerender Donner die Marseillaise ertönte, und nach einigen Augenblicken erschien die vordere Sturmkolonne der Arbeiter der Eisenbahnwagenfabrik auf dem Platz. Mit „Hurra“ stürzten sie sich auf die Truppen, um zu den abgesperrten Kameraden durchzubrechen. Die Infanterie antwortete mit einer Gewehrsalve und der Kampf begann. Im Nu leerte sich der Platz von allen Neugierigen. Ich flüchtete mich nach einem benachbarten Kaffeehaus, von wo ich den ganzen Kampf beobachten konnte. Die Arbeiter, die in der Fabrik eingeschlossen waren, schossen und warfen Bomben, die meist nicht explodierten. Die Artillerie bemühte sich, die Barrikaden in Brand zu setzen und die Mauern der Fabrik zu zerstören. Zugleich kämpfte die Infanterie mit den angekommenen Arbeitern, die nach halbblühender Schlacht die Flucht ergreifen mußten, viele tote und Verwundete auf dem Schnee zurücklassend. Dann nahte sich auch die Besatzung der Fabrik ergeben. Sie hielten eine Weile, fast alle wurden freigelassen, die Waffen wurden beschlagnahmt.

Am demselben Tage wurde auch am Wahnhoff gefochten, wo die Eisenbahnarbeiter vergeblich versuchten, die Infanteriereihen zu durchbrechen, um sich mit den Kameraden zu vereinigen.

Am folgenden Tage dauerten die Unruhen fort, aber man konnte schon erkennen, daß der Sieg der Regierung zufällt. Der Kampf tobte noch in den Vororten, indes wurde in der Stadt auch auf das friedliche Publikum geschossen. Als nämlich die Massen der Neugierigen, die besonders die Moskauer und die Peterstraße erfüllten, den Befehl der Polizei, auseinanderzugehen, nicht befolgten, wurde ein Hornistensignal gegeben, und in demselben Augenblick knatterten auch schon die Salven. Im Nu wurde die Straße leer; nur die Toten mit harren Blicken lagen un-

betweglich, und die Verwundeten krümmten sich in ihren Qualen im Schnee.

Am dritten Tage wurde der Aufstand endgültig unterdrückt. Die Arbeiter sind zu keinem bestimmten Erfolg gelangt, aber sie sind keineswegs entmutigt und glauben an den endlichen Sieg. Die Regierung hat nicht den mindesten Wunsch, nachzugeben; die Arbeiter können nicht nachgeben: erstens, weil sie um ihr Dasein kämpfen, zweitens, weil sie ungeheuer erbittert und erregt sind, so daß sogar ihre Führer manchmal die Gewalt über sie verlieren.

Der Moskauer Scheinrieg.

Was hier aus unterfänglicher bürgerlicher Quelle von den Charkower Arbeitern gesagt wird, gilt auch von dem Moskauer Proletariat. Einen Zeugen dafür finden wir in dem Berichtstatter der lokal-offiziösen Scherzpresse, der die Lage des Moskauer Revolutionskampfes hinter den Wänden seines Hotels als Ohrscheuge mitgemacht hat. Dieser „Spezialberichtstatter“, Paul von Szegepanski mit Namen, ist inzwischen nach Petersburg zurückgekehrt und sagt seine Beobachtungen und Schlüsse wie folgt zusammen:

Am Dienstag hatten 60 000 Männer für den Jaren demonstriert (der Generalgouverneur hatte einen öffentlichen Dankgottesdienst befohlen. Red.), mindestens zehnmal soviel Gleichgesinnte hatten sich nicht angeschlossen, weil sie entweder ein Wiedererleben des alten Schreckens fürchteten, oder weil sie sich ungern in die Volksmenge mischten, oder weil sie die Revolutionäre fürchteten, die gedroht hatten, zu dem Festgottesdienst auf dem roten Platz auch zu erscheinen — aber mit Bomben in der Paletotafel. Am Mittwoch befahlen die Revolutionäre: „Morgen, am Donnerstag mittag 12 Uhr, beginnt der Generalausstand.“ Und am Donnerstag mittag 12 Uhr schloß in Moskau jeder Ladenbesitzer seinen Laden, vernagelte schleunigst Schaufenster und Eingangstür mit bereitgehaltenen Brettern und ging in zitternder Furcht nach Hause. Jeder nur die Händler mit Lebensmitteln nicht, da sie vom Revolutionskomitee die Erlaubnis erhalten hatten, täglich 2 Stunden lang ihre Läden offen zu halten.

Als ich das erlebte, habe ich mein Urteil über die Möglichkeit einer leidlich friedlichen und befristenden Lösung der russischen inneren Wirren wesentlich revidiert. Was kann selbst ein iatkräftiger Mann wie Dubassow (der neue Generalgouverneur Moskaus. Red.) tun, wenn das Volk selbst die Plinte ins Korn wirft, — er kann doch nicht neben diesen Menschen, nicht einmal neben jeden Läden, einen Soldaten mit aufgeblasenem Seitengewehr stellen! Dubassow konnte nur abwarten.

Den durch die Petersburger Massenverhaftungen, durch die Disziplinlosigkeit des Iostowischen Regiments, durch das energische Aufstehen Dubassows und die zarentreue Volksdemonstration auf dem roten Platz und vor dem Gouvernementspalais erregten Moskauer Revolutionären aber trieb die absolute Widerstandslöslichkeit, die der Moskauer Bürger bei der Ankündigung des Generalausstandes bewies, zu Kopf — sie brachen vorzeitig los, gegen den ausdrücklichen Befehl der Revolutionsleitung, und sie kämpften weiter, trotzdem die Revolutionszentrale schon am zweiten Tage sie aufforderte, den jetzt ganz nutzlosen Kampf aufzugeben.

Lebzigens war es in den ersten Tagen durchaus nicht ganz sicher, ob die Revolutionäre nicht, wenn auch nur vorübergehend, die Herren in Moskau sein würden. Wenn die Eisenbahnbrücken gesprengt worden und die von Petersburg, Warschau und Kleinrußland gesandten Regimenter nicht rechtzeitig eingetroffen wären, hätte sich höchst wahrscheinlich die kleine Moskauer Garnison aus der Stadt zurückziehen müssen. Und alle Anstalten zur Sprengung der Brücken waren getroffen, sie konnten nur nicht rechtzeitig ausgeführt werden. Auch das hätte nur ein kurzer und lokaler Erfolg der Moskauer Revolutionäre werden können, denn auf den Sperlingsbergen im Westen von Moskau stand bereits die Festungsartillerie aufgeschossen, die in diesem Fall ganz Moskau in Grund und Boden geschossen hätte.

Die russische Regierung hat also nicht viel Ursache, auf den Moskauer Sieg mit Verhütung zu bilden. Er hat nicht einmal die Moskauer Revolutionäre entmutigt, viel weniger die revolutionäre Partei, die mit diesem lokalen Aufstand gar nicht einverstanden war. Eine ebenfalls ganz lokale Gefahr ist für den Augenblick beseitigt — das ist alles. Das ist freilich auch alles, was sich mit Maschinengewehren und Bajonetten erreichen läßt. —

Provinz und Umgegend.

Anmeldung zur Rekrutierungstammrolle.

Alle jungen Männer, die in einem der zum Deutschen Reich gehörigen Staaten heimatsberechtigt sind und 1. in dem Zeitraum vom 1. Januar bis einschließlich 31. Dezember 1886 geboren sind, 2. das 18. Lebensjahr überschritten, aber sich noch nicht bei einer Ersatzbehörde zur Musterung gestellt haben, 3. sich zwar gestellt, aber ihr Musterungsverhältnis aber noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben, haben sich, soweit sie nicht von der persönlichen Stellung in der Armee entbunden sind, behufs ihrer Aufnahme in die Rekrutierungstammrolle in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar bei der Ortsbehörde ihres Wohnortes persönlich zu melden, 4. die bereits ergangene Entscheidung über ihr Militärverhältnis zu halten, mit zur Stelle zu bringen.

Die Geburtsurkunde werden von den Standesämtern zu stellen ausgestellt. Für diejenigen Militärpflichtigen, welche aus dem Ausland sind, z. B. auf der Reise begriffene Handlungsgehilfen, Handlungsreisende, Seemannsleute usw., haben die Eltern, Vormünder, Vorgesetzten und Fabrikherren die Anmeldung in der vorbestimmten Zeit zu bewirken.

Wer die Meldungen zur Stammrolle unterläßt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Reklamationen (Anträge auf Zurückstellung) gegen die Entscheidung von der Aushebung in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse sind bezüglich aller Militärpflichtigen, auch der Einbürgerungswilligen schriftlich vor dem Musterungsgeschäft, spätestens am Musterungstermin anzubringen; nach der Musterung eingereichte Reklamationen werden nur dann berücksichtigt, wenn die Veranlassung dazu erst nach Beendigung des Musterungsgeschäfts entstanden ist. —

Cracau, 13. Januar. (Radfahrerverein.) Radfahrende Genossen, welche sich einem Arbeiter-Radfahrerverein anschließen wollen, werden ersucht, sich am Sonntag nachmittag 4 Uhr in der „Schweizerhalle“ einzufinden. —

Cracau, 13. Januar. (Flugkaffeebereitung.) Heute, Sonnabend, abend um 9 Uhr findet in der „Schweizerhalle“ die Ver-

... des Materials für die Flugblätterverbreitung am Sonntag...
Um zahlreiche Beteiligung wird dringend ersucht.

Fermerleben, 12. Januar. (Ermittelt.) Vor einigen Tagen erfolgte die Verhaftung einiger hiesiger Einwohner, bei denen 4 Zentner Kupferrohren gefunden wurden. Die Rohren sind, wie jetzt ermittelt wurde, aus einer Budauer Fabrik infolge Einbruchs gestohlen.

Wischerleben, 10. Januar. (Volksvereins- und Parteiverksamung) waren ziemlich gut besucht. Genosse Mikowski gab einen Rückblick über die Tätigkeit seit der letzten Kreisversammlung und einen detaillierten Kassenbericht. Da noch einige Listen zur Abrechnung ausstehen, konnten die Revisoren ihres Amtes nicht walten, weswegen die Revision später stattfindet. Der Kassenbestand der Vertrauensperson betrug 73,88 Mark. Unter dieser Summe befinden sich 31,28 Mark für die Opfer der Revolution in Russland. Hierfür wurde beschlossen, das Vertrauensmännchen aufzuheben und die Geschäfte der Partei dem Volksverein zu übertragen. Genosse Greiner gab gleichfalls seinen Kassenbericht, wonach die Einnahme mit einem Kassenbestand von 117,57 Mark am 1. August 400,57 Mark beträgt. Dem steht eine Ausgabe von 221,28 Mark gegenüber. Ein Antrag, zu dem jetzt festgesetzten Beitrag von 20 Pfg. pro Monat 5 Pfg. Zuschlag zu erheben, unterlag mit geringer Majorität. Beschlossen wurde noch wichtige Vorträge zur Stadtverordneten-Versammlung in der Volksvereins-Versammlung zu diskutieren.

Burg, 13. Januar. (Stadtverordnetenversammlung.) Zunächst werden die Wahlen der Herren Bömen und Steine zu Stadtverordneten für gültig erklärt und die Herren durch den Vorsteher eingeführt. Die Wahl des Bureaus für 1906 geht nicht so leicht vonstatten. Erst nach dreimaligem Wahlgang entschied das Los zugunsten des Herrn Hahn als Stadtverordnetenvorsteher. Als Stellvertreter wurde Stadtv. Deutsch und als Schriftführer Stadtv. Schulz gewählt. Stellvertreter der Schriftführer wurde Stadtv. Jaseloff. Die Rechnung der Krankenkasse für 1904 ist von den Stadtv. Rühn und Schröder geprüft worden. Auf Antrag derselben wird Entlastung und Genehmigung der vorgelassenen Ueberschreitungen beschlossen. Hierauf wird der Antrag des Magistrats, eine dem Tischlermeister Morawa gehörige Parzelle in der Blumenstraße, 1 Nr. 99 Quadratmeter groß, durch Enteignung zu erwerben, angenommen. In die betreffende Parzelle sind städtische Röhren verlegt worden, weil damals die Grenzen nicht genau feststanden. Herr Morawa forderte 1 Mark pro Quadratmeter, ferner kostenlosen Anschluß seines Grundstücks an die Kanalisation und Wasserleitung und noch eine Menge andre Vergünstigungen. Der nächste Antrag des Magistrats wird abgelehnt. Derselbe verlangte nämlich, das zur Durchlegung der Röhrenstraße nach der Artilleriestraße erforderliche Terrain zum Preise von 8 Mark pro Quadratmeter von dem Privatmann W. Steinbock anzulassen. Ueber diesen Punkt wurde schon wiederholt debattiert und auch die Einleitung des Enteignungsverfahrens beschlossen. Mit Herrn Steinbock war nochmals verhandelt worden und dabei der Preis auf 8 Mark pro Quadratmeter festgelegt. Es kommen in Betracht rund 658 Quadratmeter. Der Veranschlagte ist jedoch dieser Preis, da viel Hinterland dabei ist, zu hoch. Als Delegierter zu dem Provinzial-Stadttage wird Herr Hahn gewählt. Zum Schluß der öffentlichen Versammlung wird noch eine Zuschrift des Herrn Roesch, Besitzers der hiesigen Badeanstalt, verlesen. Herr R. bittet um Gewährung eines Zuschusses, da er sich, nachdem ihm die Entnahme des Wassers aus der Zille entzogen sei, gezwungen sehe, entweder die Preise speziell auch für die Volksbäder zu erhöhen, oder den Betrieb einzustellen. Dieses Gesuch wird dem Magistrat zur Erwägung überwiegen. Hierauf fand eine geheime Sitzung statt. Die Einführung unserer beiden Genossen erfolgt erst in der nächsten Sitzung.

Burg, 13. Januar. (Sitzung, Mitglieder der Handwerker-Krankenkasse.) Am Sonntag vormittag 10 Uhr findet im „Hohenzollernpark“ eine Generalversammlung statt, wozu das Erscheinen aller Mitglieder notwendig ist, da u. a. Vorstandswahl und Beschlußung des Hilfskassenkongresses in Berlin mit auf der Tagesordnung stehen.

Burg, 13. Januar. (Die Gefestigungspflichtigen) haben sich zwecks Aufnahme in die Rekrutierungskammern vom 15. Januar bis zum 1. Februar d. J. im Rathaus, Zimmer Nr. 14, zu melden.

Burg, 13. Januar. (Aus Versehen) trank ein hier in der Kanalstraße wohnhafter Glühweinverkäufer Wasser, wobei er sich Gaumen und Zunge verbrannte und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Glücklicherweise hat dieser Mißgriff keinen dauernden gesundheitlichen Schaden mit sich gebracht.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 12. Januar 1906.

Kein Zuchtigungsrecht. Der Ingenieur und wissenschaftliche Lehrer Rudolf Siegmund hier, geboren 1869, hatte am 12. September 1905 in der Unterelunda der höheren Privatnabensschule dem 17 Jahre alten Schüler Wilhelm Goman, weil er angeblich widerpenfig war, durch Schläge mit der Hand und mit der geballten Faust Verletzungen beigebracht, obwohl ihm überhaupt kein Zuchtigungsrecht zustand, ihm dies vielmehr ausdrücklich unterjagt war. Das Schöffengericht verurteilte am 9. November den Angeklagten wegen Körperverletzung zu 150 Mark Geldstrafe eb. 15 Tagen Gefängnis. Bei Abmessung der Strafe wurde berücksichtigt, daß Siegmund bereits im Jahre 1895 wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt 2 Wochen Gefängnis und im Jahre 1897 wegen Körperverletzung mittels Messers 6 Wochen Gefängnis verbüßt hat. Infolge des obigen Vorfalls wurde er vom Schuldirektor aus seiner Stellung entlassen. Die eingelegte Berufung wurde auf Kosten des Angeklagten verworfen.

Freigesprochen in zweiter Instanz. Der Kupfer- und Zinnhändler Hermann Eder zu Forstfeld, geboren 1878, kaufte am 19. September 1905 von zwei Personen Metallstücke an, die aus der Zinnmetallfabrik „Sagonia“ zu Blöße gestohlen waren. Das Schöffengericht in Calbe a. S. nahm Hehlerei als vorliegend an und verurteilte Eder am 14. November zu 1 Monat Gefängnis. Die Berufungskammer hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, da die Verhandlung ergab, daß er nicht wissen konnte, er habe es mit Dieben zu tun.

Keine Verletzung des Briefgeheimnisses. Das Schöffengericht in Staffort sprach am 5. Dezember 1905 das Dienstmädchen Elise Böcker zu Groß-Niederfeld, geboren 1888, von der Anklage der Verletzung des Briefgeheimnisses frei, weil angenommen wurde, sie habe im März einen ihr vom Postboten eingehändigten Brief, der an ihre Cousine Martha Böcker adressiert war, nicht unbefugt geöffnet. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde verworfen.

Bermischte Nachrichten.

*** Ein amerikanisches Signalfystem.** Ein eigenartiges, aber zweifellos praktisches Signalfystem ist seit kurzem auf einigen nordamerikanischen Bahnen in Betrieb genommen worden und hat sich vorzüglich bewährt. Das System soll der Gefahr, daß zwei aus entgegengesetzter Richtung kommende Züge — insbesondere bei Nacht — zusammenstoßen, vorbeugen. Zu diesem Zweck ist auf der Lokomotive ein starker elektrischer Scheinwerfer angebracht, doch wird sein Licht nicht nach vorwärts auf die Strecke selbst, sondern senkrecht nach oben geworfen. Es geht also von der Lokomotive aus ein mächtiger hellglänzender Strahl senkrecht nach oben in die Luft, der sich sofort vom dunklen Nachthimmel abzeichnet und viele Kilometer weit sichtbar ist, auch dann, wenn der Zug in Wäldern, Kurven oder tiefen Einschnitten fährt, oder wenn er durch Hügel oder Berge verdeckt wird. Sowohl von den Stationen wie von andern fahrenden Zügen aus ist an diesem mächtigen Lichtstrahl der jeweilige Standpunkt des Zuges auf weithin zu erkennen und seine Fahrt zu verfolgen. Daß dadurch die Sicherheit, insbesondere bei nächtlichen Fahrten, bedeutend erhöht wird, bedarf keiner weiteren Ausführung. Diese Anordnung des Lichtes hat auch den weiteren Vorteil, daß die Führer zweier sich begegnenden Züge nicht durch die Stirnlichter der Lokomotiven geblendet werden, wie dies jetzt häufig der Fall ist. Vor dem Scheinwerfer ist noch ein Spiegel angebracht, der so eingestellt werden kann, daß er eine Leuchte des Lichtregels nach vorn auf die Schienen wirft, so daß man auch diese, wenn es notwendig werden sollte, auf eine ziemliche Strecke im voraus übersehen und beleuchten kann. Ebenso können durch eine einfache Vorrichtung vor diesen Spiegel rote und grüne Glasscheiben gezogen werden, wodurch es möglich wird, von der Lokomotive aus Signale mit andern Zügen oder mit den Stationen auszuweichen.

*** Saphirischer Witz.** In seiner Geschichte des deutschen Biedermeiers, kommt der Verfasser Ludwig Salomon auch auf Saphir und dessen Witz zu sprechen. Saphir, der in den 20er Jahren die „Berliner Schnellpost“ und den „Berliner Kurier“ redigierte, brachte mit seinen Journalen infolge etwas Neues, als er alle Ereignisse und Ereignisse des Tages durch die Brille des Humors betrachtete, was gegenüber der sentimentalischen und süßlich-lippigen Stimmung der andern Journale sehr angenehm empfunden wurde. Selbst der Philosoph Hegel fühlte sich erfrischt durch den saphirischen Witz, zog den Humoristen öfters zu Tisch, und auch Heinrich Heine amüsierte sich über die Kapriolen der „Schnellpost“. Von Saphirs Witz seien nur einige als Beispiele der ganzen Art angeführt: Als der Jenfer Geh. Rat Granow in Berlin gestorben war, der durch Streichungen in so manchem Manuskript die größten Verheerungen angerichtet hatte, erklärte Saphir, Granow sei gar nicht gestorben, er sei jetzt nur im Jenseits „bei dem Konzert der ewigen Sphären als Streichinstrument angestellt“. Die „schwarze Kunst“, meinte er, heiße ja, weil sie die Kunst sei, den Menschen etwas weiszumachen. Als in Wien die Börse in ein neues Gebäude verlegt worden war, warf er die Frage auf: „Warum haben jetzt die Wiener kein Geld? — Ja nun, weil sie ihre Börse verlegt haben!“ Von einem biederen Tapezierer behauptete er, seine Bedeutung beschränke ihn, „selbst Zwone auszuschlagen“. In einer Klauerei über eine Bergpartie, die auf Geln unternommen wurde, sagte er: „Die Egel sind die ersten Urheber und Wegbahner der Freiheit, denn auf Egel kann man auf hohe Berge kommen, und auf den Bergen — sagt Schiller — wohnt die Freiheit.“

*** Eine Bombe?** In der Burggasse zu Wien gab es kürzlich einen lauten Knall. Verursacht hatte ihn ein Lehrling, der etwas Geheimnisvolles zu Boden warf. Leute sammelten sich an und gingen lachend auseinander. Aber ein Wachmann nahm die Sache nicht auf die leichte Achsel. Er arretrierte den Buben feierlich und zeigte ihn des Verbrechens gegen die körperliche Sicherheit an.

Dieser Tage stand der Dub vor dem Bezirksgericht. Auf dem grünen Tische lag das Corpus delicti, das der Wachmann gefunden und abgeliefert hatte. „Was ist das?“ fragte der Richter. Der Angeklagte gab die Auskunft: „A Knallkapsel ist's, was' die Madfahrer auf d' Erd' werfen, wann i' an Hund verschüden woll'n!“ Es war richtig so. Und diese Dinger sind sogar „garantisiert unschädlich“, wie der Richter dann von einer Kiste, mit der die Knallkapseln verpackt waren, herunterlas. Ueber der Wachmann mußte doch auch vernommen werden. Er konnte nichts Aufregendes melden. Der Junge, der schon zitterte, wurde freigesprochen. Er wird's nimmer wieder tun! Daß dem Wachmann nicht leid um die Zeit war! Er muß furchtbar gern zu Gericht gehen! —

Kleine Chronik.

Sitzung der Beerdigung eines Kindes. In Neugersdorf bei Rittau i. S. sollte der kürzlich verstorbenen Konstantin Wünsche beerdigt werden. Hierzu hatten sich auf dem Friedhofe der Schuldirektor, die Lehrer und Mitschüler des Verstorbenen eingefunden. Bevor aber das Grab völlig zugestüllet war, ließ die Staatsanwaltschaft in Waun den Leiche mit Weichlag belegen. Bei dieser Beerdigung war nämlich die Anzeige eingelaufen, daß der Knabe infolge körperlicher Züchtigungen durch seinen Lehrer gestorben sei. Die direkte Todesursache soll auf eine Gehirnentzündung zurückzuführen sein, die angeblich durch die erwiderten Strafen veranlaßt wurde. Der Lehrer soll den Schüler kurz vor Weichlag mit dem Kopf gegen die Wandtafel gestoßen haben. Der Knabe hatte hiervon seinen Eltern keine Mitteilung gemacht. Die letzteren erfuhr den Vorfall erst durch einige Mitschüler. Wünsche soll über Kopfschmerzen geklagt haben, aber trotzdem seiner Beschäftigung (Milk-austragen usw.) während der Feiertage nachgekommen sein, bis die Krankheit zum Ausbruch kam.

Die hartnäckige Staatsanwaltschaft. Eine ungewöhnliche Interpellation wird die hessische Kammer beschäftigen. Der „Frankf. Zig.“ geht darüber aus Darmstadt nachstehender Bericht zu: Zu Anfang November v. J. wurde in Gergershausen bei Babenhäusen die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft mußten sich die im Orte ansässigen Frauen und Mädchen einer Untersuchung durch die Hebamme unterziehen. Die schon zwanzig Jahre lang verheiratete Ehefrau des Müllers Helgel wurde als verdächtig befunden und am anderen Tage von dem Kreisarzt aus Dieburg noch einmal untersucht. Die Frau wandte sich darauf an einen Spezialarzt in Darmstadt, der die Halluzinosität der freisprechlichen Feststellung konstatierte. Tags darauf erschien in der Wohnung des Müllers im Auftrag der Staatsanwaltschaft wieder ein Arzt, um innerhalb dreier Tage die dritte Untersuchung an der Frau vorzunehmen. Dies verweigerte aber der Ehemann unter Hinweis auf das Zeugnis des Darmstädter Spezialisten. Es erfolgte nun die Vorladung der Frau vor den Staatsanwalt zu Darmstadt, wo ihr bedeutet wurde, daß sie sich einer nochmaligen Untersuchung zu unterziehen habe. „Auf die anfängliche Weigerung, unter Berufung auf die spezialärztliche Untersuchung, wurde ihr vom Vertreter der Staatsanwaltschaft gesagt: Ich kann Sie zwingen, daß Sie sich unterziehen lassen. Frau Helgel mußte zu dem ihr von dem Staatsanwalt bezeichneten Gerichtsarzt gehen, der wieder ihre vollständige Unschuld konstatierte. So schildert der hiesigen hiesigen Abg. Bach in einer Interpellation an die Zweite Kammer den Vorgang.“

Das Ergebnis der Volkszählung in Sachsen stellt eine Vermehrung der Einwohnerzahl um nahezu 300 000 Personen fest. Es wurden am 1. Dezember 1900 in Sachsen 4 202 196, am 1. Dezember 1905 aber 4 501 853 Einwohner gezählt. Das ist ein Mehr von 299 657. Alle fünf Regierungsbezirke haben eine Zunahme zu verzeichnen, die mit 84 112 in der Kreishauptmannschaft Weipitz am stärksten, mit 21 124 in der Kreishauptmannschaft Waun am geringsten ist.

Ein Tunnelsturz. Ein im Bau begriffener Tunnel der elektrischen Bahn in Villefranche, nahe Bourg-Madame, stürzte ein. Bisher wurden die Leichen von drei Männern geborgen. 20 andre sind noch verschüttet.

Vereine und Versammlungen.

Brauerarbeiter. Die Monatsversammlung am 6. Januar war nur schwach besucht. Der Vorsitzende wies auf die erste Zeit hin, der die Brauerarbeiter entgegengehen, und riefte die Saumseligkeit der Mitglieder. Nachdem die Verlesung der Präsenzliste erfolgt war, wurde die Gründung einer Lokalkasse erörtert und beschlossen, hierzu eine Urabstimmung vorzunehmen. Die Einsetzung einer Agitations-Kommission wurde dem Vorstand überlassen. Auch die Wahl einer Tariff Kommission wurde besprochen. Von einer Wahl mußte jedoch noch Abstand genommen werden, da auch Mitglieder des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes in den Brauereien 13 vertreten sind. Bei dem Bericht über das Vergnügen, das am 13. Januar unter Mitwirkung des Neustädter Arbeitergesangvereins im „Weißen Hirsch“ stattfand, wurde bekannt gegeben, daß die Programme des Stück 20 Pfg. und das Langabonnement 60 Pfg. kosten. Für den Gesangverein tritt jedoch eine Vergünstigung ein. Im Punkt „Verschiedenes“ kritisierte der Vorsitzende noch die ungleiche Arbeitszeit bei gleichen Löhnen in der Sudenten Brauerei. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, sich auch der politischen Organisation anzuschließen.

Warenhaus Gebr. Barasch

Wegen Inventur-Aufnahme Dienstag den 16. Januar geschlossen.

Grosse Geld-Ersparnis

Fortsetzung unsres

Billigen Inventur-Räumungs-Verkaufs

Solange der Vorrat reicht

Was wir bieten:

Solange der Vorrat reicht

Kleider-Stoffe

Kostüme	schwere englische Qualität, modernste Genres 130 cm breit	statt 6.00—7.00	jetzt 5.00
Tuch-Karos	streng modern, für Kostüme, eleganteste Genres 115 cm breit	statt 4.50—5.00	jetzt 3.25
Phantasiestoffe	hochaparte Neuheiten, im engl. Geschmack 110 cm breit	statt 2.25—2.75	jetzt 1.50
Taffet-Vigoureux	in hellen Farben, 110 cm breit	statt 1.50	jetzt 1.00
Blusenstoffe	hochfeine Karos, 110 cm breit	statt 3.50	jetzt 2.00
Zibeline, Karos, Noppés, Streifen etc.		statt 1.20—1.50	jetzt 0.85 und 1.00

Einfarbige und schwarze Stoffe beträchtlich ermässigt!

Woll-Musseline

für 60 65 75

Wert bis 1.35 M.

Seiden-Stoffe

Loulsine façonné	helle, aparte Dessins	statt 3.00 u. 3.50	jetzt 2.00 u. 2.25
Blusenstreifen	helle, moderne Dessins	statt 2.00	jetzt 1.00
Farbige Damassés	in allen modernen Farben	statt 2.80 u. 4.50	jetzt 2.00 u. 3.50
Schwerer Seidenbrokat	für vornehme Kostüme	statt 7.50	jetzt 4.00

Gemusterte und glatte schwarze Seide

Damassé	1.90 2.20 2.40 2.90 3.25
elegant. Muster	statt 2.50 2.75 3.00 3.75 4.25
Merveilleux etc.	1.50 2.30 3.00 3.50 3.75
beste Qualitäten unter Garantie	statt 2.00 3.00 4.00 4.50 4.75

Blusen-Samt

für 60 75 1.00
Wert bis 1.50
1.60 2.25

Sämtliche Foulard-Seide nur beste Dessins zum Aussuchen 1.25

Halbleinen	weissgarnig, prima, 82 cm	Meter 65 70 Pf.
		statt 75 85 Pf.
Pique-Barchent	Doppelpique, prima, 1 Posten	Meter 72 Pf.
		statt 90 Pf.
Croisé-Barchent	weiss, prima	Meter 55 65 Pf.
		statt 65 75 Pf.
Negligé-Croisé	prima	Meter 65 Pf.
		statt 75 Pf.
Negligé-Satin	arabisiert	Meter 50 Pf.
		statt 60 Pf.
Hemden-Barchent		Meter 33 45 Pf.
		statt 40 55 Pf.
Velour-Barchent	1 Posten für	45 Pf.
		statt 65 Pf.
Schürzenstoffe	100 cm breit, waschecht	Meter 65 Pf.
		statt 80 Pf.

Überschlaglaken	150/250	3.90	4.90	8.50	mit Hohl-
	statt	5.00	6.50	11.00	fäumen.
Paradekissen	85/85	1.05	1.55	1.95	3.25
	statt	1.25	2.00	2.50	4.00

Außergewöhnliche Angebote.

160 000 Meter **Prima Elsässer Hemdentuch** Meter 42 Pf.
besonders für beste Schwämme geeignet. statt 60 Pf.
Riffenbreite Deckbettbrokat

Bett-Satin	schöne Streifen, schwere, erprobte Qualität	45	statt 65	75	statt 1.00
Seiden-Bett-Satin	elegante Streifen, solideste Qual.	60	statt 85	95	statt 1.25
Bett-Damast	erstklassiges solides Fabrikat	55	statt 70	85	statt 1.10
Bett-Brokat	seidenartig, das Elegante, in feinsten Mustern	80	Pf. statt 1.20	1.80	

Dazu passende **Betttücher-Stoffe** ohne Nacht
Dowlas 70 Pf. **H'Leinen 1.15 1.40 1.45**
statt Meter 90 Pf. statt 1.40 1.70 1.80

1200 Kinder-Reform-Schürzen

prima Satin und Gingham, in eleganter Ausführung	Größe 45 50 55 60	65 70 75	80 85 90 95
für 88	Wert bis 1.50	1.32	Wert bis 1.75 2.75

400 Damen-Reform-Schürzen 1.25 Wert bis 1.60
eleg., i. einfach., gemust. Satin, Gingham, pa. Stoffe

300 Modell-Reform- u. Kleider-Schürzen (einzelne Mustertücher)
für 1.95 Wert bis 3.50 2.45 Wert bis 5.00

Rest-Bestände Handtücher, Wischtücher, Taschentücher
in Tischdecken, Kaffeedecken, bedeutend
Hohlsaumtischwäsche, Tisch-Servietten, Kaffee-Servietten unter Preis!

Ein Frotter-Wäsche	Handtücher 48 80 1.05
Paßen schwere Qualität	statt 80 1.00 1.05
	Sabetuch 145/200 4.15
	statt 5.00

Damen-Wäsche ca. 300 Taghemden, Nachthemden, Beinkleider, Jacken, Frisiermäntel, Unterröcke, Untertaillen, Garnituren **bedeutend unter Preis!**

Gardinen Stores, Uebergardinen, Hand- u. Tüll-Beitdecken, Tischdecken, Fensterschürzer, Felle, Restbestände **bedeutend ermässigt**

Steigerwald & Kaiser.

Kein Umtausch!

Keine Auswablendung!

Nur Barzahlung!

Wein diesjähriger

Inventur-Räumungs-Verkauf

bildet infolge seiner auffeherregend, billig gesetzten Preise wegen **das Tagesgespräch von Magdeburg und Umgebung.**
Der Inventur-Räumungs-Verkauf erstreckt sich fast auf sämtliche Abteilungen meines ansehnlich großen Warenbestandes und werden für die aus allen Abteilungen zusammengestellten Waren, um den Verkauf in großem Maßstabe herbeizuführen, die bisherigen Verkaufspreise, soweit Vorrat

um 10, 20 bis 50 Prozent ermäßigt.

Obige Prozentfähe werden sogleich beim Verkauf in Abzug gebracht.

Ferner gelangen zu bedeutend herabgesetzten Preisen diese Woche nachstehende Artikel zu Netto-Preisen ohne jeden Abzug zum Verkauf:
Grosse Restposten bessere Qualitäten **Hauskleiderstoffe** in Herrenstoffgeschmack, in Restlängen, für Kleider und Röcke ausreichend, außerordentlich haltbar, Wert per Meter bis 65 Pf., jetzt **Inventurpreis per Meter 45 Pf.**
Grosse Restposten Loop-Caro für Damenblusen u. Damenkleider, Kinderkleider usw., Wert per Meter bis 1.15 M., jetzt **Inventurpreis per Meter 85 Pf.**
Ferner gelangen zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf: Große Posten hellfarbige **gemusterte Organby, creme, hellblau und weiß Cotelé, weiß und creme Batiste, à jour-Stoffe, bestickte Mullé, Wipcord, Brokat usw.,** für Ball- u. Tanzstundenkleider, Blusen, Kinderkleider usw. vorzüglich geeignet, Wert p. Mtr. bis 95 Pf., und werden diese, soweit Vorrat, ohne Rücksicht auf Qualität, durchgehend per Meter zu **25, 30 und 50 Pf.** abgegeben.

Der Verkauf zu Inventurpreisen ist nur für kurze Zeit festgesetzt. **Beste Günstigste Gelegenheitskäufe zur Aussteuer für Konfirmanden.**

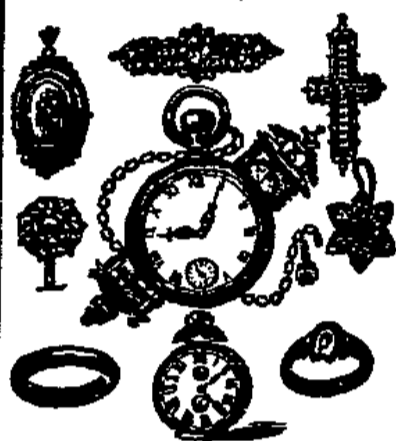
Breiteweg 9/10

— Verkaufsräume I Treppe —

Isidor Gabbe

Breiteweg 9/10

Gegenüber der Leiterstrasse.



25 Prozent Rabatt wegen Geschäfts-Auflösung

Koch nie dagewesene billige Kaufgelegenheit bietet Ihnen mein wegen Todesfalls vollständiger

Ausverkauf in Uhren, Gold- und Silberwaren

Felix Brandt

Magdeburg 6/8 Himmelreichstr. 6/8
Sämtliche zum Verkauf kommenden Uhren sind von einem erstn. Fachmann in meiner eignen Werkstatt auf das sorgfältigste geprüft und abprobiert.

Diese Woche kommen zum Verkauf:

2000 Meter Waschkleiderstoffe

nur letzte Sommer-Neuheiten, nur gute Qualitäten, Wert Meter 50 bis 90 Pf., Meter für 30 Pf.

ca. 800 Meter reinwollene Musseline

nur letzte Sommer-Neuheiten, schöne Muster, Wert Meter 90 bis 120 Pf., Meter für 50 u. 75 Pf.

ca. 100 Fenster abgepasste Gardinen

bestes englisches Lini-Fabrikat, ca. 33 1/2 Prozent unter Preis.

ca. 300 Meter bunte Möbel-Plüsch

darunter ein großer Posten zurückgesetzte Muster, daher besonders zum Beziehen alter Sofas geeignet, zum Teil zur Hälfte des regulären Wertes.

ca. 30 Garnituren abgepasste Plüsch-Sofabezüge

1 Sitz und 5 Taschen zur Sofa-Garnitur 9 M.

ca. 30 Stück grosse Salon-Teppiche

die zum Teil durch Lagern etwas weich geworden, ca. 25 Prozent unter bisherigen Preisen.

Grosse Posten Reste u. Coupons

in Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Waschkstoffen, Buckskin-, Anzug- u. Paletotstoffen sowie Damen-Konfektionsstoffen, ansehnlich billig.

In allen andere von mir geführten Waren, besonders in Leinen- und Baumwollwaren, Bettzeugen, Inletts usw., ebenfalls grosse Posten, sehr billig herabgesetzt.

Etwas angeschmutzte Wäsche und grosse Posten Schürzen mit 25 Prozent Nachlass auf die angegebenen Preise.

A. Karger, Gelegenheitskauf-Geschäft

8 Gr. Marktsrasse 8.

Bleich-Soda

Kluges aromatische schäumend, Paket 10 Pfg., führt in allen Läden 1431
Konsumverein Neustadt.

Magdeburger Strumpfwaren-Fabrik

Huldreich Schmidt
Breiteweg 68
Fernsprecher 3897.
Strumpfwaren . . .
. Tricotagen
Strickgarne
nur bewährte Qualitäten.
Regulär gestrickte Knaben-Anzüge.

Alfred Scholz

Uhren und Goldwaren
M.-Neustadt 431
Lübeckerstraße 16
Uhrschlüssel 5 Pf., Uhrglas 10 Pf., Uhrhölz 10 Pf., Uhrzeiger 10 Pf., Uhrkapsel 15 Pf., Uhrfeder 1 M.

Höchste Beleihung

von allen Wertgegenständen als:
Nähmaschinen, Fahrräder gute Wäsche und Herren-Garderoben. 1723
Pfandhaus L. Lewy.

Silberne Herren- und Damen-Uhren

zu Weihnachts-Geschenken, von 6 M. an.
Goldene Damen-Uhren von 10.50 M. an.
Lohhaus L. Lewy.

Künstliche Zähne 2 Mark an

Auf Wunsch Teilzahlung p. Woche 1 Mtr. Absolut schonendste Behandlung. Plomben von 1 Mtr. an.
Alex Friedländers Zahn-Atelier
Kaiser Wilhelm-Platz 11.

Rum selbst zu bereiten!

Reichels Jamaika-Rum-Extrakt.

Keine künstliche Essenz, sondern ein direktes Produkt des echten Jamaika-Rum in höchst konzentrierter Form.
Nur in Originalflaschen à 75 Pf., Extra Qualität *** 1.25 Mtr.
Eine Flasche gibt über 2 Ltr. Rum von diesem natürlichen Aroma und feinem, kräftigem Geschmack, vorzüglich zu Tee und Grog.
Glänzend begutachtet von Sachverständigen und Fachmännern.
Niemand unterlasse einen Versuch zu machen!
Bei 6 Flaschen die 7te gratis.
„Die Destillierung im Haushalt“
Wertvolles, illustriertes Rezeptbuch zur Selbstbereitung sämtlicher Liköre zc. **Gratis!**

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.

Grösste Spezialfabrik Deutschlands.

Niederlagen in ganz Deutschland in den durch Schilder kenntlichen Drogerien, Apotheken etc.
Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.
In Magdeburg: A. Bethke, Breiteweg, Richard Eberius, Kaiser-Wilhelmplatz, Hans Eger, Breiteweg, Max Ernsting, Jakobstr., B. F. Grubitz, Breiteweg, Hennenberg & Co. Nachf., Wilhelmstr., Willy Hoppe, Haselbachplatz, Hermann Jentsch, Altmarkt, Kaesebier u. Ulrich, Gr. Mühlstr. 19, Dr. Otto Krause, Altmarkt 20, Alb. Löschart, Breiteweg, Gebr. Polack Nachf., Breiteweg, Bernhard Wienrich, Viktoriastr., R. Wirth Nachf., Breiteweg; M.-Neustadt: Paul Albrecht, Lübeckerstr., Gustav Graf, Lübeckerstr., Friedrich Paul, Lübeckerstr., Georg Wehmeyer, Schmidtstr.; M.-Alte Neustadt: Paul Eiselt, Hoheforststr., Carl Költze, Pfälzerstr.; M.-Friedrichstadt: Robert Forchland, Neumarkt; M.-Wilhelmstadt: Otto Freytag, Annenstr., Max Kühn, Annenstr.; M.-Buckau: C. F. Semm, Schönebeckerstr., Alb. Thiemecke, Sudenburgerstr.; M.-Sudenburg: Gustav Schubert, Halberstädterstr., H. Starkloff, Halberstädterstr.; M.-Werder: Joh. Hanusch, Mittelstr.; Oschersleben: Paul Dunkelberg, Am Bahnhof.
Echt ist allein das Originalprodukt mit Marke „Lithers“, alles andre nur Nachahmung. 1640

Carl Julius Braun

Leber-, Schäfte- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung
Specialität: Lederausschnitt
Magdeburg-Buckau
Schönebeckerstraße 48
hält sich bei Bedarf bestens empfohlen.
Billigste Preise.

Bevor Sie Ihren Bedarf in Herren- und Knaben-Anzugstoffen

einkaufen, überzeugen Sie sich von den bekannt konkurrenzlos billigen Preisen der Firma

Hermann Ohlrogge

Tuchversandhaus Norddeutschland ./. Himmelreichstrasse 23.

Beste in unerreicht großer Auswahl vom Versandlager stets vorhanden.

Jedem einzelnen die Identität mit dem Täter und blieben dabei, daß der Angeklagte der Mann sei, der sie in unfähiger Weise belästigt habe. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Nach dem Gutachten eines Sachverständigen liegen Momente, nach denen die geistige Gesundheit des Angeklagten zweifelhaft erscheinen könnte, nicht vor. Der Gerichtshof hielt nach dem Ergebnisse der Vernehmung die Schuld des Angeklagten für dargetan. Der Angeklagte wurde daher zu vier Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Viehmarkt.

Magdeburg, 12. Januar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 82 Rinder, 160 Kalber, 189 Schafvieh etc., 1091 Schweine. Bezahlte für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige ———— Mt., b) junge fleischige und ältere ausgemästete ———— Mt., c) mäßig genährte junge und ältere 32—35 Mt., d) gering genährte jeden Alters 28—32 Mt. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren ————, b) vollfleischige jüngere ————, c) mäßig genährte jüngere und ältere 31—33 Mt., d) gering genährte jüngere und ältere 28—30 Mt. Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes ———— Mt., b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 30—32 Mt., c) ältere aus-

gemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 27—29 Mt., d) mäßig genährte Kühe und Färsen 24—26 Mt., e) gering genährte Kühe und Färsen 21—23 Mt. RALF er: a) feinste Wast, 50—53 Mt., b) mittlere 42—45 Mt., c) geringe Saugkälber 32—38 Mt., d) ältere, gering genährte (Fresser) ———— Mt. Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 34—37 Mt., b) ältere Mastlamm 31—33 Mt., c) mäßig genährte ———— Mt., d) Schweine: (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige 72—74 Mt., b) fleischige 70—71 Mt., c) gering entwickelte 68—69 Mt., d) Sauen 64—69 Mt. Verkauf und Tendenz mittelmäßig. Ueberstand: 10 Rinder, 15 Kalber, 14 Schaf, 9 Schweine.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Ort	11. Jan.	12. Jan.	1.90	0.80	—
Straßfurt	+ 2.20	+ 1.90	+ 1.90	0.80	—
Weißfels Untp.	+ 1.94	+ 1.76	—	—	0.12
Trotha	+ 3.26	+ 3.30	—	—	0.04
Wilsleben	+ 3.02	+ 3.06	—	—	0.04
Bernburg	+ 2.54	+ 2.57	—	—	0.03
Salbe Oberpegel	+ 2.10	+ 2.12	—	—	0.02
Salbe Unterpegel	+ 2.46	+ 2.52	—	—	0.06

Ort	10. Jan.	11. Jan.	0.14	0.02	—
Yangdunglau	+ 0.14	+ 0.12	+ 0.12	0.02	—
Baum.	+ 0.87	+ 0.76	+ 0.76	0.11	—
Subweis	+ 0.25	+ 0.22	+ 0.22	0.08	—
Prag.	+ 0.94	+ 0.82	+ 0.82	0.12	—

Ort	10. Jan.	11. Jan.	0.14	0.02	—
Barbubly	+ 0.12	+ 0.14	+ 0.14	—	0.02
Brandels	+ 0.32	+ 0.35	+ 0.35	0.14	—
Wielutt	+ 0.52	+ 0.51	+ 0.51	0.01	—
Wettmerly	+ 0.53	+ 0.44	+ 0.44	0.06	—
Ruffig	— 0.38	— 0.48	— 0.48	0.10	—
Dresden	+ 1.94	+ 1.86	+ 1.86	0.08	—
Zorgau	+ 2.65	+ 2.80	+ 2.80	—	0.15
Wittenberg	+ 2.02	+ 2.39	+ 2.39	—	0.37
Hoylau	+ 2.46	+ 2.80	+ 2.80	—	0.34
Barby	+ 2.08	+ 2.43	+ 2.43	—	0.36
Schöneberg	+ 2.29	+ 2.59	+ 2.59	—	0.36
Magdeburg	+ 2.80	+ 2.98	+ 2.98	—	0.18
Langerhölde	+ 2.47	+ 2.62	+ 2.62	—	0.15
Wittenberge	+ 1.70	+ 1.84	+ 1.84	—	0.14
Broda-Dömitz	+ 1.79	+ 1.91	+ 1.91	—	0.12
Bauenburg	—	—	—	—	—

Lange & Münzer

51a Breitweg 51a

Aus unsrem

Inventur-Räumungs-Verkauf

heben wir als ganz besonders billig hervor:

Lampenschirme	Wasch-, Woll- und Seiden-Blusen	Schürzen - Röcke	Pelzwaren	Hüte für Damen und Kinder
Liberty-Kissen		Blusen-Stoffreste	Mützen	Spitzen, Stickereien
			Kapotten	

Kredit auch nach ausserhalb!

Möbel

Für 1 Zimmer Anzahl. 8, wöchentl. 1.00
 Für 2 Zimmer Anzahl. 15, wöchentl. 2.00
 Für 3 Zimmer Anzahl. 25, wöchentl. 3.00
 Für 4 Zimmer Anzahl. 40, wöchentl. 4.00
 usw. Ferner

Einzelne Ersatzteile
 Anzahlung von 5 Mark an.

Anzüge für Herren und Knaben
Damen-Jackets u. -Kragen
 sowie
 Manufakturwaren jeder Art.
 Teppiche, Portieren, Gardinen usw.
 in großer Auswahl.

S. Osswald

Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 14, I.
 Kunden, welche ihr Konto beglichen, sowie Beamte erhalten Kredit ohne Anzahlung.

Kinderwagen von 6 Mk. Anzahlung an
 Größtes Geschäft dieser Art am Plage.

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld!

Inventur-Ausverkauf
 meines gesamten Warenlagers — ausser Strumpfgarn und Reste

trotz meiner anerkannt billigen Preise mit **15 Prozent Rabatt in bar** von Sonnabend den 13. bis inkl. Sonnabend den 20. Januar

Otto Kaphengst 106a Halberstädterstrasse 106a

Soeben erschienen!

Sonntage eines grossstädtischen Arbeiters in der Natur
 von Curt Grottel
 geb. Mt. 1.00, broschiert 60 Pf.

Buchhandlung Volksstimme, Jakobstraße 49.

Wir empfehlen unsere Flaschenbiere, als:
Sudenburger Bockbier
Sudenburger Export
Sudenburger Pilsner.

Sudenburger Brauhaus
 Dummer & Döring. 2299

Möbel, Spiegel und Polsterwaren
 reelle Arbeit, empfiehlt
 C. Dittmar, Tischlermeister, Tischlerkrugstr. 26.

Sudenburg Sudenburg

Max Kraft

Total-Ausverkauf
 wegen Aufgabe des Geschäfts

muß in kurzer Zeit beendet sein, da der Laden anderweitig vermietet ist. Deshalb aussergewöhnliche Gelegenheit, reelle Waren

zu weiter herabgesetzten Preisen
 zum Teil unter Einkauf, zu kaufen, besonders:

Schwarze und farbige Kinderstoffe
 zur Konfirmation

Gardinen, Bettdecken
 weisse und karierte Bettzeuge — Leinwand — Bettfedern
 Normalwäsche, Jagdwäpfer, Schutzanzüge.

Siegfried Cohn

Weberei-Waren

58 Breitweg 58

Inventur-Räumungs-Verkauf

Grösste Vorteile!

Hier einige Beispiele:

680 Stück neuste Kleiderstoffe
schwarze, farbige und
Ball-Stoffe (Saison-Neuheiten)

Hervorragend günstige Gelegenheit

für die Beschaffung von
guten und doch billigen

Prüfungs- und Einsegnungs-Kleidern

Inventurpreise:

Meter **68 75 85 100 140** usw.
Wert 90 100 105 140 200

Posten

Blusen-Stoffe

Wolle, Halbwolle, Seide, Samt
Einzelne Blusen ganz aussergewöhnlich billig

Posten

Wasch-Stoffe

im Preise besonders herabgesetzt.

Posten

Hauskleider-Stoffe

halbwollene glatte, halbwollene gestreifte
Samt-Flanelle, Druck-Flanelle.

Velourbarchent Meter **25** Pf.
Blaudruck Meter **30** Pf.

Grösste Preisermässigungen!

Hier einige Beispiele:

30 Proz. unter Preis
Einzelne Tischtücher, Servietten

für Grant-Ausstattungen, Restaurationen und Hausbedarf

Tischtücher

Stück	90 Pf.	1.00	1.10	1.75	2.40	3.00	3.80
Wert	1.50	1.00	2.40	2.90	4.50	6.00	

Servietten

Dzhd.	2.80	3.00	4.50	8.00
Wert	4.00	4.25	6.60	12.00

Posten Handtücher

Gesichts-Handtücher Dzhd. **4.50 6.50**

Wert 6.00 7.80

Küchen-Handtücher grau und weiss Meter **28** Pf.

Wert 38 Pf. und andre

ca. 500 Unterröcke

für Sommer und Winter Stück **1.90-14.00**

Wert 2.75-18.00

Hemdentücher

Meter	19	23	30	45
Pf. statt	28 Pf.	33 Pf.	40 Pf.	60 Pf.

Louisiana-Tücher

Meter	28	35	41
Pf. statt	38 Pf.	45 Pf.	53 Pf.

Renforcé

Meter	33	42
Pf. statt	45 Pf.	53 Pf.

Die für diese Preise gelieferten Qualitäten
sind aufsehenerregend billig.

Ca. 35 Prozent unter Preis

ein grosser Posten **Damen-Wäsche** u. **Schürzen** aller Art, da eine Kollektion Reismuster,
und leicht angeschmutzte, hochelegante Modellsachen.

Dieses billige Wäsche-Angebot wird Aufsehen erregen.



Nur noch wenige Tage!

Ende dieses Monats verlegen wir unser Geschäft nach **Breiteweg 15**, Ecke Bärstrasse. Um mit unserm Lagerbestande möglichst zu räumen, stellen wir

sämtliche Schuhwaren zu erheblich ermäßigten Preisen

zum Verkauf.

Sternberg & Co.

Breiteweg 45.

Lagerhalter.

Wir suchen zum 1. März d. J. für unsere Verkaufsstelle in Frohse einen tüchtigen, kautionsfähigen Lagerhalter. — Schriftliche Offerten sind bis zum 15. d. Wtd. zu richten an den Konsumverein „Biene“ für Schönebeck a. Elbe u. Umg. E. G. mit beschränkter Haftung zu Schönebeck a. Elbe.

Baumgärtners Masken-Verleih-Institut

befindet sich in diesem Jahre dicht am Breiteweg Letterstrasse 16 dicht am Breiteweg. Empfehle den geehrten Gastwirten und Vereinen zu den bevorstehenden Masken- und Maskenbällen meine reichhaltige saubere Masken-garderobe bei billigster Preisstellung und prompter Bedienung. Vereine erhalten Aufführung gratis. Baumgärtners Masken-Verleih-Institut jetzt Letterstraße 16.

Zahn-Atelier

Richard Sass 364 56 Breiteweg 56. Fernsprecher 4403. Zahnzahlung gestattet. Woche 1 Mark, monatl. 4 Mark (ohne Preiserhöhung). Strömste Discretion zugesichert. Zahnziehen schmerzlos. Spezialität: Zement-, Porzellan-, Kupfer-, Silber-, Gold-Plomben Zahn-Reinigung. Solide Preise.

Kaufe immer noch zu höchsten Preisen für F. Wahle nach Amerika Kanarienhähne und Weibchen. F. H. Oehlert Restaurant Bock, Hohensforststr. 52

Verkaufe ich mein gutgehendes Materialwaren-Geschäft. Offerten von Selbstkäufern erbeten unter N. U. 1483.

Kaufe fortwährend Kanarienhähne bezahle pro Stück 3.50 bis 5 Mark Weibchen u. 14 Stück ab 75 Pf. Gute Rübsaat bei Abnahme v. 10 Pfd. 1.60 J. Tischler, Annastraße 25.

Fachmännisches Theater- und Maskenkostüm-Verleih-Geschäft

von August Schmengler Breiteweg 94, 1 Treppe (Steinerner Tisch) gegründet 1884. empfiehlt elegante Kostüme und Dominos zu billigen sowie einfache Kostüme zu billigen Preisen. Neuanfertigung in kurzer Zeit. Vereinen und Wirten Extra-Preise. Aufträge nach außerhalb werden prompt besorgt.

Lackschrift-Plakate

Leinwand-schilder usw. werden schnell und ganz billig angefertigt bei W. Kulbe jun. Magdeburg Tischerstr. 18. Auch nach außerhalb! 2297

Pfand-Versteigerung.

Am Freitag, 19. Januar d. J. von vorm. 9 Uhr an, werden durch den vereid. Auktionator Herrn Bieffenthal alle die in den Monaten Februar und März 1905 von No. 34 527—36 658 verzeichneten Pfänder öffentlich ver- steigert.

Leihhaus L. Lewy

Katharinenstr. 41.



Achtung! Kaufe jeden Posten Kanarienhähne. Zahle 3.00 bis 5.50 Mk., je nach Gefang, im Restaurant zur Kaiserkrone, Agneten-straße 21, am 14. Januar für die Firma Hennig u. Co., Uckerleben. Offerten nimmt entgegen der Vertreter A. Hilgenfeld, N. R., Woldenstr. 46.

Billige Stiefel

nur Altes Brücktor 2 Fahrrad billig zu verkaufen. Wolfenbüttelestr. 32, I.

Zur Bürgerhalle

Ich mache hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mein Restaurationsgeschäft dem Restaurateur Herrn Luchtefeld verkauft habe. Ich danke für das mir so reichlich geschenkte Wohlwollen und bitte, dieses meinem Nachfolger in ebenso reichem Maße entgegen zu lassen. Hochachtungsvoll Albert Vater.

Zur Bürgerhalle

Knochenhauerufer 27/28 von Herrn Albert Vater übernommen habe. Ich empfehle meinen 240 Personen fassenden Saal und Vereinszimmer zur Abhaltung von Versammlungen und Lustbarkeiten aller Art. Auch empfehle ich mein freundlichst eingerichtetes Restaurations- lokal angelegentlich und sichere allen mich Besprechenden aufmerk- samste Bedienung durch Verabfolgung nur guter Speisen und Getränke zu. Hochachtungsvoll Anton Luchtefeld.

Sie kaufen billig!

Meine täglich frische, hochfeine, reinschmeckende

Dampfmolkerei-Butter

2215 à Pfd. 1.25

5 Proz. Rabattsparmarken!

Ohne Marken à Pfd. 1.19

müssen Sie kaufen, Sie sind entzückt von der hochfeinen Butter.

Butterhdl. Edelweiß

Sub.: J. Lehmann Sudenburg Halberstädterstr. 40

Offertene ca. 55

Ausstattungen in verschiedenen Zusammenstellungen zu billigsten Preisen.

Für nur 190 Mk.

- Schrank 25 Mk.
- Bertisch 25 Mk.
- Tisch 12 Mk.
- Spiegel 5 Mk.
- 4 Stühle à 3 Mk. 12 Mk.
- Divan 36 Mk.
- Bettstelle und Matratze } 33 Mk.
- Rüchenschrank . . . 22 Mk.
- Rüchenschisch 5 Mk.
- 2 Rüchenschische à 2 1/2 5 Mk.
- Rüchenschisch — Mk.

Summa 190 Mk.

Für nur 345 Mk.

- Muschel-schrank . . 50 Mk.
- do. Bertisch 45 Mk.
- Pfeiler-schrank und Spiegel 22 Mk.
- Sofatisch 25 Mk.
- 4 Walzenstühle . . . 25 Mk.
- Plüschdivan 25 Mk.
- 2 la. Bettstellen u. Stoff-Matratze . 25 Mk.
- Rüchenschrank . . . 25 Mk.
- Tisch 5 Mk.
- 2 Stühle à 2 1/2 . . . 5 Mk.
- Stuhl mit Handtasche . . — Mk.

Summa 345 Mk.

Luxusmöbel

zu Kaufpreisen. J. Rosenberg Katharinenstr. 8.

Fortsetzung meines Inventur-Räumungs-Verkaufs

zu verblüffend billigen Preisen Herren-Anzüge

in guter Qualität, im Muster zurückgesetzt Serie I Wert bis 16.00 Inventurpreis 8.75 Serie II Wert bis 26.00 Inventurpreis 13.50

Knaben-Anzüge niedliche Sachen, gute Stoffe Serie I Wert bis 3.75 Inventurpreis 1.90 Serie II Wert bis 9.00 Inventurpreis 4.40

Winter-Paletots, Winter-Joppen Knaben-Paletots

zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen. Einzelne Jacketts, Hosen, Westen erheblich unter Preis.

Zimmer-Uhren in den schönsten, modernsten, teuren u. ausgezeichnet. Werken Serie I Wert bis 22.00 Inventurpreis 13.75 Serie II Wert bis 40.00 Inventurpreis 18.00

Goldene Damen-Uhren reizende Formen, bestes Werk Serie I Wert bis 25.00 Inventurpreis 12.50 Serie II Wert bis 36.00 Inventurpreis 18.00

Silberne Damen- und Herren-Uhren mit Goldrand, mit vorzüglichem Werk, Wert bis 20 Mk., Inventurpreis 8 Mk.

Ein großer Posten Wollblusen und Barchentblusen zu nie dagewesenen Spottpreisen

Ein Posten Kostüm-Röcke schönste Formen, im Preise ganz bedeutend ermäßigt.

Der Vorrat Damen-Jacketts und -Paletots nur Saison-Neuheiten, zu und unter Selbstkostenpreis.

Der letzte Vorrat Pelz-Kolliers zu jedem annehmbaren Preis.

Ein Posten Gardinen weiß und cremefarben zu fabelhaft billigen Preisen.

Gelegenheitskauf-Geschäft

Adolph Michaelis

Ratswageplatz 1, Eing. Apfelstraße 1. Tür.

40 Stck. Die Abnehmer werden exzent sein über die Tächtigkeit der auf die Ehrenliste gehörenden Arbeitswilligen. Die Streitenden selbst verharren geschlossen und einmütig im Kampf.

WATERLANDSBEREITER UND UNTEROFFIZIERE. In bürgerlichen Zeitungen lesen wir, daß wöchentlich Fällungen von Urlaubsscheinen der Militärpersonen vorgekommen seien (?), um die Eisenbahnverwaltung über die Dauer der Urlaubsdauer zu täuschen und den Urlauben so die Benutzung von Schnellzügen auch bei längerem als achtstägigem Urlaub zu gestatten. (?) In den Fahrtenkalendern sollen diese Scheine jetzt genau geprüft und abgeheftet werden. Den Soldaten ist auch fernerhin die Benutzung von Schnellzügen nur bei einem Urlaub von unter acht Tagen gestattet (1), während den Herren Unteroffizieren nach einer neuen Verfügung die Benutzung der dritten Wagenklasse in Schnellzügen bei einer Entfernung von über 300 Kilometer außerhalb der Festtage auch dann gestattet ist, wenn die Urlaubszeit bis 14 Tage beträgt. Wir halten es kaum für möglich, daß man in dieser Weise einen Unterschied zwischen den Söhnen des Volkes, die ihrer Dienstpflicht zum „Schutz des Vaterlandes“ genügen müssen, und den Unteroffizieren künstlich schafft. Den armen Soldaten, die aus politischen und militärischen Gründen und Rücksichten entfernt von ihrer Heimat an den Grenzen stehen, und die für ihr Geld auf Urlaub fahren, muß man mindestens dieselben Rücksichten und Vergünstigungen für Eisenbahnfahrten gewähren, als den Herren Unteroffizieren. Was diesen recht ist, ist den Söhnen des Volkes schon lange billig.

Schwurgericht Magdeburg. Die erste Schwurgerichtsperiode am 15. d. M. fällt aus, da keine Strafsachen zur Aburteilung vorliegen.

Elbe-Dampferverbindung soll laut Bekanntmachung des betr. Unternehmers in den nächsten Tagen zwischen Dübstedt und Magdeburg eingerichtet werden. Die näheren Angaben über Fahrzeit und Preis sind nur den bürgerlichen Blättern zugänglich, so daß wir nicht in der Lage sind, unsern Lesern hierüber Näheres mitzuteilen.

Von der Strafe. Am Freitag vormittag fand in der Hofpfortenstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Fuhrwerk und einem Wagen der Straßenbahn statt. Sanitätsrater und Vorderperron des Motorwagens wurden eingedrückt und beschädigt.

Selbstmordversuch. In der Nacht zum Freitag versuchte sich auf dem Fürstenwall ein Uhmachergeselle zu erschlagen; er brachte sich aber nur eine unbedeutende Verletzung der Schläfe bei. Einem Schuhmann machte der Fremde die Angabe, daß er bei seinem Prinzipal in Blankenburg Unterschlagung verübt und seit 6. Januar von dort flüchtig sei. Der Selbstmordkandidat wurde in Haft genommen.

Unfall. Der Arbeiter Otto D. ist am Freitag abend auf dem Weitenweg von einem Wagen der Straßenbahn gefallen, wobei er sich einen Armbruch zuzog. D. fand Aufnahme in der Krankenanstalt Altsied.

Lebensmüde. In ihrer Wohnung in der Schmiedstraße erhängte sich am Freitag vormittag eine 70-jährige Frau. Woito unbekannt. Die Frau hatte erst am Montag ihre goldene Hochzeit gefeiert.

Diebstahl. Einer von auswärtig gekommenen Botenfrau wurden am 11. Januar mittags vom Hofe eines Grundstücks in der Kaiserstraße ein Handkorb und ein schwarzer Damen-Regenschirm gestohlen. Zu dem Korb befanden sich ein Paket mit Eisenwaren und mehrere Briefe.

Ein ungetreuer Hausbursche. Der Hausbursche einer hiesigen Firma ist mit 205 Mk. flüchtig geworden, welche er zum Einzahlen bei der Post erhalten hatte.

Ein augenwehmer Liebhaber. Am Donnerstag abend gegen 11 Uhr versuchte ein ansehend augenwehmer Gelegenheitsarbeiter, sein „Brau“ über das Geländer der Strambühne in die Elbe zu werfen. Durch das Geschehen der Beklagten wurden Leute aufmerksam, bei deren Herannahen der „Liebhaber“ kühnlich weils.

Von der Feuerweh. Freitag nachmittag mußte der 2. Löschzug ausrücken, um mittels Hebezeug ein Pferd vor dem Grundstück Halberstädterstraße 75 aufzurichten.

Zwei billige Tage bieten all den Tausenden, welche eines der hervorragendsten Kunstwerke unferer Magdeburg — das Schlachtenpanorama — noch nicht kennen, beste Gelegenheit hierzu, denn die Direktion hat für die zwei letzten Tage, Sonntag und Montag das Eintrittsgeld auf die Hälfte gegen sonst ermäßigt, so daß Erwachsene nur 55 Pfennig, Kinder nur 25 Pfennig zahlen. Das Panorama ist den Beschauern offen von früh bis abends 9 Uhr, aber nur bis morgen, Montag — nach diesem Tage sind die Porten geschlossen, bis ein neues Werk seinen Einzug halten wird.

Für die volkswirtschaftliche Vorlesung des Herrn Privatdozenten Dr. Theo Sommerlad von der Universität Halle in der Aula der Augustaplatz, Vikemansstraße 5, welche die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart behandeln, am 18. Januar abends Punkt 8 1/2 Uhr beginnen und am 23., 30. Januar, 6. und 13. Februar fortgesetzt werden wird, soll der erste Vortrag die Entstehung wirtschaftlichen Lebens auf deutschem Boden schildern und darlegen, wie auch unter noch unfertigen und ungenügenden wirtschaftlichen Verhältnissen die Gemeinschaftsmächte jener Zeiten, Kirche und Staat, und bedeutende Persönlichkeiten, wie Kaiser Karl der Große, das Wirtschaftsleben unferes Volkes gefördert und ihm höhere Ziele gewiesen haben.

Stadt-Theater. Spielplan vom 14. bis 21. d. M. Sonntag nachmittag: „Totentanz“ (2. Teil), „Der Vampir“, abends: „Nida“. — Montag: „Ein Akt“, — Dienstag: „Carven“, — Mittwoch: „Zwei glückliche Tage“, — Donnerstag: „Die Feiertage“, — Freitag: „Die Walküre“, — Samstag: „Das Glück im Winkel“, — Sonntag nachmittag: „Stein unter Steinen“, abends: Unbestimmt.

Repertoire-Auszug des Wilhelm-Theaters. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr: „Bruder Straubinger“, abends 7 1/2 Uhr: „Der Obersteiger“. Montag zum letzten Male: „Bruder Straubinger“. Dienstag: „Der Bizamiral“, Mittwoch: „Der Kaskadenführer“, Donnerstag: „Der Bizamiral“, Freitag: „Der Beistellknecht“, Samstag, Premiere, „Bis früh um Fünfe“.

Vortrag. Ueber „Das Menschentum als Wesen des Eitlichen“ hält heute, Sonntag, nachmittags 5 Uhr, im Gemeindehause der Freireligiösen Gemeinde, Marfallstraße 1, Herr Dr. Kramer einen Vortrag. Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Außerordentlicher Städtetag der Provinz Sachsen.

Magdeburg, 12. Januar, nachmittags. Nach der Pause nimmt Erster Bürgermeister Kranz-Naumburg das Wort, der die Opferwilligkeit der Städte für ihre Schulen ziffermäßig nachweist. Der Staat bedarf zu einer gedeihlichen Entwicklung des Schulwesens der Selbstverwaltung der Städte.

Bürgermeister Weller-Eisleben tritt energisch für die unbeschränkte Lehrerwahl und Anstellungsberechtigung der Städte ein. Auch seine Stadt habe ähnliche Vorkommnisse wie Eisenburg zu verzeichnen, die für Schaffung eines Verwaltungsstreitverfahrens dringend sprechen. Er schildert in drastischer Weise, wie das öfter die Heiterkeit der Anwesenden erregt, die Art, in welcher die Schulaufsichtsbehörde schon jetzt in die Schulangelegenheiten der Städte hineinredet. Das würde aber nach dem neuen Gesetz noch schlimmer werden. (Lebh. Beifall.)

Oberbürgermeister Schmidt-Erurt bedauert es, daß sich eine preussische Regierung gefunden hat, die den Städten die Bestimmungen des neuen Schulgesetzes zumietet. Die Arbeit für die Volksschule würde dadurch lahmgelegt. Die bisherige Tätigkeit der Volksschulen sei doch auch unter den Augen der Auf-

sichtsbehörden erfolgt, ohne daß Staats- und Dienstinteresse verletzt worden seien. Redner glaubt nicht, daß der Entwurf Geseh werde, da keine der Parteien mit ihm voll einverstanden sei. Der Entwurf lasse den Städten allerdings keine Rechte, dafür aber das Recht (Beifall). Die Städte waren doch bisher stets bestrebt, nur das Beste, Neue für ihre Kinder zu schaffen. Bei solchen Bestimmungen aber könne man ja beinahe die Staatsschulen vorziehen. Ich habe das Vertrauen zu der Bevölkerung der Städte und auch zu den Abgeordneten, die das Land vertreten, daß sie gemeinsam gegen den Entwurf wirken.

Von mehreren Rednern wird darauf hingewiesen, daß das Verwaltungsstreitverfahren für alle Streitigkeiten in Schulangelegenheiten festgesetzt werden müsse.

Der nächste Redner, ein Arzt aus Mühlhausen in Th., spricht dem Entwurf der Regierung jede Rücksichtnahme auf die sittliche Kraft der Selbstverwaltung der Städte und auf die Familie ab.

Herr Schmidt-Galle streift die Frage der Konfessionalität der Volksschule, wenn auch der Punkt nach Ansicht des Oberbürgermeisters Schneider hier nicht zur Erörterung zu stellen und daher verpönt sei. Er empfiehlt die Annahme der Beschlüsse zu dieser Frage, die der rheinische Städtetag angenommen hat.

Oberbürgermeister Contag-Nordhausen hält die hier gehaltenen Reden für sehr richtig aber für zu milde. Man habe sich, wie auch Herr Weller-Eisleben bekundete, zu viel Selbstbeschränkung auferlegt! Redner begründet noch einige weitere Änderungsanträge und erörtert auch die Frage der konfessionellen Volksschule, die zu beraten der Städtetag kompetent sei, da auf ihm die berufenen Vertreter der Städte sitzen. Redner beleuchtet einige dieser Bestimmungen unter lebhaftem Beifall.

Oberbürgermeister Schneider: Er sei nicht grundsätzlich gegen die Erörterung der Frage der Konfessionalität, habe eine Beschränkung nach dieser Seite hin aber für praktisch und den Arbeiten des Städtetages förderlich gehalten. Der Entwurf schreibe die konfessionellen Minderheiten ganz besonders. Redner verliest einige Bestimmungen des Entwurfs, die die Konfessionsschulen betreffen. Gerade in dieser Frage werde viel mit Phrasen und Schlagworten gearbeitet. Er habe sich gleich nach Erscheinen des Entwurfs mit demselben eingehend beschäftigt und eine Gefahr für die Städte in den Bestimmungen über die Konfessionsschule nicht finden können. Ueber diese Frage herrsche sogar unter den großen politischen Parteien keine Einigkeit, selbst hervorragende liberale Führer seien für die konfessionelle Volksschule. Und da soll man doch hier diese Frage lieber nicht ansprechen, um die Einseitigkeit des Beschlusses und somit die ganze Aktion nicht zu gefährden. Ein Erfolg der Bestrebungen des Städtetags ist nur möglich bei Außerachtlassung aller politischen und religiösen Meinungsverschiedenheiten, deren Ausstrahlen nur den Gegnern Material und Angriffspunkte liefern werde. Von dem Redner, den der Deutsche Städtetag hier gemacht hat, haben wir hoffentlich gelernt und ich hoffe, daß wir denselben nicht nachmachen.

Herr Stadtschulrat Franke-Magdeburg: Es ist sehr richtig, daß die Kreis- und Provinzinspektoren (auch wenn sie nicht im Schulamt tätig sind) als Vertreter der Regierung in den Schuldeputationen Sitz und Stimme haben. Man kann da der entgegengekehrten Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters Contag-Nordhausen nicht beipflichten.

Bürgermeister Dreiermann-Mühlhausen bedauert die Fassung der Einleitung der gedruckten vorliegenden Resolution des Städtetags. Gier nach begrüßt der Städtetag diesen Gesetzentwurf — mit Freuden! Das war dem Herrn zu bunt, und er beantragte eine Aenderung, die aber den andern Rednern und auch dem Herrn Oberbürgermeister Schneider wohl etwas zu energisch war, weil darin der Entwurf selbst für dringend nötig galt. Nachdem ein anderer Herr vorgeschlagen, den Regierungsentwurf in der Einleitung der Resolution mit „Energung“ zu begrüßen (1), findet der Vorschlag des Oberbürgermeisters Schneider Zustimmung, den preussischen Schulgesetzentwurf wenigstens zu begrüßen!

Nach einigen vom Oberbürgermeister Schneider befruchteten Keinen Aenderungen der Einleitung und mit einer vom Oberbürgermeister Contag dazu beantragten Einschaltung (die Konfessionalität betreffend) wird die von den beiden Referenten, Oberbürgermeister Dr. Welfau-Eisenburg und Stadtschulrat Dr. Franke-Magdeburg, ausgearbeitete, gedruckt vorliegende Resolution einstimmig angenommen.

Die Einleitung der Resolution lautet nach der beschlossenen Fassung: Der Städtetag der Provinz Sachsen begrüßt die Tatsache, daß seitens der preussischen Staatsregierung dem Landtag ein Entwurf eines einheitlichen Volksschulunterhaltungsgesetzes für die gesamte Monarchie vorgelegt ist. Er bedauert aber, ohne auf die Frage der Konfessionalität einzugehen, daß durch einige Bestimmungen des Entwurfs die Rechte der städtischen Selbstverwaltungen, wie sie — zum Segen der Städte und ihrer Volksschulen — in einer großen Anzahl von Schulgemeinden bisher bestanden haben, aufgehoben oder stark eingeschränkt werden. Er ist der Ueberzeugung, daß hierdurch das Interesse und die Opferfreudigkeit der Städte für ihre Schulen und somit die Grundlage für eine weitere gedeihliche Entwicklung des preussischen Volksschulwesens in Zukunft in Frage gestellt werden.

Die Resolution weist dann besonders auf verschiedene Punkte des Gesetzentwurfs hin. Zur Wahrung des Eigentumsrechts der Schulverbände wird empfohlen, dem § 12 folgende Fassung zu geben:

„Das für Volksschulzwecke bestimmte oder dafür benutzte Vermögen der Schulverbände (Gemeinden, Gutsbezirke, Gesamtschulverbände) kann nur mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde berührt oder der Verwendung für Schulzwecke entzogen werden, solange nicht eine andre Schulanlage von dem Schulverband für den betreffenden Schulzweck zur Verfügung gestellt wird, die von der Aufsichtsbehörde als genügender Ersatz anerkannt ist.“

Zu § 40 jagt die Resolution: Es liegt kein Grund vor, den Städten, die bisher ihr Lehrerwahlrecht ausgeübt haben, ohne daß sich dabei Mißstände herausgestellt haben, dieses Recht zu nehmen. Es empfiehlt sich vielmehr, dieses Wahlrecht allgemein einzuführen, und zwar auch für die Stellen, deren Inhabern Leitungsbefugnisse zuzurechnen (Rektoren, Hauptlehrer usw.), da diese Einrichtung sich gut bewährt hat.

Es wird daher folgende Fassung vorgeschlagen: „Die Lehrer und die Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen werden in Städten durch den Gemeindevorstand, in den übrigen Schulverbänden durch die Vertretung des Schulverbandes nach Anhörung der Schuldeputation gewählt und durch die Schulaufsichtsbehörde im Falle der Bestätigung ange stellt. Dasselbe findet bei der Besetzung von Stellen statt, deren Inhabern Leitungsbefugnisse zuzurechnen (Rektoren, Hauptlehrer usw.).“

Zum Schluß wird dann in der Resolution gesagt: Es ist im höchsten Grade erwünscht, für die Lösung der Fragen über Abgrenzung der Rechte und Pflichten zwischen Staat und Schulverband die Schaffung eines Verwaltungsstreitverfahrens im Geseh vorzusehen.

Die Beschlüsse sollen dem Landtag unterbreitet werden. Auch werden die Vertreter der sächsischen Städte auf dem preussischen Städtetag ersucht, bei diesem nachdrücklich dahin zu wirken, daß er, unter Ausschaltung aller die Interessen der Städte betreffenden nicht unmittelbar berührenden — also z. B. aller politischen und konfessionellen — Fragen, die vorliegenden Beschlüsse zu den seinigen macht.

Das Schlußwort erhält Oberbürgermeister Schneider: Aus innerer Bedrängnis sind die Vertreter der Städte hier zusammengekommen, gegen die Vorlage Stellung zu nehmen, die zum Schaden der Städte und der Selbstverwaltung wirken muß.

Hoffen wir, daß die objektiven Beratungen, die wir ohne Rücksicht auf politische und religiöse Fragen hier gepflogen haben, auf fruchtbarem Boden fallen. (Bravol) Schluß der Verhandlungen kurz nach 2 Uhr nachmittags.

Letzte Nachrichten.

Auch eine „Reform“.

* Dresden, 13. Januar. Der Vizepräsident der Zweiten Kammer und Vorsitzende der konservativen Fraktion hat der freien Kommission zur Vorbereitung von Wahlreformen vor schlägen einen Vorschlag zur „Reform“ des Wahlrechts unterbreitet, wonach alles beim alten bleiben soll mit einer Ausnahme: Es sei die Zahl der Abgeordneten für die Städte Dresden und Leipzig um je 3, für Chemnitz um 2 und für Plauen und Zwickau um je 1 Abgeordnete zu erhöhen, und für die Wahl dieser Abgeordneten das allgemeine, gleiche und unmittelbare Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts einzuführen. Ferner: Nach dem Weggang der Handels- und Gewerbetreibenden und in Angelegenheiten dieser Art Arbeiterkammern zu errichten, die der Regierung als beratendes und begutachtendes Organ bei der Förderung der Arbeiterinteressen zu dienen haben. Was mit dem Wahlrecht nichts zu tun hat.

Die russische Revolution.

* London, 12. Januar. Wie der Daily Express aus Odesa meldet, wurde der Chef der Polizei in Noworossinsk von Revolutionären getötet. Es fanden heftige Straßenkämpfe statt.

* London, 12. Januar. Der Daily Express meldet aus Riga, daß eine revolutionäre Schar einen Angriff auf einen Eisenbahnzug, der mit Bagdad beladen war, ausführte. Zwei Eisenbahnbrücken wurden mittels Dynamits zerstört und einige Wagen des Zuges verbrannt, nachdem die Lokomotive zur Entgleisung gebracht worden war. Es entstand mit den Truppen ein hartnäckiger Kampf, wobei 9 Mann getötet und 20 verwundet wurden.

* Petersburg, 13. Januar. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll am 21. Januar der Ketzergesetz über Petersburg verhängt werden. Sämtliche Patronen wurden verstreut und zahlreiche Schulkinder bewaffnet. Der Grund zu diesen Vorkehrungen ist ein geplantes Generalstreik, der am Gedenktag der Gefallenen ausbrechen soll.

Ed. Riga, 13. Januar. Im hiesigen allgemeinen Krankenhaus droht das sanitäre Personal mit dem Streik, falls die Besätze nicht erhöht würden.

* Petersburg, 13. Januar. Das am 19. Januar stattfindende Fest der Wasserweiche, an welchem im vorigen Jahre der verhängnisvolle Karätschenschuß gegen den Zaren fiel, wird in diesem Jahre zum ersten Mal in Jaroslawel stattfinden, wozu Deputationen aller Teile der Gardetruppen zur Teilnahme an der Feier abgehen.

* Posen, 12. Januar. Die jüdischen Stadtverordneten protestierten in der Stadtverordnetenversammlung gegen die jüngst erfolgte Ausweisung begüterter jüdisch-russischer Pächter aus Posen. Gegen die Ausweisung armer russischer Juden haben sie also offenbar nichts einzuwenden.

Ed. Dresden, 13. Januar. Zum Nachfolger des zum Jahresende aus dem Amte scheidenden Ministers v. Meißner ist Graf v. Hohenthal und Bergen, der derzeitige sächsische Gesandte in Berlin, ernannt worden.

* Paris, 13. Januar. Der Ministerrat beschloß, daß die Wahl der Reichstagsdeputierten der Republik am 17. d. M. stattfinden soll.

* Bückeburg, 13. Januar. Gestern haben die allgemeinen Neuwahlen zum Landtag des Fürstentums Schaumburg-Lippe stattgefunden. Die Sozialdemokraten beteiligten sich zum erstenmal an der Wahl mit eigenen Kandidaten in sechs von den vorhandenen zehn Wahlkreisen. Gewählt sind endgültig sechs bürgerliche Kandidaten, in den übrigen vier Wahlkreisen haben Sozialdemokraten teilgenommen. Bei zweien von diesen sind die Sozialdemokraten beteiligt.

Ed. Berlin, 13. Januar. Bei den jüngsten Kämpfen gegen Worenga in Südwestsibirien fiel deutscherseits ein Unteroffizier, zwei Offiziere, darunter Hauptmann von Letoworbed und sieben Mann wurden verwundet. — Nach einer Meldung haben sich bis Neujahr 1400 Kottentotten und 757 Escadros der deutschen Schutztruppe ergeben.

* London, 13. Januar. Die Wahlen zum Reichshaus begannen gestern damit, daß eine große Anzahl Kandidaten, in deren Wahlkreisen in den nächsten Tagen gewählt wird, anlässlich aufgestellt wurden. In vier Wahlkreisen wurden die Kandidaten, drei liberale und ein Unionist, bereits für gewählt erklärt, da kein Gegenkandidat aufgestellt war. Die Wahlen finden in den verschiedenen Wahlkreisen an verschiedenen Tagen statt. Die meisten werden im Laufe der nächsten Woche vorgenommen.

Vereins-Kalender.

Anzeigen unter dieser Rubrik kosten pro Zeile 6 Pf. Bei Anfertigung von Manuskripten für diesen Zeit muß stets der dafür zu entrichtende Betrag beigefügt werden. Andernfalls erfolgt keine Aufnahme.

Zentralverband der Schmiede. Ihre regelmäßige Mitgliederversammlung findet Sonntag abend den 13. Januar bei Wöhne, Kleine Klosterstraße 15-16, statt. 388

Naturheilverein Backau. Montag den 15. Januar, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“ Generalversammlung. 389

Südener Stabklub „Einigkeit“. Jeden Sonntag nachmittags 4 Uhr Stabspiele bei Kofke, Braunschweigerstraße 2a. Mitglieder werden dafelbst aufgenommen. 389

Cracau. Genossen, die gewillt sind dem Stadjahrer-Verband beizutreten, werden ersucht, sich Sonntag nachmittags 4 Uhr im „Schneizerhalle“ einzufinden. 389

Lemedorf. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag abend den 13. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung. 389

Groß-Otterleben. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag abend den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung. 389

Groß-Otterleben. Fabrik- und Landarbeiter. Sonntag abend den 14. d. M., abends 8 Uhr, Versammlung bei Strumpf. 389

Groß-Otterleben. Männer-Gesangsverein. Sonntag abend den 13. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung. 389

Schönebeck. Arb.-Nahjahrerbund Solidarität. Sonntag abend den 13. d. M., abends 8 Uhr Generalversammlung. 382

Aus dem Geschäftsbericht.

Bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Neuralgien nehme man Indoform. (Calcium-lactate) 389

Glanzende Erfolge, auch bei veralteten Fällen! Ein kräftiges Mittel von vielen: Besten Dank für die Judoformtabletten, deren vorzügliche Wirkfamkeit ich staunend erprobt habe. Vorrätig in Apotheken in Westfalen zu 75 Pf. (10 Tabletten) und 1.50 (20 Tabletten). **Freih. Schulz, Chem. Fabrik, Leipzig.** 387

H. Lublin

Montag
Dienstag
Mittwoch

Inventur-Räumungs-Verkauf

Montag
Dienstag
Mittwoch

64450 Meter Baumwollwaren

ca. 3500 Meter
Hemdentuch farbfähig **16**
Inventurpreis Mtr. 45 30

ca. 9500 Meter
Louisianatuch bewährte Qualität **26**
Inventurpreis Mtr. 48 35

ca. 3500 Meter **Bettendamast** 84 130 Pf. **35 48 60 72**
Inventurpreis Meter

ca. 2400 Meter **Louisianatuch** für Bettwäsche 84 130 Pf. **35 48 52 1/2 87**
Inventurpreis Mtr.

ca. 500 Meter **Cretonne** für Bezüge 64 130 Pf. **37 1/2 65**
Inventurpreis Meter

ca. 1400 Meter **Satin Augusta** prima Qualität 84 130 Pf. **46 75**
Inventurpreis Meter

ca. 1000 Meter
Renforcé für Leibwäsche, besonders beachtenswert **33**
Inventurpreis . . . Mtr.

ca. 1000 Meter
Kattun für Bezüge **25**
Inventurpreis . . . Mtr.

ca. 1000 Meter **Bettzeug** extra prima 84 130 Pf. **52 1/2 85**
Inventurpreis Meter

ca. 2500 Meter **Bettzeug** 83/4 cm breit **45 35 25**
Inventurpreis Meter

ca. 400 Meter **Inlett** rosa gestreift, garantiert federdicht 84 130 116 Pf. **55 90 1.00**
Inventurpreis Mtr.

ca. 1650 Meter **Inlett** grau und rosa gestreift **45 32**
Inventurpreis Meter

ca. 5000 Mtr. **Hemdenbarchent** extra schwer, Satin-Gewebe, Korpers- und **35**
Inventurpreis Mtr. 42

ca. 3000 Mtr. **Stieppingham** für Hauskleider **70**
Inventurpreis Mtr.

ca. 250 Mtr. **Körper** in allen Farben **90**
Inventurpreis Mtr.

ca. 250 Mtr. **Hauskleiderstoffe** **65**
Inventurpreis Mtr. 90

ca. 1000 Mtr. **Schürzenwand** gestreift **35**
Inventurpreis Mtr.

Ein Posten Reste und Abschnitte
in Hemdentuchen, Louisianatuchen, Schürzenstoffen, Roul.-Damasten **bedeutend unter Preis**

ca. 750 Coupons **Macco-Ersatz** erprobte Qual. für Leibwäsche **9.40**
Coupon 10 Mtr. 4.75, Coupon 20 Mtr.

ca. 600 Coup. **Louisianatuch** Coupon 10 Mtr. **6.50**
2.60 3.30, Coupon 20 Mtr.

19350 Meter Futterstoffe

ca. 250 Meter
Moiré-Kattun **15**
Inventurpreis Meter

ca. 750 Meter
Jakonett schwarz und grau **18**
Inventurpreis Meter

ca. 750 Mtr. **Halbreversible** einseitig bedruckt **25**
Inventurpreis Mtr.

ca. 1200 Mtr. **Reversible** doppelt bedruckt **30**
Inventurpreis Mtr. 37 1/2

ca. 1400 Meter **Satin-Reversible** 84 u. 100 cm br. **58 45**
Inventurpreis Meter

ca. 7500 Meter **Futter-Lüster** **37 1/2 30 24**
Inventurpreis schw. Mtr. **40 32**
Inventurpreis coul. Mtr.

ca. 2000 Meter
Seiden-Jakonett schwarz und farbig **23**
Inventurpreis . . . Mtr.

ca. 2500 Meter
Tailen-Körper grau **22 1/2**
Inventurpreis Mtr. 38 30

ca. 7000 Mtr. **Taffet** schwarz 80 cm breit **22 1/2**
Inventurpreis Mtr.

ca. 2000 Mtr. **Taffet** schwarz und farbig **25**
Inventurpreis Mtr. 30

Ein Posten Gaze-Elastic **2 Pf.**
Inventurpreis Meter

Abgepaßter Stoß „Hona“ schwarz u. coul. **24 18**
Inventurpreis Meter

ca. 250 Stück **Damen-Regenschirme** Gloriabezug, halbseid. Futter, Nickelstock, Nickelgriff **Inventurpreis 2.65**

ca. 150 Stück **Herren-Regenschirme** Prima Körper-Bezug **Inventurpreis 2.10**